NORDSÄCHSISCHE ZUSTÄNDE

EIN SCHATTENBERICHT ÜBER NEONAZISMUS IN NORDSACHSEN

2012

chronik
NORDSACHSEN
WWW.CHRONIKLE.ORG/NORDSACHSEN

CHRONIK NORDSACHSEN - DOKUMENTATION & ANALYSE RASSISTISCHER, FASCHISTISCHER UND DISKRIMINIERENDER EREIGNISSE IN NORDSACHSEN

chronik
NORDSACHSEN
WWW.CHRONIKLE.ORG/NORDSACHSEN

01 LANDKREIS NORDSACHSEN

06 **Was Neonazis wollen? Die „Volksgemeinschaft“!**
Jede Naziforderung ist eine menschenverachtende Forderung

09 **Neonazistrukturen in Nordsachsen**
Die Reihen fest geschlossen

12 **Neonazis in Nordsachsens Parlamenten**
Zwischen Hyperaktivität und Lethargie

16 **Zwischen Schein und Sein**
Präsentation nach außen und ideologischer Kern der Neonazis in Nordsachsen

18 **Rechte Gewalt in Nordsachsen**
Alltäglich, und doch für viele unsichtbar

20 **Am Rande des Landkreises**
Zur Situation von Asylsuchenden in Nordsachsen

02 NORDSACHSENS REGIONEN IM FOKUS

26 **Fokus Schkeuditz**
Von Neonazis, der „Neuen Welle“ und einem Mangel an Zivilgesellschaft

28 **chronik Schkeuditz**
Eine kleine Auswahl aus der Chronik

29 **Fokus Delitzsch**
Eine Kleinstadt in trügerischer Ruhe und Ordnung

33 **chronik Delitzsch**
Eine kleine Auswahl aus der Chronik

34 **Fokus Eilenburg**
Von sich verfestigenden Nazi-Strukturen und einer duldsamen Stadt

38 **chronik Eilenburg**
Eine kleine Auswahl aus der Chronik

40 **Fokus Torgau**
Über lose Nazi-Strukturen und ein lokales Problembewusstsein

43 **chronik Torgau**
Eine kleine Auswahl aus der Chronik

44 **Rechts rockt Staupitz**
Hier feiert die Neonaziszene

46 **Fokus Oschatz und Mügeln**
Von Neonazis und zivilgesellschaftlichem Engagement

48 **Chronik eines aufhaltbaren Scheiterns**
Der Jugendverein Vive le Courage war in Mügeln von vielen nicht gewollt

50 **chronik Oschatz und Mügeln**
Eine kleine Auswahl aus der Chronik

51 **Brandanschlag auf Sinti-Familie in Klingenhain**
„Erfolgreich vertrieben“ – Eine Ereignismeldung von chronik.LE

52 **Obdachlose als Opfer...**
...sozialdarwinistischer Gewalt

54 **Der Prozess gegen die Mörder von André K.**
„Im Suff einen sinnlosen Grund eingeredet“

56 **Bündnis und Gedenken in Oschatz**
André K. wird nicht vergessen

03 SERVICE

58 **Vorurteile und Menschenfeindlichkeit**
Das chronik.LE - Glossar

66 **Beratungsstellen für Betroffene in Nordsachsen**
RAA und ADB stellen sich vor

67 **Über Chronik Nordsachsen & Impressum**
Chronik Nordsachsen – Wozu dieses Projekt?

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Ungefähr drei Jahre ist es her, dass nordsächsische Neonazis ankündigten, den Landkreis zu einer „Modellregion" für ihre Aktivitäten machen zu wollen. Zustände wie in der Sächsischen Schweiz haben sich seitdem hier noch nicht eingestellt. Entwarnung kann allerdings auch nicht gegeben werden. Regelmäßig verbreiten sie in Nordsachsen ihre Propaganda. Die NPD erreicht im ganzen Landkreis überdurchschnittliche Wahlergebnisse. Organisierte Neonazis veranstalten Konzerte von überregionaler Bedeutung, greifen Menschen an, führen Anschläge aus. Weitaus größer noch ist das Problem spontaner Gewalt, die Menschen nichtdeutscher Herkunft oder mit nicht-rechter Einstellung trifft. Regelmäßige Bedrohungen und Übergriffe schaffen ein Klima der Angst, die Teile der Bevölkerung Nordsachsens daran hindert, sich frei bewegen zu können. Diese Entwicklungen zu analysieren und für Menschen sichtbar zu machen, die vermeintlich nicht betroffen sind, ist ein Anliegen dieses „Schattenberichts".

Gefördert im Rahmen des Lokalen Aktionsplan Nordsachsen (LAP) – ein vom Bund finanziertes Förderprogramm für Vielfalt und Demokratie – haben wir, die Projektgruppe Chronik Nordsachsen, im Sommer 2012 diese Broschüre erstellt. Ein Ziel des LAP ist es, „Vorfälle der Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus im Landkreis durch einen Träger zu erfassen, aufzubereiten und zu veröffentlichen". Mit Chronik Nordsachsen haben wir, Engagierte der RAA Leipzig e.V. und des Dokumentationsprojekts chronik.LE, uns diesem Ziel angenommen. Seit Februar 2012 recherchieren und dokumentieren wir unter www.chronikle.org/nordsachsen intensiv neonazistische und diskriminierende Ereignisse im Landkreis. Analysiert und zusammengefasst ergeben die Informationen in dieser Broschüre ein detailliertes Bild über die „Nordsächsischen Zustände".

Die gute Nachricht ist: Es gibt viele Menschen in Nordsachsen, die sich mit diesen menschenfeindlichen Zuständen nicht abfinden wollen. Sie engagieren sich Bürgerinitiativen, an Schulen, in Jugendclubs, in politischen Parteien oder einfach im privaten Umfeld und sorgen dafür, dass sich in Nordsachsen der braune völkische Einheitsbrei nicht ungehindert ausbreiten kann. Zur Erstellung dieser Broschüre haben wir mit ihnen gesprochen: Mit Aktiven aus Vereinen und Verbänden, mit Punks und Antifaschist_innen, mit Bürgermeister_innen und Verwaltungsangestellten, mit Sozialarbeiter_innen und Polizist_innen, mit Schüler_innen und auch mit „ganz normalen" Bürger_innen.

Herausgekommen ist ein umfassender, aber sicherlich auch selektiver Blick auf die rechte politische Landschaft. Nicht alle Facetten der Problematik konnten beleuchtet werden, nicht mit allen, die sich für Demokratie im Landkreis stark machen, konnten wir sprechen. Gern hätten wir die Problematik Alltagsrassismus noch stärker in den Blick genommen. Doch hierfür wäre wohl ein eigenes Forschungsprojekt nötig. Wenn sich auch aufgrund der gesamten Thematik ein oft düsteres Bild ergibt, wollen wir die hier versammelten Beiträge doch als Anstoß für mehr zivilgesellschaftliches Engagement verstehen. Schließlich ist es Ziel des Projekts Chronik Nordsachsen, Bürgerinnen und Bürger auf diese Probleme im Landkreis aufmerksam zu machen und so besser dagegen vorgehen zu können. Im Eingangskapitel zum Landkreis geben wir einen Überblick zu Neonazi-Strukturen und ihren Aktivitäten, erklären, was hinter der völkischen Ideologie steckt und wie sich strukturell-rassistische Normalzustände im Umgang mit Asylbewerber_innen reproduzieren. Daran schließen sich fünf Kapitel an, die einen Überblick zur Situation in den einzelnen Regionen Nordsachsens – Schkeuditz, Delitzsch, Eilenburg, Torgau und Oschatz – geben. Im Schlusskapitel haben wir auf acht Seiten wichtige und kontroverse Begriffe – Sexismus, Rassismus, Antisemitismus, Verwertungsideologien, Nationalismus, Autoritarismus und Nazismus – aufgearbeitet und versucht, sie auf den Punkt zu bringen. Diese einführenden Artikel verstehen sich als Anregung zum Weiterlesen und als Ansatz für Diskussionen.

Wir wünschen unseren Leser_innen eine erkenntnisreiche Lektüre und die Einsicht, dass die aufgegriffenen Themen für die Betroffenen kein Vergnügen, sondern Nachteile, Einschränkungen und Leid bedeuten. Daran wird sich nur dann etwas ändern, wenn viele Leute bereit sind, Menschenfeindlichkeit keinen Platz mehr in unserer Gesellschaft einzuräumen.

Wir danken allen Menschen, die auf vielfältige Weise zur Entstehung dieser Broschüre beigetragen haben: als Diskutant_innen, Fürsprecher_innen und Spender_innen, Autor_innen und Redakteur_innen, als Fotograf_innen, Layouter_innen und Lektor_innen.

Übrigens haben wir uns bemüht, in allen Artikeln den verschiedenen Geschlechtsidentitäten gerecht zu werden, statt durch die deutsche Grammatik nur Männer anzusprechen oder das beschränkte Mann-Frau-Schema zu bemühen. Daher verwenden die Autor_innen die Schreibweise „_innen". Falls Sie beim Lesen darüber stolpern sollten, war das unsere Absicht. Diese Schreibweise wenden wir bei den Personen nicht an, die auf den patriarchalen Vorstellungen der Geschlechter beharren.

Die Chronik Nordsachsen-Redaktion

01 KAPITEL

LANDKREIS NORDSACHSEN

WAS NEONAZIS WOLLEN? DIE „VOLKSGEMEINSCHAFT“!

Jede Naziforderung ist eine menschenverachtende Forderung

Neonazis versuchen auf den unterschiedlichsten Wegen Einfluss auf die Gesellschaft zu nehmen. Organisiert in Kameradschaften und Parteien gehen sie mit Plakataktionen und Konzerten, Kundgebungen und Aufmärschen, mit Gewalt und Terror gegen die bestehende Gesellschaft vor. Aber wohin wollen Neonazis eigentlich, was für eine Gesellschaft streben sie an, und wer darf Teil dieser Gesellschaft sein? Die Demokratie, in der zumindest formal allen Menschen die gleichen Rechte zugestanden werden, lehnen Neonazis jedenfalls vehement ab.

Statt einer offenen Gesellschaft fordern Neonazis, egal ob NPD oder Freie Kräfte, die „deutsche Volksgemeinschaft“. Sie ist die ideologische Leitfigur, die der von Neonazis verhassten liberalen Demokratie als einzig wahre Alternative gegenübergestellt wird. Es ist wichtig zu verstehen, was sich Neonazis darunter vorstellen, um ihre oft harmlos wirkenden Forderungen als menschenverachtende Forderungen entschlüsseln zu können.

„Deutsches Blut“?

Unter der „Volksgemeinschaft“ verstehen Neonazis ein streng nach Rangfolge gegliedertes Gemeinwesen, in dem der Staat und ein ethnisch homogen gedachtes Volk zu einer Einheit verschmolzen sind. Das Ideal der „Volksgemeinschaft“ ist nicht neu, sondern wurde bereits während des ersten Weltkrieges zur Mobilisierung der Massen für den Kampf gegen die befeindeten Nachbarländer und „Völker“ etabliert. Auch im Nationalsozialismus war das Ideal der „Volksgemeinschaft“ eine zentrale Propagandaformel. Alle Menschen, die als deutsch angesehen wurden, sollten sich emotional mit dem eigenem „Volk“ verbunden fühlen, der Zusammenhalt aller „Deutschen“ sollte gestärkt, die „Einheit“ hergestellt werden. Soziale Unterschiede sollten eingeebnet und innere gesellschaftliche Konflikte beigelegt werden, wie etwa die Interessengegensätze zwischen den gesellschaftlichen Schichten, zwischen Stadt und Land und zwischen Arbeit und Kapital.
Mit der Propaganda der „Volksgemeinschaft“ konnte in der Bevölkerung außerdem ein wachsender Konsens mit den repressiven Maßnahmen des Regimes gegenüber politischen und weltanschaulichen „Feinden“ mobilisiert werden. Schon damals galt: Nur die Menschen gehörten zur „deutschen Volksgemeinschaft“, deren Vorfahren seit vielen Generationen auf „deutschem“ Territorium lebten und per „Ariernachweis“ beweisen konnten, dass sie „deutschen Blutes“ sind. Im Parteiprogramm der NSDAP wurde diese Ausschlußprinzipien in einem Satz zusammengefasst: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist. (...) kein Jude kann daher Volksgenosse sein“.[1] Schon damals wurden die Ausschlusskriterien viel stärker betont als die Kriterien der Zugehörigkeit. Inzwischen dürften jedoch sogar die letzten Neonazis wissen, dass Blut nicht nach Nationalität und Herkunft unterschieden werden kann. Heute sprechen Neonazis deshalb meist vom „Abstammungsprinzip“ und einer kulturellen Zugehörigkeit. Die Staatsbürgerschaft, die heute offiziell über die Zugehörigkeit zur deutschen Bevölkerung entscheidet, spielt übrigens für Neonazis keine Rolle. Fast schon zynisch ist allerdings, dass auch heute noch in der Bundesrepublik eine ethnische Konstruktion von Zugehörigkeit existiert: Durch geltendes Recht werden Menschen bei der Einbürgerung bevorzugt, die dem „deutschen Volkstum“ qua Abstammung, Sprache und Kultur als zugehörig definiert werden.[2]

„Du bist nichts, dein Volk ist alles“

In der Gemeinschaft hat jeder und jede „Deutsche“ einen festen Platz. Alle Staatsbürger_innen haben die Pflicht, sich der Schicksalsgemeinschaft von „Volk“ und Nation unterzuordnen. Allen kommt eine spezifische und nicht frei wählbare Aufgabe zu, um dem „Volk“ zu dienen. Frauen zum Beispiel müssen einem ganz bestimmten Rollenbild entsprechen. In der „Volksgemeinschaft“ haben Frauen die „natürliche“ Funktion, dem arbeitenden Mann den Rücken freizuhalten, sich um den Haushalt zu kümmern, zum Er-

[1] 25-Punkte-Programm der NSDAP vom 24. Februar 1920, zitiert nach www.dhm.de/lemo/html/dokumente/nsdap25/index.html

[2] § 6 Volkszugehörigkeit im Bundesvertriebengesetz – BVFG

halt des Volkes möglichst viele Kinder zu bekommen und sich um deren Erziehung im Sinne der „Volksgemeinschaft“ zu kümmern. Wollen Frauen aber lieber Studieren, Karriere machen, ohne Kinder leben und selbstbestimmt durchs Leben gehen, so widerspricht das der zugeschriebenen Rolle und wird nicht akzeptiert. Für persönliche Lebensentwürfe ist in der „Volksgemeinschaft“ kein Platz. Sich dem „Gemeinschaftswohl“ unterzuordnen ist ein Zwang, dem niemand ohne Konsequenzen entkommen kann. Die „Volksgemeinschaft“ richtet sich damit explizit „gegen das Konzept der offenen Gesellschaft und die Tradition der bürgerlichen Freiheitsrechte.“[3] Wenn Neonazis also von Freiheit reden, dann meinen sie nicht Freiheit im Sinne der individuellen Bürgerinnenrechte, sondern den von ihnen als Befreiung angesehene Zwang, dem „Deutschen Volk“ zu dienen. Mit der klaren Grenzziehung zur Zugehörigkeit wird auch über die Nichtzugehörigkeit entschieden. Die Nichtzugehörigen werden von Neonazis als für die „Volksgemeinschaft“ bedrohlich und gefährlich angesehen und deshalb als Feinde bekämpft. Der Kampf gegen die vermeintlichen Feinde ist von großer Bedeutung für die Bildung der von Neonazis angestrebten Kameradschaft und Gemeinschaft. Die „Volksgemeinschaft“ ist deshalb auch immer eine „Kampfgemeinschaft“. Unterschieden werden kann zwischen „äußeren Feinden“, die angeblich von außen gegen die „Volksgemeinschaft“ arbeiten und gegen die es sich abzuschotten gilt, und den „inneren Feinden“, die innerhalb Deutschlands die „Volksgemeinschaft“ zersetzen und bedrohen.

Die „äußeren Feinde“

Als größte Bedrohung von Außen sehen Neonazis heute die großen internationalen Konzerne, denen gemäß der Formel „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ vorgeworfen wird, nicht für das Wohl des Volkes, sondern nur aus Gründen der „Profitgier“ zu handeln. Auch wenn sie sich gern als antikapitalistisch bezeichnen, haben sie grundsätzlich kein Problem mit Kapitalismus. Sie sind nur dann „dagegen“, wenn die Interessen der Wirtschaft ihrer Meinung nach der „Volksgemeinschaft“ schaden. Neonazis haben kein Problem mit dem Raubbau an der Natur durch deutsche Unternehmen, solange dieser nicht in Deutschland stattfindet. Neonazis haben kein Problem mit der Ausbeutung von Arbeitskräften, solange die erwirtschafteten Gewinne innerhalb Deutschlands verbleiben. Sie haben auch kein Problem mit dem Prinzip der Zwangsarbeit, unter der Millionen Menschen im nationalsozialistischen Deutschland leiden mussten, und die noch heute „arbeitsunwilligen“ Menschen angedroht wird. Neonazis haben aber ein Problem mit Unternehmen, die ihre Arbeitsplätze ins billigere Ausland verlegen, die in Deutschland auch Schwarze Menschen als Arbeits-

photo: Recherche Ost

Neonazis des „Freien Netz Nordsachsen“ in Döbeln am 28.11.2009

[3] Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e.V. (Hrsg.), Die „Volksgemeinschaft“. Ein rechtsextremes Gesellschaftskonzept? Hintergrundpapier 1/2010, Magdeburg/Halle (Saale)

kräfte einstellen oder die sich als Unternehmen antirassistisch positionieren. Gegen solche Unternehmen marschieren sie auf, ebenso wie gegen sogenannte „ausländische Spekulanten“ des „internationalen Finanzkapitals“. Die Geldwirtschaft verteufeln Neonazis als unehrliches und „raffgieriges“ Business, da es ihrer Meinung nach nicht dem „Gemeinwohl“ dient, sondern privaten Einzelinteressen.
Unterstellt wird, dass das internationale Finanzsystem nur dem Willen einer kleinen macht- und profithungrigen Gruppe folgt. In antisemitischer Manier wird eine dahinterstehende Weltverschwörung des „Juden“ halluziniert, dessen Interesse darin bestehen würde, die „Völker der Welt“, vor allem aber das „deutsche Volk“, langsam und qualvoll „ausbluten“ zulassen. Generell werden alle größeren internationalen Organisationen abgelehnt, die direkten Einfluss auf das Geschehen in Deutschland haben. Das gilt vor allem für die Europäische Union, die als massiver Angriff auf das „Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes“ gilt und nicht als Chance auf ein friedliches Europa nach den zwei von Deutschland entfachten Weltkriegen mit Millionen von Toten.

Die „inneren Feinde“

Im inneren Deutschlands werden all diejenigen bekämpft, die von Neonazis mit dem Begriff „Ausländer“ als nichtdeutsch markiert werden. Gemeint sind Migrant_innen, „Deutsche“ mit Migrationshintergrund und nicht weiße Menschen, aber auch Roma, Sinti, Jüdinnen und Juden. Sie alle gelten Neonazis als minderwertig, als Gefahr für die „rassisch“ reine „Volksgemeinschaft“, als Bedrohung für eine angebliche naturgegebene deutsche Kultur. Ihnen wird grundsätzlich eine feindliche Haltung gegenüber „Deutschen“ und Deutschland unterstellt, die dann wiederum als Legitimation für rassistische Hetzreden, brutale Angriffe und auch Mord herhalten muss. Bekämpft werden auch „Andersdenkende“, also Menschen, die sich klar gegen die Ideen und Einstellungen von Neonazis positionieren, die sich für eine pluralistische Gesellschaft einsetzen oder einen individualistischen Lebensstil folgen. Sie werden als politische und weltanschauliche Feinde bekämpft. Die „Volksgemeinschaft“ ist deshalb auch eine „Gesinnungsgemeinschaft“, die von jedem und jeder „Deutschen“ eine Zustimmung zur „Volksgemeinschaft“ und damit eine völlige Unterwerfung verlangt.
Als „Feinde“ gelten auch all diejenigen, die von Neonazis als „leistungsunfähige, nutzlose Parasiten“, als „Volksschädlinge“ bezeichnet werden. Der Vorwurf, angeblich nichts zum Erhalt des „Volkes“ beizutragen, trifft vor allem Menschen mit Behinderung, Homosexuelle, obdachlose Menschen und all diejenigen, die einfach keine Lust haben zu arbeiten. Ihnen wird das Recht auf Zugehörigkeit und damit wie im Nationalsozialismus das Recht zu Leben abgesprochen. Die Zugehörigkeit wird also auch über das Prinzip der Leistungsfähigkeit entschieden.

photo: jesko wrede

„Volksgemeinschaft statt Individualismus“ meint „Du bist nichts, dein Volk ist alles“

Egal was Neonazis fordern, am Ende steht die „Volksgemeinschaft“

Das von Neonazis propagierte Konzept der „Volksgemeinschaft“ ist strikt antidemokratisch und setzt auf die Abschaffung der Grund- und Menschenrechte. Menschen werden nach „Rassen“ sortiert, ihr Wert wird nach der „Nützlichkeit“ für die „Volksgemeinschaft“ bemessen. Die „Volksgemeinschaft“ ist streng antiindividualistisch, da sie keinen Raum für die Selbstverwirklichung und eigene Lebensentwürfe zulässt. Den „Feinden“ der „Volksgemeinschaft“ wird offen mit Deportation und Vernichtung gedroht. Immer wieder deutlich wird auch der positive Bezug auf den historischen Nationalsozialismus, während dem Millionen von Menschen, die zu „Feinden“ erklärt wurden, durch Mitglieder der „deutschen Volksgemeinschaft“ verfolgt, gefoltert und ermordet wurden.
Wenn Neonazis auf Aufmärschen nach einem „Recht auf Zukunft“ rufen, ein „Recht auf Leben“ fordern oder „nationalen Sozialismus“ einführen wollen, dann wollen sie nichts anderes als eine „deutsche Volksgemeinschaft“. Wenn Neonazis in Parlamenten und Stadträten fordern, neue Radwege, mehr Parkbänke, mehr Arbeitsplätze, mehr Ausbildungsplätze, mehr Sicherheit zu schaffen, dann sollte klar sein, für wen diese zur Verfügung stehen sollen, und für wen nicht. Jede Forderung von Neonazis ist deshalb eine menschenverachtende Forderung.

NAZISTRUKTUREN IN NORDSACHSEN

„Die Reihen fest geschlossen“*

Im Landkreis Nordsachsen verfügen Neonazis seit Jahrzehnten über eine breite Infrastruktur. Wie in fast allen ländlichen Regionen Sachsens konnten sie sich auch in Nordsachsen Freiräume schaffen, von denen aus sie weitestgehend ungestört agieren können.

Die rechte Szene besteht und agiert dabei unabhängig von Parteien und Organisationen. Ihr Klientel muss nicht zwangsläufig organisiert sein, der Zusammenhalt funktioniert ebenso über die verbindende Subkultur, über Konzerte und Partys. In vielen Orten Nordsachsens gibt es cliquenartig strukturierte Nazigruppen, deren Dominanz es anderen Jugendlichen erschwert, sich der rechten Vorherrschaft zu entziehen.

Aufbau der Strukturen seit den 90er Jahren

Trotzdem spielt die organisierte Neonaziszene auch in Nordsachsen eine wichtige Rolle. Sie ist traditionell gut strukturiert und zieht an einem Strang. Führende Kader der sächsischen Neonaziszene erklärten Nordsachsen 2010 siegesgewiss zu einer „Muster- und Modellregion“ ausbauen zu wollen. Seitdem haben sich die Aktivitäten der rechten Szene intensiviert – zugleich löst der Landkreis die Sächsische Schweiz und den Muldentalkreis in seiner Bedeutung für die Szene ab, wo insbesondere während der 90er Jahre sehr aktive Neonazistrukturen existierten.
Damals wie heute spielt die NPD eine wichtige Rolle für die regionale Szene. Bereits Mitte der 90er Jahre gelang es ihr, größeren Einfluss innerhalb rechter Jugendkulturen zu gewinnen und bisher lose organisierte Neonazis auf Parteilinie zu bringen.[1] Besonders der damalige JN-Bundesvorsitzende Holger Apfel, heutiger Bundesvorsitzender der NPD, war in Sachsen maßgeblich am Aufbau einer rechten Organisationsarchitektur beteiligt. Auf den damals gelegten Grundsteinen bauen auch heutige Strukturen auf. Und die engen Verflechtungen zwischen der Partei, ihrer Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) und den zumindest offiziell parteilosen Freien Kräften bestehen nach wie vor.

photo: chronik.LE

Sammelbecken der Naziszene: Die NPD-Jugendorganisation JN – Aufmarsch in Torgau am 24. April 2010

Das (offiziell) nicht parteigebundene Neonazispektrum

Die sogenannten Freien Kräfte, also Neonazis, die sich nicht in Parteien organisieren, firmieren in Nordsachsen unter dem Namen Aktionsbüro Nordsachsen. Das Aktionsbüro ist ein regionaler Ableger des im Jahre 2007 gegründeten Kameradschaftsnetzwerks Freies Netz, welches vor allem in Sachsen, Thüringen und Bayern aktiv ist. Während es „für Außenstehende wie ein Sammelsurium neonazistischer Propaganda-Websites“ aussieht, handelt es sich bei dem Freien Netz um „eines der aktivsten und fanatischsten Neonazi-Netzwerke“[2] der Bundesrepublik. Es zeichnet sich aus durch ein eher loses Netzwerk lokaler und regionaler Kameradschaften, die von einem festen Kern von Kadern geführt und koordiniert werden. Außerdem gehören dem Freien Netz viele lose strukturierte Sympathisant_innen an, die zügig für Aufmärsche und andere Aktionen mobilisiert werden können. Mitglieder, wie auch Sympathisant_innen des Freien Netzes, propagieren ein klar nationalsozialistisches Weltbild. Sie weisen eine erhöhte Gewaltbereitschaft auf und treten vor allem mit Propa-

* Zitat aus dem sog. „Horst Wessel Lied“

[1] Antifaschistisches Info Blatt: Zur gesellschaftlichen Situation, Nazistrukturen und NPD/JN in Sachsen, Nr. 43/1998, S.16

[2] Eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Aufbau, den Akteur_innen und der Ideologie des Freien Netz bei Gamma Online unter gamma.noblogs.org/fn-leaks

gandaaktionen, Kundgebungen und Aufmärschen in der Öffentlichkeit auf. Besonders viele Aktivitäten des Aktionsbüros Nordsachsen sind in den Regionen Eilenburg und Delitzsch zu beobachten.

Führungsfigur und Multifunktionär Maik Scheffler

Die Zusammenarbeit zwischen NPD und Freien Kräften geht in Nordsachsen weit über bloße gegenseitige Sympathiebekundungen hinaus. Eine entscheidende Rolle für die organisierte Szene spielt Maik Scheffler aus Delitzsch. Seine politische Karriere begann bereits in den frühen 90er Jahren, er gehörte zum Kreis der Kameradschaft Delitzsch und war Mitstreiter der extrem gewaltbereiten NS-Elitekameradschaft Hammerskins. Nachdem er bereits kurzzeitig von 1997 bis 1999 Mitglied in der NPD war, wandte er sich anschließend wieder nicht-parteigebundenen Strukturen zu. Er gilt als Mitbegründer des Freien Netzes und hat beste Kontakte in die bundesweite Kameradschaftsszene. Scheffler stand außerdem mehrmals wegen Körperverletzung, unerlaubten Waffenbesitzes und Volksverhetzung vor Gericht.
Lange trat Scheffler als ausgesprochener Kritiker der NPD in Erscheinung. Diese Meinung revidierte er jedoch im Jahr 2008. Er lenkte das Freie Netz auf einen parteifreundlicheren Kurs und trat selbst wieder in die NPD ein. Scheffler sorgte so für einen erneuten Schulterschluss zwischen der Partei und den eher parteikritischen Freien Kräften. Für seine Bemühungen, die Kameradschaften den Interessen der NPD zu unterwerfen, wurde Scheffler reichlich mit Parteiposten belohnt: Mit seinem Wiedereintritt erhielt er sofort den Posten des Landesorganisationsleiters, und war fortan mit seinem meist jungen Gefolge für den Wahlkampf der NPD in Nordsachsen beauftragt. Seit 2009 sitzt er für die NPD im Delitzscher Stadtrat. Im selben Jahr übernahm er auch den Vorsitz des nordsächsischen NPD-Kreisverbandes. Im Juli 2011 wurde er dann mit der Fürsprache des NPD-Parteichefs Holger Apfel zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der sächsischen NPD gewählt.

Vom Parteikritiker zum Landesvize

Innerhalb kürzester Zeit hat es Scheffler bis auf Platz zwei in der sächsischen Parteihierarchie geschafft. Von etlichen parteifreien Weggefährt_innen Schefflers, die sich zuvor für eine Radikalisierung der NPD hin zu einer nationalsozialistischen Weltanschauungspartei aussprachen, hagelte es derweilen Kritik an seinem parteipolitischen Höhenflug. Von einigen Ablegern des Freien Netzes wurde Scheffler Opportunismus und eine Wendehalsmentalität vorgeworfen. Allerdings kommen diese kritischen Stimmen nicht aus Nordsachsen – dort führt Scheffler, nach wie vor unhinterfragt, sowohl die NPD, als auch die Freien Kräfte.
Seit seinem Wiedereintritt in die NPD trat Scheffler zunehmend als Organisator von Aufmärschen und Kundgebungen auf, eine Tätigkeit, mit der er sich bereits ab der Jahrtausendwende hervor tat. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit Schefflers innerhalb der Neonaziszene ist der Ausbau der Jugendarbeit. Diese geht einher mit einer stärkeren Einbindung der Freien Kräfte in die NPD-Jugendorganisation Jungen Nationaldemokraten. Dank Schefflers Doppelfunktion bestehen heute starke personelle und organisatorische Überschneidungen zwischen den JN- und FK-Strukturen. Von einer Parteifreiheit der Freien Kräfte kann somit

photo: chronik.LE

Spitzentreffen nordsäschischer Kader: Kai Rzehaczek (l.), Maik Scheffler (m.) und Paul Rzehaczek (r.) am Rande einer antifaschistischen Demonstration in Delitzsch am 16.03.2012

in Nordsachsen kaum noch die Rede sein. Als Eckpfeiler für die Rekrutierung der Jugend dienen so genannte Stützpunkte der JN, die man als Ortsgruppen beschreiben kann. Im November 2009 wurden gleich drei solcher Stützpunkte für Oschatz, Torgau und Delitzsch/Eilenburg gegründet. Während der Stützpunkt für Delitzsch/Eilenburg starke Aktivitäten entfaltete, mangelte es in Oschatz und Torgau an Neonazis mit Führungsqualitäten. So fusionierten die genannten Stützpunkte im Juni 2011 zur JN-Nordsaschen. Was eigentlich eine Niederlage war, wurde der Öffentlichkeit als organisatorischer Fortschritt verkauft.

Paul Rzehaczek – Führungsnachwuchs aus Eilenburg

Den Vorsitz des vermutlich mitgliederstärksten JN-Verbandes übernahm der Eilenburger Nachwuchskader Paul Rzehaczek. Dieser hatte zuvor bereits den Stützpunkt Delitzsch/Eilenburg geleitet. Rzehaczek ist auch Landesorganisationsleiter der JN in Sachsen, Vorstandsmitglied des nordsächsischen NPD-Kreisverbandes und Aktivist im Umfeld des Aktionsbüros Nordsachsen.
Seine Aufgabe ist es auch, für die Umsetzung der politischen Leitlinie der JN zu sorgen, welche von der NPD vorgegeben wird. Dazu gehört u.a. die Durchführung von Schulungen für Neonazis. Dazu stehen der JN als „nationale Schulungszentren" angepriesene Immobilien in Oschatz, Eilenburg und Delitzsch zur Verfügung. In diesen finden mehr oder weniger regelmäßig Veranstaltungen der NPD und der JN statt. Die Schulungen dienen der ideologischen und strukturellen Festigung der Neonazis, der Parteibindung der Einzelakteure und generell als Anlaufpunkt für Personen des rechten Spektrums. Aber auch für eine breite Palette an Freizeitangeboten sorgt die JN, um ihren Mitgliedern und Sympathisant_innen eine rechte Lebenswelt zu bieten. In den vergangenen Jahren fanden immer wieder Fußballturniere, Kameradschaftsläufe, Sonnenwendfeiern und „Trainingslager" in Nordsachsen statt, zuletzt mit zunehmend überregionaler Beteiligung. Das Trainingslager im Jahr 2011 stand unter dem Motto: „Gelobt sei, was hart macht!" und sollte dazu dienen, „die Palette sinnvoller Jugendarbeit zu erweitern". Die Beschreibungen der Neonazis weisen jedoch eher auf eine Wehrsportveranstaltung hin: Trainiert wurden „Würgen, Hebel" und „Abwehrtechniken gegen Schlag und Tritt".

Modellregion Nordsachsen?

Es ist anzuzweifeln, dass der Landkreis Nordsachsen der von Scheffler ins Auge gefassten „Modellregion" entspricht. Zu sehr haben die Neonazis mit inneren Widersprüchen zu kämpfen, die sich aus der engen Kooperation zwischen der NPD und den sich revolutionär gerierenden Freien Kräften ergeben. Hinzu kommt, dass es in letzter Zeit verstärkte polizeiliche Ermittlungen und Hausdurchsuchungen innerhalb der Szene gab.[3] Zu diesen Hindernissen kommen stark übertriebene Erfolgsmeldungen, wie der angebliche Aufbau eines flächendeckenden Stützpunktnetzes. Solche propagandistischen Meldungen lassen am Realitätsbezug der Protagonisten zweifeln, zumal Unwahrheiten wohl kaum die innere Geschlossenheit der Szene befördern dürften.
Trotzdem, Neonazis haben es in in etlichen Orten Nordsachsens geschafft eine feste Szene zu etablieren, und sie sind im vorpolitischen Raum vor allem bei Jugendlichen nach wie vor anschlussfähig. Die Rekrutierung von Jugendlichen funktioniert mancherorts so gut, dass alternative, nichtrechte Jugendliche entweder in ständiger Bedrohung leben oder bereits weggezogen sind. Dieser Zustand rechter Vorherrschaft darf jedoch keinesfalls als „Normalität" oder „Ruhe" missinterpretiert werden. Glücklicherweise war die Neonaziszene trotz fortschreitender Ideologisierung bisher nicht in der Lage, einen solchen Zustand gewinnbringend für den Aufbau weiterer Strukturen zu nutzen.
Ein Maß für die Verankerung neonazistischer Ideologie in der Bevölkerung ist das Abschneiden der NPD bei den Wahlen auf Landes-, Kreis- und kommunaler Ebene. Ihr Wahlpotential liegt konstant bei über fünf Prozent – das reicht um der Partei einen staatlichen Geldsegen zu bescheren. Ein Teil der Gelder fließt dann wieder an jene Gruppen zurück, die in Nordsachsen die Basisarbeit leisten. Ein flächendeckendes Netzwerk an Stützpunkten gibt es trotzdem noch nicht. Bleibt zu hoffen, dass das so bleibt. Um neonazistisches Gedankengut zurückzudrängen, sind hingegen enorme Anstrengungen vonnöten. Eine feste, durchideologisierte, organisierte und gewaltbereite Neonaziszene verschwindet nicht von heute auf morgen, auch nicht mit einem NPD-Verbot.

[3] So beim Nordsachsenversand und deren Betreibern in Eilenburg. Der Versand hatte eine CD der Naziband „Gigi & die braunen Stadtmusikanten" vertrieben, auf der in einem Lied den NSU-Morden gehuldigt wird. Auch die aktionsorientierte Szene in Nordsachsen war nach den Spontanaufmärschen der sogenannten „Unsterblichen" im Visier der Polizei. Neonazis aus Nordsachsen waren auch an gewalttätigen Übergriffen in Berlin während eines Aufmarschs beteiligt. Sie erhielten Polizeibesuch, nachdem Antifaschist_innen Fotos der Übergriffe veröffentlicht hatten.

NEONAZIS IN NORDSACHSENS PARLAMENTEN

Zwischen Hyperaktivität und Lethargie

Die NPD schneidet in Nordsachsen bei Wahlen überdurchschnittlich gut ab. Ihre Abgeordneten fallen ebenfalls als überdurchschnittlich auf – wahlweise durch parlamentarische Lethargie oder hyperaktive Selbstinszenierung

Parteiungebundene Neonazis, sogenannte Freie Kräfte, arbeiten seit einigen Jahren eng mit der NPD in Nordsachsen zusammen.[1] Und das mit gewissem Erfolg, wie ein Blick auf die Wahlergebnisse der Partei zeigt: Zwar konnte sie bei den Gemeinderatswahlen 2009 nur scheinbar magere 1,4 Prozent aller Stimmen auf sich vereinen. Diese erreichte die NPD jedoch, obwohl sie in lediglich vier von 36 Gemeinden – Delitzsch, Eilenburg, Oschatz, Liebschützberg – überhaupt eigene Kandidaten aufstellte. Entsprechend konnte in allen Kommunen, in denen die Nazipartei antrat, ein Vertreter ins lokale Parlament entsandt werden.

Schon ein Jahr zuvor erzielte die NPD bei der Wahl zum nordsächsischen Kreistag 4,7 Prozent und damit vier Mandate. Diese werden zurzeit besetzt von Steffen Heller (Jg. 1952, Oschatz, dort seit 2009 auch Stadtrat), Jens Gatter (Jg. 1986, Liebschützberg, dort seit 2009 auch Gemeinderat), Jens Naumann (Jg. 1963, Eilenburg) und Dieter Kramm (Jg. 1942, Schönwölkau).[2] Dieses Ergebnis reichte allerdings nicht für die Bildung einer Fraktion, da dafür mindestens fünf Abgeordnete nötig sind. Deshalb ist die NPD auch nicht in den Ausschüssen des Kreistags vertreten, hat nur begrenzte parlamentarische Wirkungsmöglichkeiten und bleibt – abgesehen von Sitzungsgeldern – von den finanziellen Mitteln für die Fraktionsarbeit abgeschnitten.

Zur Landtagswahl 2009 erhielt die NPD in den beiden rein nordsächsischen Wahlkreisen – einige Gemeinden gehören zu Wahlkreisen in Leipzig bzw. dem Muldental – 6,0 bzw. 8,3 Prozent der Zweitstimmen und lag somit konstant über dem Landesdurchschnitt (5,6 Prozent). Auf die höchsten, knapp zweistelligen Ergebnisse kam die Partei dabei in Naundorf (11,6 %), Wermsdorf (11,3 %), Schildau (11,1 %), Liebschützberg (11,0 %), Krostitz (10,8 %) und Mügeln (10,1 %). Da sie von der Partei nur auf aussichtslosen Listenrängen platziert waren (Heller auf dem 20., Gatter auf dem 24.), ist kein nordsächsischer NPD-Vertreter in den Landtag eingezogen.

Andere rechte Parteien sind demgegenüber aufgrund ihrer geringen Stärke eher zu vernachlässigen. Zwar errang die rechtskonservative DSU bei der Wahl 2008 noch 2,8 Prozent und damit zwei Sitze im Kreistag. Bei der gleichzeitig stattfindenden Landratswahl war der DSU-Kandidat auf immerhin 10,9 Prozent gekommen, bei der Oberbürgermeisterwahl in Oschatz – der regionalen Hochburg der Partei – sogar auf 19,6 Prozent. Bereits im Oktober 2008 sind die zwei Kreisräte jedoch zusammen mit zwei weiteren DSU-Vorstandsmitgliedern, mit denen sie bis dahin für die Partei im Oschatzer Stadtrat saßen, zur FDP übergetreten.[3] Des-

[1] Siehe der Artikel „Die Reihen fest geschlossen – Nazistrukturen in Nordsachsen“ in diesem Heft

[2] Naumann unnd Kramm sind 2009 bzw. 2010 für die verstorbenen Kreisräte Bernd Güntner (Jg. 1956, Eilenburg) und Andreas Siegel (Jg. 1958, Oschatz) nachgerückt.

[3] Vgl. www.fdp-nordsachsen.de/artikel/vier_dsukommunalpolitiker_treten_in_fdp_ueber.php

Wahlergebnisse der NPD in Nordsachsen

	Sitze	Wahlergebnis
Kreistag (2008)	4	4,7 %
Gemeinderäte (2009)	4*	1,4 %
Landtag (2009)	–	6,0 bzw. 8,3%**

Kreistagswahl vom 8.6.2008; Gemeinderatswahl vom 7.6.2009; Landtagswahl vom 30.08.2009

* gewählt wurde je ein NPD-Vertreter in die Städträte von Delitzsch, Eilenburg und Oschatz sowie in den Gemeinderat von Liebschützberg

** Zweitstimmen im Wahlkreis Delitzsch: 6,0 %, im Wahlkreis Torgau-Oschatz: 8,3 %; Mockrehna, Schildau und Dahlen waren dem WK Muldental 1 zugeschlagen, Schkeuditz, Rackwitz und Taucha dem WK Leipzig 7

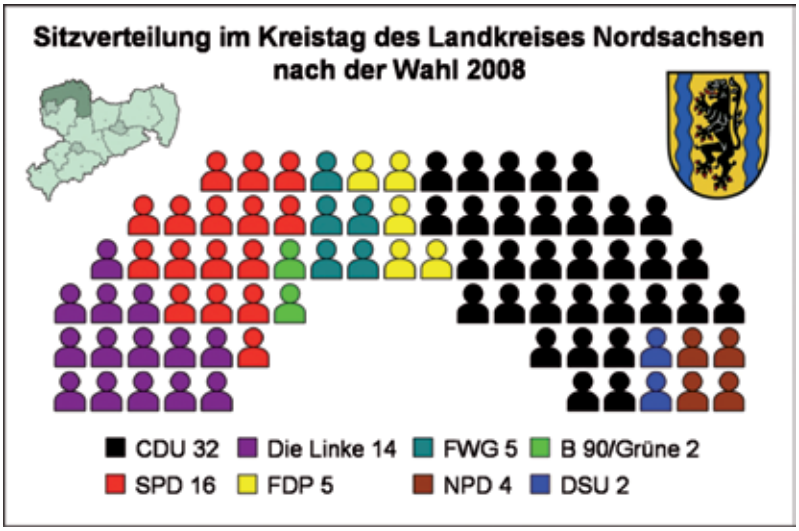
halb gab es bei den nachfolgenden Wahlen keine DSU-Kandidat_innen mehr.
All dies macht deutlich: Es gibt in Nordsachsen ein Wählerpotenzial für rechtsoffene und neonazistische Parteien, das konstant über dem sächsischen Landesdurchschnitt liegt. Dass dieses Potenzial nicht immer voll ausgeschöpft werden kann, liegt vor allem an der dünnen Personaldecke der betreffenden Parteien. Die in den Jahren nach 1990 in Sachsen teilweise starke DSU befindet sich allem Anschein nach in einer endgültigen Zerfallsphase und wird womöglich von einem der zahlreichen Versuche des Aufbaus einer rechten Sammlungsbewegung wie Pro Sachsen oder Sächsische Volkspartei „geschluckt". Die NPD dagegen hat trotz lokaler Verankerung große Mühe Kandidat/innen zu finden, die sowohl innerhalb wie außerhalb der eigenen Strukturen Anerkennung genießen, einigermaßen kommunalpolitischen Sachverstand besitzen oder die Partei bei öffentlichen Auftritten nicht jedes Mal blamieren. Ein unrühmliches Beispiel ist etwa der Eilenburger NPD-Stadtrat Kai Rzehaczek. Zum öffentlichen Schaden seiner Partei wurde der NS-Devotionalienhändler im Juli 2011 wegen Volksverhetzung verurteilt.[4] Er hatte CDs mit indiziertem und den Holocaust relativierendem Rechtsrock im Internet verkauft.
Die Bemühungen der Partei, sich gemäß der vom neuen Bundesvorsitzenden Holger Apfel propagierten „seriösen Radikalität" ein bürgerliches Saubermann-Image zu verpassen, sind auf kommunaler Ebene mal mehr, mal weniger erfolgreich. Aufschlussreich für das personelle und inhaltliche Agieren der NPD im Landkreis ist der folgende Vergleich zweier recht unterschiedlicher Abgeordneter: Maik Scheffler, Stadtrat aus Delitzsch, und Jens Gatter, Kreistags- und Gemeinderatsmitglied in Liebschützberg. Beide sind auch bezahlte Mitarbeiter bei der NPD-Landtagsfraktion und können sich deshalb voll und ganz der „Partei-Arbeit" widmen. Ihre kommunalpolitische Rolle füllen sie dabei höchst unterschiedlich aus.

Parlamentarisches Phantom

Der nordsächsische NPD-Vorsitzende Maik Scheffler wurde bei der Kommunalwahl 2009 in den Stadtrat seiner Heimatstadt Delitzsch gewählt. Eigentlich hatte sich Scheffler eher außerhalb von Partei- und Parlamentsstrukturen in der freien Kameradschaftsszene einen Namen gemacht. Wie ein Hack des internen Szeneforums Hard to Hate im November 2011 offenbarte, sieht sich Scheffler als einer der Gründer und Anführer des Freien Netzes, einem Zusammenschluss von Gesinnungsgenossen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Nazis aus seiner Heimatstadt charakterisieren ihn als einen Anführer, als jemanden, der schon immer der Kopf einer Bande sein wollte. In Neonazi-Strukturen, die aufgrund ihrer Ideologie allzu gern die Prinzipien von Führung und Gefolgschaft, von Befehl und Gehorsam praktizieren, finden Typen wie Scheffler schnell Anhänger. Reisen, Kontakte knüpfen, Netzwerke aufbauen – das ist seine Spezialität. Politische Inhalte fallen da schnell hinten runter. Seine Annäherung an die NPD ist denn auch eher instrumentell, da diese Posten und somit logistische und finanzielle Ressourcen verspricht. Im Jargon des gehackten Nazi-Forums klingt das so:

> *„Die NPD kann 39 Ratsstellen selbst nicht abdecken im Leipziger Land/Muldentalkreis. Es wurden zwar einige Parteischläfer vorgeschlagen, nur hat [die Parteiführung in] Dresden erkannt, dass sie sich damit [...] einige faule Eier ins Nest setzen. Nun sind sie an mich herangetreten und vor dem Hintergrund ihrer dünnen Personaldecke groß was von Öffnung der Listen für die Freien Kräfte, besonders aus dem Freien Netz, geschwafelt."*[5]

Umfassende Schulungen und begleitende Einführung in die Stadtratsarbeit wurde dem Parlamentsneuling



Grafik: Wikimedia

[4] Gegen das Urteil hatte Rzehaczek zunächst Berufung eingelegt, diese jedoch im August 2012 zurückgezogen. Vgl. www.l-iz.de/Leben/F%C3%A4lle%20und%20Unf%C3%A4lle/2012/08/Wegen-volksverhetzender-CDs-NPD-Stadtrat-muss-1400-Euro-Strafe-zahlen-43123.html.

[5] gamma.noblogs.org/fn-leaks/fn-leaks-iii.

photo: chronik.LE

Jens Gatter (Bildmitte) bei einer Kundgebung der NPD in Leipzig am 07.08.2012

Scheffler versprochen. Daraus geworden ist jedoch nicht allzu viel. Anfänglich gab er sich noch einigermaßen Mühe, das ihm anvertraute Mandat auszufüllen oder zumindest diesen Eindruck zu erwecken. Auf seiner Internetseite www.stadtrat-delitzsch.de präsentierte er sich als freundlicher Familienvater und stellte im ersten Jahr seiner Amtszeit immerhin drei Artikel mit Bezug zu seiner Stadtratstätigkeit ins Netz. Ab August 2010 gab es jedoch keinerlei Aktualisierungen. Seit über einem Jahr kündigt ein Baustellenschild an, die Internetseite werde überarbeitet. Seitdem ist Scheffler ein parlamentarisches Phantom. Zu den Stadtratssitzungen erscheint er nur sporadisch. Stadträt_innen anderer Parteien berichten, nie hätte er auch nur einmal das Wort zu zentralen Fragen der Stadtpolitik ergriffen. Statt dessen betätigt sich Scheffler seit seinem Aufstieg zum stellvertretenden sächsischen NPD-Vorsitzenden vermehrt als Koordinator der NPD-eigenen „Schutztruppen" bei diversen Aufmärschen und Kundgebungen der Partei. Das Agieren „auf der Straße" scheint ihm ohnehin mehr zu liegen als die parlamentarische Arbeit. So trat er 2006 – noch vor seiner rasanten Karriere innerhalb der NPD – bei der Verlegung von „Stolpersteinen" zum Gedenken an ermordete jüdische Bewohner_innen der Stadt Delitzsch mitsamt einigen Kameraden störend und pöbelnd in Erscheinung. Während der Zeremonie forderte er, statt den jüdischen Opfern der Nazis lieber gefallenen deutschen Soldaten ein Denkmal zu errichten.

Seitdem der Kreisvorstand der NPD im Landkreis Leipzig im März 2012 aufgrund politischer und persönlicher Differenzen geschlossen aus der Partei ausgetreten ist, fungiert Scheffler zusätzlich zu seinen anderen Parteiämtern dort als „kommisarischer Kreisbeauftragter".[6] Dieser Zustand hält nun schon einige Monate an – das „kommisarisch" wurde inzwischen sang- und klanglos gestrichen. Sonderlich erfolgreich dabei, wieder Ruhe und Ordnung in den rebellierenden Kreisverband zu bringen, scheint er bislang nicht zu sein. Letztlich erscheint Scheffler aufgrund all dieser Aufgaben und „Baustellen" im Delitzscher Stadtrat eher wie ein Phantom als ein ernsthafter Kommunalpolitiker.

Kümmerer von nebenan

Lokalpolitisch wesentlich geschickter inszeniert sich dagegen Jens Gatter, der seit 2009 für die NPD im Gemeinderat von Liebschützberg und bereits seit 2008 im Kreistag von Nordsachsen sitzt. In unregelmäßig erscheinenden Infoblättchen mit dem Titel Blickpunkt Liebschützberg, die in den Briefkästen der 3200-Seelen-Gemeinde landen, informiert die NPD zu lokalpolitischen Themen aus ihrer Sicht. Vom Titelblatt, wie von seiner regelmäßig gepflegten Webseite, lächelt der Mitte-20-jährige Gatter sympathisch, mit der Liebschützberger Mühle und einer Deutschland-Flagge im Hintergrund.

Klassische Nazi-Themen wie Fremdenfeindlichkeit, völkischer Nationalismus und Geschichtsrevisionismus finden sich in dem Propaganda-Heftchen nur in weichgespülter Form und mit kommunalpolitischen Themen verknüpft. Wenn von Kinderschutz und Sozialpolitik die Rede ist, schwingt immer der rassistische Nationalismus mit, dessen Grundkategorie nicht Menschen, sondern Angehörige des „Deutschen Volkes" sind. Die Nazi-Partei versucht auf diese Weise Bürgernähe zu demonstrieren – sicherlich erfolgreicher als so manche demokratische Partei dies vor Ort zu leisten imstande ist. So beschwerten sich im April 2012 Liebschützberger Gemeinderäte anderer Parteien öffentlich, dass Gatter mit seiner Webseite den Eindruck erwecke, alleiniger Repräsentant des Rates zu sein.[7]

Gatter ist auch Mitarbeiter des NPD-Landtagsabgeordneten Jürgen Gansel. Dieser galt lange als intellektueller Kopf der Fraktion und als eines der wenigen Vordenker innerhalb seiner Partei. Gansel möchte die Partei nachhaltig stabilisieren, indem er sie kommunalpolitisch verankert. Für gewöhnlich dient der NPD die Arbeit in kommunalen Gremien als Bühne der Agitation, als Informationsquelle sowie zur finanziellen bzw. infrastrukturellen Alimentierung. Auffällig in Liebschützberg ist jedoch, dass hier die kommunale politische Arbeit sowie deren öffentliche Selbstdarstellung deutlich ernster genommen wird als in anderen Gemeinden, in denen die Partei im Parlament sitzt.

[6] Vgl. www.chronikle.org/ereignis/npd-vorstand-landkreis-leipzig-rebelliert-gegen-partei.

[7] Vgl. www.oaz-online.de/web/oaz/politik/detail/-/specific/Liebschuetzberg-Internetauftritt-der-NPD-stoesst-Gemeinderaeten-auf-1890474742.

[8] Der langjährige Bürgermeister von Mügeln hatte es 2007 nach den rassistischen Übergriffen auf acht Inder bei einem Volksfest in seiner Stadt durch verharmlosende Äußerungen – Parolen wie „Ausländer raus" oder „Deutschland den Deutschen" könnten „jedem mal über die Lippen kommen" – zu unrühmlicher Bekanntheit gebracht. Vgl. www.stern.de/panorama/hetzjagd-in-sachsen-buergermeister-verharmlost-rechte-parolen-595887.html.

Regelmäßig redet der junge NPD-Aktivist im Kreis- und Gemeinderat inhaltlich einigermaßen fundiert zu verschiedensten Themen. Zum Teil ist dies sicherlich auf persönliche Ambitionen Gatters für eine Parteikarriere oder ein Landtagsmandat zurückzuführen. Gleichzeitig könnte Liebschützberg aber auch als Experimentierfeld für intensive lokale Basisarbeit dienen. Gatter ist nicht nur im Gemeinderat, sondern auch im Umfeld der Freiwilligen Feuerwehr und des Heimatvereins aktiv und konnte sich so sicherlich einiges Ansehen auch über die typische NPD-Anhängerschaft hinaus erwerben. Ob die Strategie der NPD aufgeht, wird sich bei der nächsten Kommunalwahl im Frühjahr 2014 zeigen.

Demokratische Parteien sind gefordert

Doch nicht erst, wenn es der NPD gelingt, sich vor Ort als ernstzunehmende politische Kraft zu inszenieren, entsteht für die demokratischen Parteien ein Problem. Diese müssen zusammen mit den lokalen Medien selbst viel stärker dafür sorgen, dass Politik in demokratischer Auseinandersetzung für die Bürger_innen vor Ort wieder interessant, erlebbar und mitgestaltbar wird. Kritische Auseinandersetzung mit und Abgrenzung von neonazistischen Ideologien und Akteur_innen sollte dabei eigentlich selbstverständlich sein. Dies wird jedoch nicht immer eingehalten.
So hatte sich der Vorsitzende der – nach dem Beitritt der früheren DSU-Abgeordneten – nun siebenköpfigen FDP-Fraktion, Gotthard Deuse aus Mügeln[8], nach der Wahl 2008 dafür ausgesprochen, die Nazis nicht „auszugrenzen", da sich dies „immer negativ" auswirke.[9] Ähnlich äußerte sich, noch vor der Konstituierung des neues Kreistags, der CDU-Fraktionsvize und Bürgermeister von Doberschütz, Roland Märtz. Er werde NPD-Anträge nicht einfach ablehnen, nur weil sie die NPD stellt: „Wenn die NPD Vorschläge hat, die für den Kreis gut sind, gibt es keinen Grund, sie abzulehnen." Sein Fraktionsvorsitzender widerprach umgehend: „Wir werden niemals der NPD hinterherlaufen und für einen NPD-Antrag stimmen." Und der Generalsekretär der sächsischen CDU versprach sogar: „Nie wird ein CDU-Politiker in Sachsen mit der NPD stimmen."[10]
Auf einen förmlichen Beschluss zum Umgang mit den Neonazis, der sich in anderen Parlamenten durchaus bewährt hat, konnten sich die Fraktionen im nordsächsischen Kreistag jedoch trotz entsprechender Bemühungen nicht einigen. Und bei geheimen Wahlen erhält die NPD regelmäßig eine zusätzliche Stimme aus einer der anderen Fraktionen. So etwa bei der Wahl des/der Ausländer- und Integrationsbeauftragten des Kreises im Juni 2010.[11] Und die Torgauer Zeitung druckte, ebenfalls 2008, eine komplette Pressemitteilung des NPD-Kreisrats Steffen Heller ab, in der dieser über „volksferne Selbstalimentierung" der „Systemparteien" schwadronierte.
Auch wenn die Präsenz und Sichtbarkeit der NPD in nordsächsischen Parlamenten eine gewisse Normalität suggeriert, sollte klar sein, dass es sich bei dieser eben nicht um eine normale, erst recht nicht um eine demokratische Partei handelt.[12] Dass Neonazis wenig Interesse an demokratischer Wissensbildung haben, zeigen nicht zuletzt zahlreiche neonazistisch motivierte Sachbeschädigungen und Angriffe auf Büros anderer Parteien, die chronik.LE in den letzten Jahren im Umland Leipzigs dokumentiert hat.

[9] Vgl. www.publikative.org/2008/08/06/sachsen-mugelns-burgermeister-will-die-npd-nicht-ausgrenzen.

[10] Vgl. www.taz.de/!22126 (taz vom 27.08.2008) und www.spiegel.de/politik/deutschland/kreistag-in-nordsachsen-wenn-der-npd-antrag-dem-gemeinwohl-dient-a-574820.html sowie www.chronikle.org/ereignis/cdu-politiker-will-npd-antr%C3%A4gen-zustimmen.

[11] Vgl. www.chronikle.org/ereignis/fremdstimme-npd-wahl-derdes-ausl%C3%A4nder beauftragten-landkreis-nordsachsen.

[12] Siehe der Artikel „Was Nazis wollen – Die Volksgemeinschaft!" in diesem Heft.

DIE NPD VERBIETEN?

Wenn die NPD keine normale demokratische Partei ist, warum ist sie dann nicht verboten? Das deutsche Grundgesetz kennt als eine Lehre aus dem Untergang der Weimarer Republik das Instrument des Parteienverbots. Die Logik dahinter: Eine Demokratie muss politische Vielfalt zulassen, aber keine Parteien, die selbst die Demokratie nicht anerkennen und stattdessen auf ihre Abschaffung hinarbeiten. Dies ist bei der NPD zwar der Fall, verfassungsgerichtlich aber nicht bestätigt, da das erste Verbotsverfahren aus formelen, nicht aus inhaltlichen Gründen gescheitert ist. Die Bundesregierung prüft derzeit, ob sie zum zweiten Mal ein Verbotsverfahren vor dem Bundsverfassungsgericht gegen die NPD einleiten lassen will. „Nicht verboten" heißt also nicht automatisch demokratisch.
Nichtsdestotrotz sind Parteienverbote eigentlich unangemessen und schädlich in einer Demokratie. Es besteht die Gefahr, dass sie eine politische Auseinandersetzung mit den Demokratie-Gegnern verhindern, indem sie gegen diese nur repressiv, mit polizeilichen und ordnungspolitischen Maßnahmen vorgehen. Auch die politische Verhandlung dessen, was Demokratie bedeuten soll, wird so zu Gunsten des staatlichen Konzepts der „Freiheitlich demokratischen Grundordnung" (FdGO) verhindert. Nachhaltig kann nur die inhaltliche Auseinandersetzung mit Rassismus und Diskriminierung in der gesamten Gesellschaft vor der Verbreitung von Nazi-Ideologie schützen.

ZWISCHEN SCHEIN UND SEIN

Präsentation nach außen und ideologischer Kern der Neonazis in Nordsachsen

NPD und FREIE KRÄFTE stellen sich gern als Opfer dar, als Widerständler (gegen je unterschiedliche „Feinde"), als neue Kraft, gerne auch als einzige Kraft, als letzte Bastion oder als Wahrheits- oder Freiheitsliebende.

Tatsächlich üben sie durch Gewalt oder Einschüchterung starken Einfluss auf ihr unmittelbares Umfeld aus. Neonazis bedienen sich dieser Mittel, um gegen Menschen vorzugehen, die nicht in ihr Weltbild passen. Dieses beruht auf einem gefährlichen Fehlschluss.

Selbstdarstellung und Fassade: Die armen Opfer

Am 4. Juni 2012 beschwerte sich der NPD-Kreisverband Nordsachsen in einem Artikel, der auch auf der Internetseite des örtlichen Freies Netz-Ablegers Aktionsbüro Nordsachsen veröffentlicht wurde, darüber, dass der „K(r)ampf gegen Rechts [...] immer irrer" werde.[1] Anlass dafür war der Start des Projekts Chronik Nordsachsen. Als ungerecht empfinden NPD-Kreisrat Jens Gatter und JN-Chef Paul Rzehaczek, dass in der Chronik auch „ganz normale Aktivitäten der nationalen Opposition" dokumentiert würden: „Infostände, Flugblattverteilungen und Konzerte", die „in keiner Weise strafbar" seien und zum „gängigen Repertoire (partei-)politischer Aktivitäten" gehörten.

Die NPD geriert sich selbst als legitime und politisch akzeptierte Partei. Doch dies ist nur die eine Seite – die Fassade. Denn ob NPD oder Freie Kräfte (oder wie auch immer sie sich gerade nennen): Sie alle hängen der nationalsozialistischen Ideologie an und streben die Errichtung einer „deutschen Volksgemeinschaft" an, die im Kern auf radikalen Ungleichwertigkeitsvorstellungen beruht.[2] Auch harmlos erscheinende „(partei-)politische Aktivitäten" sind diesem menschenverachtenden Ziel untergeordnet und werden daher in der Chronik Nordsachsen dokumentiert.

Selbstdarstellung und Fassade: Die eindeutigen Feinde

In ihren offiziellen Veröffentlichungen bemüht sich die NPD inzwischen um ein seriöses Erscheinungsbild – gemäß der vom Bundesvorsitzenden Holger Apfel ausgerufenen „seriösen Radikalität". Dem dient auch eine vierseitige „Regionalzeitung" namens Blickpunkt Nordsachsen, von der bisher allerdings nur eine Ausgabe erschienen ist. Darin wettert die Partei unter anderem gegen „Verschwendungsorgien" (ein „Kampf gegen Rechts" gilt der NPD als Geldverschwendung seitens der „Kreisräte von CDU bis LINKE"), gegen „Korruption" (Amts- und Mandatsträger würden „ihr Ehrenamt mit einem Selbstbedienungsladen" verwechseln), gegen „Privatisierungen" (der Freistaat Sachsen vernachlässige seine „Pflichtaufgaben" gegenüber dem „kulturellen Erbes Sachsens") und gegen eine „EU-Finanzdiktatur" (denn „Deutschland zahlt und zahlt […] solange bis Deutschland den Staatsbankrott anmelden muß"). Gegen all diese Verfehlungen und „Wahnsinnspläne" stemmt sich in Sachsen gemäß dieser Darstellung nur die „soziale Heimatpartei NPD".

Hier kommt es der NPD vor allem darauf an, möglichst greifbare Feinde zu konstruieren: ob „Kreisräte von CDU bis LINKE", „Vertreter der übrigen Parteien", den „Sächsischen Landtag", die „Bundesregierung" oder die „südeuropäischen Pleitestaaten". Die Welt muss einfach aufgebaut sein, deutlich muss zwischen Gut und Böse unterschieden werden können – notfalls hilft dabei die NPD nach: Die EU wird beispielsweise mit der Mafia verglichen – bei letzterer könne man wenigstens Hausdurchsuchungen anordnen. Und natürlich darf auch nicht der Hinweis fehlen, dass „Ausländer dem Sozialstaat zur Last" fallen, weshalb die „Zuwanderung in unsere sozialen Sicherungssysteme endlich zu stoppen" sei.

Zur schematischen Aufteilung der Welt in Gut und Böse kommt also noch die Konstruktion von „Sündenböcken". Würden die teilweise durchaus realen wirtschaftlichen, politischen oder sozialen Probleme als Strukturprobleme oder notwendige Widersprüche im System betrachtet, könnten diese nicht so leicht personalisiert werden. Der NPD kommt es aber gerade darauf an, angeblich Verantwortliche oder „Schuldige" auszumachen und an den Pranger zu stellen.

Vom Schein zum Sein: Das wahre Gesicht von NPD und FREIEN KRÄFTEN

Die nordsächsische NPD speist sich zum größten Teil aus im Kameradschaftsverbund Freies Netz organisierten so genannten Freie Kräfte.[3] Diese starken personellen Überschneidungen gehen sogar soweit, dass die NPD ohne dieses „Fußvolk" nicht präsent, nicht aktiv, nicht handlungsfähig wäre. Das paradigmatische Beispiel ist der Kreisvorsitzende und einstige Freies Netz-Mitbegründer Maik Scheffler. Die in diesen Kreisen vertretene Ideologie und ihr von Hass getragener Aktionismus lässt sich an den Äußerungen im internen Freies Netz-Forum namens Hard To Hate ablesen. Dort tauschten sich 21 Kader, vorwiegend aus Nordsachsen (darunter neben Maik Scheffler auch der in oben erwähnten NPD-Pressemitteilung

[1] neonazistisches „Aktionsbüro Nordsachsen".

[2] Siehe der Artikel „Was Neonazis wollen – Die Volksgemeinschaft!" in diesem Heft.

[3] Siehe der Artikel „Neonazistrukturen in Nordsachsen" in diesem Heft.

über Chronik Nordsachsen klagende Paul Rzehaczek) über ihre Ideologie, ihr Verhältnis zur NPD und geplante Vorhaben aus.[4] Aus den offengelegten Einträgen geht hervor, dass die hier aktiven Nazis eine „NS-Ersatzorganisation“ aufbauen wollen und die NPD dafür als strukturelle, organisatorische und nicht zuletzt als finanzielle Ressource nutzen.

Das Verhältnis der Freies Netz-Nazis zur NPD zeigt folgender Eintrag:

> *„Die NPD ist nicht unsere allerheilige Chefpartei. Sie ist nichts weiter als ein pragmatisches Werkzeug für unsere politische Arbeit. Mehr nicht. […] Der Landesvorstand der JN in Sachsen ist komplett mit revolutionären Kräften besetzt, die auf Linie sind, der Landesführer ist einer von uns und die Ausrichtung der JN wird kontinuierlich in Richtung ‚NS-Ersatzorganisation‘ vorangetrieben (natürlich nicht offiziell).“*[5]

Weiter heißt es:

> *„Warum ist es nicht möglich einfach an der politischen Leitlinie anzuknüpfen, die sich 6 Jahre lang bewährt hat, weitere 6 Jahre dem Druck überstarker Feindmächte stand hielt und 1945 gewaltsam in die Knie gezwungen wurde?“*[6]

In diesem affirmativen Bezug zum Nationalsozialismus – unter den Augen des mittlerweile zum NPD-Landesvize aufgestiegenen Maik Scheffler – kommt die ideologische Leitlinie der nordsächsischen Freien Kräfte und damit auch der hiesigen NPD zum Ausdruck.

Unterordnung und Sozialdarwinismus

Die von den Nazis aller Art angestrebte „Volksgemeinschaft“ meint letztlich die absolute Unterordnung jedes/jeder Einzelnen unter das Trugbild eines einheitlichen, kollektiven Willens. Diese Vorstellung mündet in einer radikalen Ablehnung demokratischer und pluralistischer Normen. Die Demokratie und die bestehende Gesellschaft sollen beseitigt werden. Die Worte „Demokratie“ und „demokratisch“ sind im Weltbild der Neonazis stets negativ besetzt; sie gelten ihnen als lächerlich, realitätsfern und verachtenswert. Aus der Ablehnung des demokratischen Staates mitsamt einer entsprechenden Verfassung resultiert auch die Ablehnung des geltenden Rechts: Begehen Neonazis eine Straftat, so sehen sie selbst das nicht als Straftat an, sondern als eine Bestätigung dafür, dass sie richtig, weil gegen das geltende Recht, gehandelt haben. Deswegen sind ihnen zur Umsetzung ihrer Ziele auch alle Mittel Recht, fühlen sie sich nicht gehemmt durch rechtliche und andere staatliche Sanktionen. Für Neonazis zählt nur das Recht des vermeintlich Stärkeren: ein sozialdarwinistisches „survival of the fittest“, bezogen auf angeblich natürliche, „rassische“ bzw. „ethnische“ oder auch kulturelle Einheiten, das direkt zu einem „Existenzkampf“ der „Völker“ oder „Kulturen“ führt. Das Weltbild der (Neo-)Nazis basiert auf einem gefährlichem Fehlschluss von biologischen Eigenschaften der Menschen auf sozial-kulturelle Unterschiede. Von einer angeblichen genetisch bzw. biologischen Ungleichheit wird auf eine Ungleichwertigkeit in Bezug auf soziale bzw. kulturelle und psychische Eigenheiten geschlossen. Auf dieser auf falschen Schlüssen basierenden Ungleichwertigkeit baut eine soziale Hierarchie zwischen und innerhalb der „Völker“ auf. Durch solch ein hierarchisches Denken, die Klassifizierung der Menschen in mehr oder weniger lebenswert, werden auch solche Taten wie der Mord an André K. in Oschatz motiviert und (bewusst oder unbewusst) gerechtfertigt.[7] Der besagte Fehlschluss eröffnet die Verachtung und Peinigung aller Menschen, denn je nach Situation oder Kontext können willkürlich vermeintliche soziale oder kulturelle Ungleichwertigkeiten „entwickelt“ werden. Der „sozialdarwinistische Fehlschluss“ – der aus Sicht der Nazis jedoch keiner ist, sondern Kern ihrer Weltanschauung – kann sozusagen alle Situationen rechtfertigen, in denen Neonazis Gewalt anwenden wollen.

Faksimile: BlickPunkt Nordsachsen der NPD, 1/2012

Blickpunkt Nordsachsen: Bürgerliches Antlitz , populistische Hetze. So geht die NPD nicht nur in Nordsachsen auf Stimmenfang.

Ausblick

Die NPD bemüht sich nach außen, als eine legitime und legale Partei zu erscheinen. Doch dieser Schein trügt. Die (nicht nur) in der nordsächsischen NPD dominierenden Freien Kräften sind gewaltbereit, aggressiv und brutal gegen alle Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen oder sich nicht in dieses einfügen lassen wollen. Wer die NPD wählt oder auf andere Weise unterstützt, unterstützt auch die gewaltförmige Umsetzung ihrer Ideologie. Dafür ist den Neonazis letzlich jedes Mittel recht.

[4] gamma.noblogs.org/fn-leaks#toc

[5] gamma.noblogs.org/fn-leaks/fn-leaks-i.

[6] Ebd.

[7] Siehe der Artikel „Obdachlose als Opfer sozialdarwinistischer Gewalt“ in diesem Heft.

RECHTE GEWALT IN NORDSACHSEN

Alltäglich, und doch für viele unsichtbar

Die Anzahl schwerwiegender Übergriffe von Neonazis in Nordsachsen ist seit vielen Jahren konstant hoch. In den vergangenen Jahren belegte Nordsachsen im Vergleich zu anderen Landkreisen immer wieder traurige Spitzenplätze, wenn es um rechtsmotivierte, rassistische Gewalt ging.

Ein Schwerverletzter im Krankenhaus und zwei Leichtverletzte, die ambulant versorgt werden mussten – das ist die Bilanz eines Angriffs von etwa 25 Neonazis auf ein Gruppe von sechs alternativen Konzertbesucher_innen in Eilenburg am 12. März 2011. In Delitzsch werden am 18. März 2012, ebenfalls nach einem Konzert, drei Menschen von etwa zwölf Neonazis zum Teil schwer verletzt. Vorfälle wie diese passieren in Nordsachsen immer wieder.[1]

[1] Die Statistiken der „RAA Sachsen“ zu rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt in Sachsen finden sie unter: www.raa-sachsen.de/statistik.html

Die Gewalt ist entweder zielgerichtet...

Betroffen von rechtsmotivierter Gewalt sind nach Angaben der Opferberatungstelle RAA vor allem Menschen, die sich als alternativ bzw. nicht-rechts verstehen und sich gegen menschenverachtende Einstellungen und Neonazis in ihrer Umgebung engagieren. Viele der Übergriffe sind nicht zufällig und wahllos, sondern erfolgen äußerst zielgerichtet und oft im unmittelbaren Wohnumfeld der Betroffenen. In der Folge leiden etliche Betroffene nicht nur unter den körperlichen Folgen der Gewalt, sondern vor allem auch unter dem immensen psychischen Druck, den diese gezielten Aggressionen hervorrufen: Angstzustände, Schlafstörungen und die Sorge vor erneuten Bedrohungen und Gewalterfahrungen. Nicht wenige erwägen in der Folge ihren Wegzug aus der Region, um sich den Angriffen der Neonazis zu entziehen, oder aber verzichten auf weiteres politisches Engagement.

Gezielte Gewalt und Einschüchterungen gegen vermeintliche politische Gegner_innen hat System in der Naziszene und ist zugleich ein wichtiger Teil neonazistischer Aktivitäten. Die sogenannte „Anti-Antifa“, also Neonazis, die sich insbesondere auf die Bekämpfung ihrer politischen Gegner_innen konzentrieren, späht die Betroffenen aus, fotografiert sie und notiert sich alltägliche Abläufe, wie der Weg zu Schule oder zum Fußballverein. In der Folge werden nicht nur die täglichen Wege mit persönlichen Drohungen besprüht, sondern auch das Wohnhaus mit Steinen beworfen oder das Auto zerstört. Solche Vorfälle sind in den letzten Jahren insbesondere aus Mügeln, Delitzsch und Eilenburg bekannt geworden. In einem NPD-Strategiepapier wurde dieses Vorgehen als „Kampf um die Straße“ betitelt, mit dem Ziel, die lokale Vormachtstellung zu erringen und etwaige Gegner_innen zum Schweigen zu bringen. In etlichen Orten Nordsachsens haben die Neonazis Erfolg mit dieser Strategie. Sie können sich frei und ungehindert im öffentlichen Stadtraum bewegen, wohingegen explizit nicht-rechte Subkulturen beständige Repression befürchten müssen und deshalb versuchen, so wenig wie möglich aufzufallen. Durch diese Normalität rechter Vorherrschaft wird sie gleichzeitig für (vermeintlich) Nicht-Betroffene, also Einwohner_innen, die nicht ins primäre Feindbild der Neonazis gehören, nahezu unsichtbar.

Rechtsmotivierte und rassistische Angriffe in Nordsachsen

Jahr	Angriffe	je 100.000 Einwohner_innen
2011	13	6,2
2010	19	9,1
2009	37	17,5
2008	20	9,4

Quelle: RAA Sachsen

...oder willkürlich

Menschen, die von permanenten Angriffen betroffen sind, berichteten CHRONIK.LE immer wieder von der „Angst, gesehen zu werden.“ Viele nehmen das Klima in ihren Orten als permanent bedrohlich war. Sie haben stets die Sorge, gleich in eine gefährliche Situation geraten zu können. Insbesondere für alternative Jugendliche dominiert die Sorge vor einer Begegnung mit Neonazis. Viele Menschen mit Migrationshintergrund fürchten sich darüber hinaus auch vor „ganz

normalen“ Bürger_innen. Sie berichten von den alltäglichen kleinen Gewalttätigkeiten und kleine Gemeinheiten, wie etwa dem Einkaufswagen, der einem angeblich „versehentlich“ gegen den Rücken prallt; dem Rempler in der Sparkasse, dem kurzen „ausländerfeindliche“ Spruch im Vorbeigehen auf dem Wochenmarkt, oder dem abwertenden Blick beim Brötchen holen. Für viele Menschen mit Migrationshintergrund ist das leider trauriger Alltag – auch in Nordsachsen.

„Wir kennen nur die Spitze des Eisbergs“

Obwohl etliche Angriffe in Nordsachsen bekannt werden, muss doch von einer sehr hohen Dunkelziffer rechtsmotivierter Gewalt ausgegangen werden. Das hat verschiedene Ursachen. Einerseits haben viele Betroffene Angst vor weiteren Einschüchterungen und Angriffen und wenden sich deshalb weder an die Polizei noch suchen sie sich anderweitige Unterstützung. Andererseits tritt bei vielen Betroffenen, die sich immer wieder Anfeindungen und Angriffen ausgesetzt sehen, ein „Gewöhnungseffekt“ ein. Laut der RAA bestehe „innerhalb der Betroffenengruppe nicht-rechter oder alternativer Jugendlicher eine zunehmende Frustration“ aufgrund ihrer Situation. Sie sehen es nur selten als Weg zur Verbesserung ihrer Lage, eine Anzeige zu erstatten oder sich an entsprechende Beratungsstellen zu wenden. Vielmehr akzeptieren sie ihre Situation und betrachten permanenten Einschüchterungen, offene Drohungen oder leichte Körperverletzungen ohne schwerwiegende Folgen als Lappalien, die zum Alltag gehören. Auch die Anzahl rassistisch motivierter Übergriffe wird von der RAA auf ein Vielfaches der bekannt gewordenen Angriffe geschätzt. Menschen mit Migrationshintergrund bewerten körperliche Angriffe oft als nur ein Ereignis unter vielen erlebten Diskriminierungen und Ausgrenzungen. Aufgrund dieser „Gewöhnung“ rechts- und rassistisch motivierter Gewalt wenden sich Betroffene oft nur an die Opferberatung, wenn es sich in ihren Augen um schwerwiegendere Fälle handelt. Und nur dann finden die Angriffe ihren Weg in die Statistik.

Viele Fälle von rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt erfahren entsprechende Beratungsstellen durch ihre Kooperationspartner_innen in den einzelnen Orten und Regionen. Diese haben jedoch vor allem Kontakt zu politisch aktiven, alternativen und nichtrechten Menschen, weniger jedoch zu ohnehin schon marginalisierten Menschen. Übergriffe auf sozial Benachteiligte, Wohnungslose oder Menschen mit Behinderungen werden nur sehr selten bekannt.

Häufige Fehleinschätzungen der Polizei

Ein weiterer Umstand lässt auf eine wesentlich höhere Dunkelziffer schließen. Ob ein Angriff als rechtsmotiviert oder rassistisch einzuschätzen ist oder nicht, obliegt in der polizeilichen Praxis meist den Polizeibeamt_innen, die die ersten Ermittlungen führen. Zwar sind die Kriterien zur Bewertung eines rechtsmotivierten Angriffs juristisch relativ klar geregelt, allerdings besteht die nicht unerhebliche Gefahr, dass Beamt_innen mögliche Ansatzpunkte für einen solchen Verdacht (un)wissentlich übersehen bzw. falsch bewerten. „Neben eigenen Ungleichwertigkeitsvorstellungen kommen immer wieder auch Opportunitätsüberlegungen hinzu, die eigene Region nicht in den Schmutz zu ziehen.“[2] Ein dramatisches Beispiel für eklatante Fehleinschätzungen ist die Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU), die im November 2011 bekannt wurde. Trotz etlicher Hinweise auf einen rechtsmotivierten Hintergrund verfolgten die Ermittler_innen angebliche Spuren, die ins „ausländische Mafia-Millieu“ geführt hätten. Mehrere Hundert Polizeibeamt_innen stolperten so zum Leid der Angehörigen der Opfer über ihre eigenen rassistischen Stereotype. Weitere Beispiele sind die Morde am Wohnungslosen André K. am 27. Mai 2011 in Oschatz, und dem 19-jährigen Iraker Kamal K., der am 24. Oktober 2010 in Leipzig erstochen wurde. In beiden Fällen gab es konkrete Hinweise auf die Mitgliedschaft der Täter in Neonaziorganisationen,[3] trotzdem wurden die Morde weder von Polizei noch von Staatsanwaltschaft als rechtsmotiviert bewertet. Erst der zuständige Richter bestätigte im Mordfall Kamal K., dass die Täter aus rassistischen Gründen gemordet hatten.

Die Betroffenen brauchen Unterstützung

Rechtsmotivierte und rassistische Gewalt bleibt ein großes Problem in Nordsachsen, und lediglich die Spitze des Eisbergs ist bekannt. Für die Betroffenen bedeutet sie Verletzungen, Abwertung, Ausgrenzung, Entrechtung und Angst. Niemals darf sie als etwas Normales angesehen werden, sondern als gesellschaftliches Problem, dem es sich zu widersetzen gilt. Die Betroffenen müssen Unterstützung erfahren und dürfen mit ihren Erfahrungen nicht allein gelassen werden. Wenn sie also von rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt erfahren, dann wenden sie sich im Interesse der Betroffenen an die Opferberatungsstellen der RAA oder andere Beratungsstellen. Eine Liste mit Kontakten finden Sie am Ende dieser Broschüre.

[2] Kati Lang: Grundlegende Veränderungen sind nötig. Ideologie der Ungleichwertigkeit in der Polizei. In: MBR & APABIZ (Hrsg.): Berliner Zustände 2011 – Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus & Rassismus, Berlin 2012, S.22-25 , http://tinyurl.com/zustaende2011

[3] Initiativkreis Antirassismus: http://initiativkreis.blogsport.de/2011/08/23/wir-waren-erstaunt-ueber-das-urteil/

AM RANDE DES LANDKREISES

Zur Situation von Asylsuchenden in Nordsachsen

In der Stadt Leipzig sorgte kürzlich die geplante Neuunterbringung von Asylsuchenden für erregte Debatten. Die Menschen, die bisher in einem heruntergekommen Heim in der Torgauer Straße untergebracht waren, sollten dezentral in kleineren Häusern untergebracht werden.[1] Im Landkreis Nordsachsen geht die Verwaltung den umgekehrten Weg:

Bereits im September 2010 wurden hier die Heime in Oschatz und Eilenburg geschlossen, Ende 2011 folgte das in Torgau. Die Bewohner_innen wurden in das seit 2008 von der ITB Dresden GmbH[2] betriebene Objekt in Spröda bei Delitzsch verlegt. Um dort alle aufnehmen zu können, wurde die Kapazität um 120 auf nun insgesamt 250 Plätze erweitert.[3] Derzeit leben in Spröda über 200 alleinstehende Männer. Darüber hinaus sind laut Auskunft des Landratsamtes 159 Familien bzw. alleinstehende Asylbewerber_innen mit Kindern im Landkreis dezentral in Wohnungen untergebracht.[4]

Ausschlaggebend für die Zentralisierung der nicht dezentral untergebrachten Asylsuchenden waren vermutlich vor allem finanzielle Erwägungen, die Interessen der Bewohner_innen spielen wie so oft keine Rolle. So klagte der langjährige Betreiber des Oschatzer Heims 2010 darüber, dass seine Bewerbung für einen Weiterbetrieb der Unterkunft vom Landratsamt nicht berücksichtigt wurde: „Und das, obwohl wir gute Bedingungen wie die Nähe zum Arzt, zum Kindergarten und zum Bahnhof bieten können, wogegen Spröda mitten in der Prärie liegt."[5] Zu diesem Zeitpunkt wohnten noch 35 Personen in dem Oschatzer Heim, in den Jahren davor seien es durchschnittlich 50 bis 60 Bewohner_innen gewesen.

Einige der zuletzt 45 in Eilenburg untergebrachten Asylsuchenden protestierten im Juli 2010 öffentlich gegen den Zwangsumzug nach Spröda, drohten sogar mit Hungerstreik: „In Eilenburg leben wir in einem Block mit Drei- und Vier-Zimmerwohnungen. Das Heim liegt in der Stadt, dort sind wir mittendrin im Leben. Spröda liegt aber weit weg von der Stadt", erzählte ein aus dem Iran Geflüchteter, der bereits seit zehn Jahren in Deutschland lebt.[6] Auch nach dieser langen Zeit hat er kein Recht auf freie Wahl der Wohnung. Von Spröda aus ist es zudem schwieriger nach Leipzig zu gelangen, wo einer der Asylsuchenden zu diesem Zeitpunkt studierte.

In vergleichsweise kleinen Gemeinschaftsunterkünften gestaltet sich das Zusammenleben meist angenehmer als in größeren Heimen, letztere sind für die Betreiber aber „wirtschaftlicher" zu unterhalten. Als der Vertrag für das Heim in Torgau auslief, fand sich offenbar keine Firma, die es zu den vom Landratsamt anvisierten Konditionen weiterführen wollte.

Abschottung pur statt Willkommenskultur

Im „Heim-TÜV" des sächsischen Ausländerbeauftragten Martin Gillo (CDU) aus dem Jahr 2011, in dem u.a. die Größe der Heime, die innere Sicherheit und die soziale Betreuung bewertet wurde, heißt es zu dem Heim im Delitzscher Ortsteil Spröda (mit der aussagekräftigen Anschrift „Am Stadtforst"):

> *„Die Gemeinschaftsunterkunft ist eine ehemalige Polizeischule im Kasernenstil außerhalb der Ortschaft und unmittelbar an einer Bundesstraße gelegen, in der ausschließlich alleinstehende Männer leben. Es gibt keine Rad- oder Fußwege neben der Straße. Die Baracken sind alt und abgewohnt. Fenster sind teilweise undicht und zerschlagen. Die Ausstattung ist bescheiden und funktional. Die Sanitäranlagen sind teilweise renoviert. Vereinzelt kommt es zu Schlägereien und Sachbeschädigungen. Es sind keine Hierarchien erkennbar. Eine soziale Betreuung gibt es nicht. Der Betreiber investiert in Sportgeräte, anstelle einer Sozialbetreuung."*[7]

Das Objekt landete in der Bewertung des Ausländerbeauftragten mit einer Note von -0,47 auf Rang 23 von 31 Gemeinschaftsunterkünften und damit noch knapp im „gelben Bereich" (unter Beobachtung). Das inzwischen geschlossene Heim in Torgau mit -0,60 sogar auf dem vorletzten Platz. Die Kreistagsfraktion der Partei Die Linke sprach bezugnehmend auf diesen Bericht von „kasernenartige[n] Barackenunterkünfte[n] mit langen dunklen Gängen, die der längst verblichenen GST oder der Kampfgruppe alle Ehre gemacht hätten."[8] Problematisch sei auch die Verkehrsanbindung des drei Kilometer von der Stadt entfernt gelegenen Heims. Busse fahren nur bis 18 Uhr, ansonsten sind die Bewohner_innen auf einen kilometerweiten, gefährlichen Fußweg auf der Bundesstraße nach Delitzsch angewiesen. „Das ist Abschottung pur statt Offenheit für Menschen in Not, ganz zu schweigen von auch nur der geringsten Willkommenskultur", so der Vorsitzende der Linksfraktion Michael Friedrich, der eine „schrittweise Auf-

[1] Vgl. u.a. Initiativkreis Menschen.Würdig: www.menschen-wuerdig.org

[2] Vgl. die kurze Darstellung bei www.itb-dresden.de/beherberung/delitzsch.html

[3] Vgl. Torgauer Zeitung vom 18.10.2011

[4] Vgl. LVZ Delitzsch-Eilenburg vom 06.01.2012

[5] LVZ Delitzsch-Eilenburg vom 20.07.2010

[6] LVZ Delitzsch-Eilenburg vom 16.07.2010

[7] www.landtag.sachsen.de/dokumente/sab/SAB-HeimTUEV2011_09122011.pdf.zip, S. 92 f.
Vgl. zum „Heim-TÜV" auch www.landtag.sachsen.de/de/integration_migration/themen/6772.aspx

[8] Pressemitteilung der Landtagsfraktion der Partei Die Linke vom 12.12.2011

lösung“ des Heimes und die dezentrale Unterbringung aller Asylsuchenden forderte. Bereits nach der Schließung der Heime in Eilenburg und Oschatz hatte es Kritik an den Zuständen in Spröda gegeben. Der bauliche Zustand der Unterkunft sei „erbärmlich“, die Asylbewerber_innen würden in Spröda „weitgehend isoliert“ leben, schrieb Landtagsabgeordnete Gisela Kallenbach (Die Grünen/B90) in einer Kleinen Anfrage.[9] Und die Fraktion der Partei Die Linke im Kreistag konstatierte eine Verschlechterung für die bisher in Eilenburg untergebrachten Bewohner_innen nach ihrer Umsiedlung nach Spröda: „Die trostlosen Gebäude sind bautechnisch überaltert und stark renovierungsbedürftig. Die Fenster sind vergittert und innen zieht es. Lediglich der Zaun, der die Häuser umgibt, ist neu und vor allem hoch.“[10]

photo: chronik.LE

Tristesse am Rande – In der Asylunterkunft in Spröda leben 200 Menschen

Mehrjährige „Übergangslösung“

Gegen solche Kritik wie auch die Bewertung des Ausländerbeauftragten haben sich die zuständigen Politiker_innen immer verwehrt. „Natürlich sind das keine Hotel-Zimmer. Es ist eine Übergangslösung“, meinte Ordnungsdezernentin Angelika Stoye.[11] Die als „Übergangslösung“ gedachten Unterkünfte dürfen offenbar nicht zu komfortabel ausgestattet sein, auch wenn „sieben, acht Jahre“ vergehen können, bis über einen Asylantrag entschieden wird, so Stoye. Drauf habe das Landratsamt leider keinen Einfluss: „Wir sind nur für die Unterbringung verantwortlich. Das tun wir nach unseren Möglichkeiten.“

Verwiesen wird auf „umfangreiche Sanierungs-, Instandsetzungs- und Umbaumaßnahmen“, die der Heimbetreiber durchgeführt habe und weiter fortsetze. So seien „beispielsweise die Dächer aller Häuser sowie die Sanitärbereiche im Haus 2 saniert, die Sanitärbereiche in den anderen Häusern sowie die Küchen erneuert“ worden. Fenster und Türen würden im ersten Halbjahr 2012 anstehen, der komplette Neuausbau des Hauses 4 sei realisiert worden, Zimmer modernisiert, Küchen und Herdplätze an die Anzahl der Bewohner angepasst. Alles eigentlich Selbstverständlichkeiten, sollte man meinen. Auf die bemängelte soziale Betreuung gehen Stoye und Landrat Michael Czupalla (CDU) nicht ein. Dafür wird darauf verwiesen, dass im November 2011 am Berufsschulzentrum Delitzsch eine Vorbereitungsklasse gestartet sei, in der Asylbewerber_innen Deutsch lernen könnten. Und im Januar würde in der Gemeinschaftsunterkunft ein Sprachkurs „Deutsch für Asylbewerber und geduldete Ausländer 2012“ starten. Warum es so etwas vorher nicht gab, bleibt offen. Immerhin gebe es ein „breites Sportangebot“ sowie einen Internetzugang für die Bewohner.[12]

AK Asyl & „Bufdi“-Betreuung

Seit einiger Zeit bemüht sich ein Arbeitskreis Asyl im Kreis um eine bessere Betreuung der Asylsuchenden. So gibt es nach Auskunft von Michael Marschall vom Jugendmigrationsdienst der Diakonie in dem Heim in Spröda mittlerweile immerhin aller zwei Wochen ein zweistündiges Beratungsangebot, einmal im Monat auch mit dem Flüchtlingsrat. Problematisch sei insbesondere die mangelnde Privatsphäre, zumal die Bewohner teilweise schon zehn Jahre lang in dem Heim „geparkt“ seien. Für die unter anderem in Gillos „Heim-TÜV“ angemahnte sozialpädagogische Betreuung sei ab Oktober eine unqualifizierte Stelle aus dem Bundesfreiwilligendienst (ehemals: Zivildienst) vorgesehen.

[9] www.gisela-kallenbach.de/index.php?id=11228 (Kleine Anfrage vom 01.10.2011, Drs. 5/3848)

[10] LVZ Delitzsch-Eilenburg vom 10.09.2010

[11] LVZ Delitzsch-Eilenburg vom 06.01.2012

[12] Ebd.

Empfehlungen des Sächsischen Ausländerbeauftragten Martin Gillo für den Landkreis Nordsachsen

Die Geschäftsstelle des Sächsischen Ausländerbeauftragten teilte CHRONIK.LE bezüglich der seit dem „Test" des Heims in Delitzsch-Spröda im vergangenen Jahr durchgeführten und angekündigten Veränderungen mit: „Grundsätzlich freuen wir uns immer, wenn die Anregungen des 'Heim-TÜVs' umgesetzt werden. Die vielen positiven Veränderungen, die sich seit unserem letzten Besuch vorfinden lassen, sind lobens- und nachahmenswert." Weiter heißt es in diesem Schreiben, man rate zu folgenden Ansätzen in der Unterbringung von Asylbewerbern und Geduldeten:

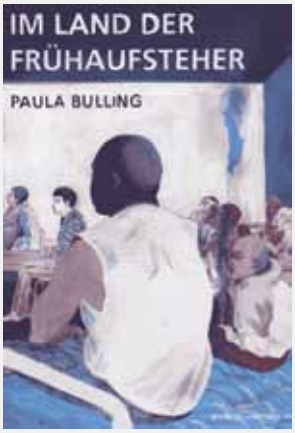
1. Gemeinschaftsunterkünfte sollten nicht zu groß angelegt sein. **Optimal wäre eine Größe von bis zu 100 Bewohnern**. Wir raten dabei zu **Gebäuden mit abschließbaren Wohneinheiten**, also z.B. Wohnplatten im Stil WB70, weil sich das positiv auf die innere Sicherheit auswirkt. Einige sächsische Kommunen haben **sehr gute Erfahrungen mit Wohnhäusern bis zu 50 Bewohnern** gemacht. Wir sehen einen langfristigen gesellschaftlichen und politischen Konsens zu **kleineren Gemeinschaftsunterkünften** und zur **dezentralen Unterbringung** in der Bundesrepublik.

2. In den Gemeinschaftsunterkünften **sollten qualifizierte Sozialarbeiter angestellt sein**, die den Heimbewohnern dabei helfen, sozial akzeptable Lebensweisen zu erkennen, anzuerkennen und zu leben. Das gilt sowohl für das Leben im Heim als auch für das Verhalten außerhalb des Heimes. **Idealerweise sollte für jeweils 100 Bewohner ein Sozialarbeiter** zur Verfügung gestellt werden.

3. Heimbewohner sollten den Zugang zur deutschen Sprache, zur deutschen Kultur, wo angebracht zu Bildungsangeboten, und zu Gemeinwohltätigkeiten bekommen. Das gibt ihnen die Chance, unsere Verhaltensstandards und Lebensweisen kennenzulernen, sie zu akzeptieren und zu praktizieren, und erleichtert das Miteinander von Heimbewohnern und Bevölkerung.

4. **Familien, Alleinerziehende und alleinstehende Frauen sollten grundsätzlich dezentral untergebracht werden**. Für diese Gruppe sollte eine **mobile Sozialbetreuung** stattfinden, damit die dezentral Lebenden bei wichtigen Fragen des gesellschaftlichen Lebens unterstützt werden können.

BUCHTIPP: IM LAND DER FRÜHAUFSTEHER



„Die Nazis haben mich kaputt gemacht." Mit diesen Worten kam der Flüchtling Azad Murad Hadji in der Nacht vom 29. auf den 30. Juni 2009 mit schwersten Brandverletzungen zu seiner Frau zurück ins Asyllager Möhlau. Zwei Wochen später erlag er den Folgen seiner Verletzungen; die Ermittlungen zu seinem Tod wurden noch im selben Sommer eingestellt.
Um diese andere Geschichten im Alltag von Asylsuchenden in Sachsen-Anhalt dreht sich die Comicreportage „Im Land der Frühaufsteher" von Paula Bulling, welche 2012 im AVANT-VERLAG erschienen ist. In sieben Kapiteln werden unter anderem Themen wie die (schlechten) Lebensbedingungen in den Asylbewerber_innenheimen, alltäglicher Rassismus sowie der Kampf der Asylsuchenden um mehr Rechte dargestellt (siehe Abbildung Seite 21).
„Im Land der Frühaufsteher entstand in naher künstlerischer Zusammenarbeit mit den portraitierten Menschen, ihre Stimmen und ihr Wesen sind ebenso Teil von Bullings mutiger Comic-Collage wie die Darstellung der politischen Situation in Sachsen-Anhalt, die als symptomatisch für die neuen und den größten Teil der alten Bundesländer gelten kann." so der Verlag selber über das Buch. Dabei begnügt sich die Autorin nicht mit einer reinen Erzählperspektive, sondern ist vielmehr Teil der Geschichten und setzt sich in dem Zuge auch mit der Frage auseinander, inwieweit sie als weiße deutsche Künstlerin über die Lebenssituationen von Asylsuchenden berichten kann. Unterstüzung in der (authentischen) textlichen Gestaltung erhielt sie dabei von Noel Kaboré.

AVANT-VERLAG, 2012
ISBN: 978-3-939080-68-8

bild: avant-verlag, Im Land der Frühaufsteher

Die Situation von Asylsuchenden erfordert deutliche Kritik

02 KAPITEL

NORDSACHSENS REGIONEN IM FOKUS

photo: wikimedia

Schkeuditz Markt

FOKUS SCHKEUDITZ

Von Neonazis, der „Neuen Welle“ und einem Mangel an Zivilgesellschaft

Die 17.000 Einwohner_innen zählende Flughafenstadt Schkeuditz befindet sich am westlichen Rand Nordsachsens. Wahlerfolge für die NPD blieben bislang aus. Auch vor Ort fallen Neonazis weniger durch politische Aktivitäten auf. Außer es geht unter dem Motto „Jugend braucht Perspektive“ mit Flaschen, Steinen und Parolen gegen den örtlichen Jugendtreff.

Die „Wahlerfolge“ der NPD – Weniger ist mehr

Sowohl bei den Landtags- als auch den Bundestagswahlen erzielte die NPD in Schkeuditz Ergebnisse, die unter dem nordsächsischen Durchschnitt (4,7%) lagen. So stimmten bei der Bundestagswahl 2009 304 Personen per Erststimme (3,3 %) sowie 277 per Zweitstimme (3,0 %) für die NPD. Gegenüber 2005 erhielt die NPD ein Viertel weniger Stimmen (389 Erststimmen bzw. 373 Zweitstimmen). Eine ähnliche Tendenz lässt sich bei den Ergebnissen der NPD-Landesliste bei den Landtagswahlen nachzeichnen. Erhielt die NPD 2004 noch 411 Stimmen und damit 5,3 %, stimmten 2009 nur noch 236 der Wählenden für sie. Dennoch konnte sie 4,2 % der Gesamtstimmen verbuchen.

Bei der Kreistagswahl 2008 kandidierten gleich drei Neonazis aus der Flughafenstadt für die NPD. Besonders bei dieser Wahl propagierte die NPD die Zusammenarbeit mit den Freien Kräften Schkeuditz (Selbstbezeichnung), welche nach Angaben des neonazistischen Aktionsbüro Nordsachsen „seit vielen Jahren mit den Freien Kräften Delitzsch zusammenarbeiten und den Schulterschluss für die offene nationale Liste auch dort nicht scheuten“[1]. Aufschlussreich ist das positive Fazit seitens der NPD: „In Schkeuditz/Stadt darf auch von einem beachtlichen Ergibnis [Fehler im Original] für den noch recht jungen Kandidaten Oliver Maaß für die NPD gesprochen werden, welcher bei einer skandalösen Wahlbeteiligung von gerade knapp 24% [amtlich 24,7 Prozent] doch 337 Stimmen für sich verbuchen konnte.“[2] Entsprechend wird das „Bündnis Freie Kräfte und NPD“ in Delitzsch und Schkeuditz als zukunftsfähig gefeiert. Dass diese 337 Stimmen jedoch nur einen Stimmenanteil von 3,2 Prozent ausmachen, scheint der NPD nicht weiter erwähnenswert. Größere Wahlerfolge für die Nazipartei blieben in Schkeuditz bislang aus. Keiner der Schkeuditzer Kandidaten wurde gewählt. Allerdings wird deutlich, dass einerseits die NPD auf ein relativ konstantes Stimmpotenzial zählen kann, und dass ihr andererseits eine insgesamt geringe Wahlbeteiligung entgegenkommt.

„Wir haben ein Problem mit Rechtsextremen.“[3]

Dies äußerte der Schkeuditzer Oberbürgermeister Jörg Enke (Freie Wähler) im Juli 2010 nach einem Übergriff von Neonazis auf einen 18-Jährigen während des Stadtfestes.[4] Ein spätes Eingeständnis der Existenz einer Naziszene, deren Wirken bis nach Leipzig hineinreicht und die sogar half, dort Strukturen aufzubauen und zu festigen. So war bereits in der März-Ausgabe des Gamma-Newsflyers[5] im Jahr 2007 eine Einschätzung über die Bedeutung der Stadt für die regionale Naziszene aufgeführt, die „nach wie vor eine wichtige Rolle“ spielt und „eine Schlüsselposition bei der Entstehung der aktuellen Leipziger ‚freien‘ Strukturen innegehabt“ hat. Über die Schkeuditzer Nazistrukturen sollte auch „in Leipzig mehr Organisation auf die Beine“ gestellt werden. Seither sind neonazistische Aktivitäten wiederkehrend zu verzeichnen. Innerhalb der letzten fünf Jahre stechen dabei die Jahre 2007 sowie 2010 heraus.

2007 – „Kampagne“ gegen Sexualstraftäter

Anlässlich des sogenannten „Fall Mitja“ im März 2007 führten Delitzscher und Schkeuditzer Neonazis mehrere Aktionen unter dem Motto „Schützt unsere Kinder! Sie sind unsere Zukunft“ durch.[6] Der Start der „Kampagne“ kann auf den 3. März datiert werden.[7] An dem Tag organisierte ein örtlicher Sportverein eine Lichterkette, an der sich zwischen 500 und 700 Personen beteiligten. Unter ihnen befanden sich bis zu 80 Neonazis, die sich am Marktplatz trafen und anschließend einen Spontanaufmarsch entlang der Lichterkette durchführten. Dabei trugen sie ein Transparent mit der Aufschrift „Diese Stadt hat Pädophile satt“ mit sich, das mit dem dem Kürzel „B.I.S.“ (Bürgerinitiative Siegessäule Schkeuditz) versehen war.[8] Zusammen mit Bürger_innen wurde auffallend unauffällig der „elektrische Stuhl für Kinderschänder!“[9] gefordert. (Verwiesen sei hierbei auf den Artikel „Gemeinschaftserlebnis Kindermord“ der Ini-

[1] Neonazistisches Aktionsbüro Nordsachsen vom 28.04.2008

[2] Neonazi-Seite „Widerstand.info“ vom 09.06.2008

[3] LVZ-Online vom 02.07.2010: „Schkeuditz – Problem: Rechtsextremismus“ → www.lvz-online.de/region/schkeuditz/problem-rechtsextremismus/r-schkeuditz-a-37913.html

[4] www.chronikle.org/ereignis/schkeuditz-angriff-jugendliche-stadtfest

[5] Gamma-Newsflyer Nr. 176 → gamma.noblogs.org/files/2010/12/gamma176_web.pdf

[6] Gamma-Newsflyer Nr. 177 → gamma.noblogs.org/files/2010/12/gamma177_web.pdf

[7] Ebd.

[8] Ebd.

tiative Gegen jeden Extremismusbegriff (Inex), in der das gemeinsame Agieren von Bürger_innen und Nazis bei Sexualverbrechen thematisiert wird.[10] Die LVZ zitierte auch Flugblätter, die entlang der Lichterkette verteilt wurden, deren Inhalt eindeutige neonazistische Parolen aufwiesen, die sich „gegen Ausländer und so genannte ‚Volksentfremdete'" richteten. In den Flugblättern wurden weitere „Proteste und Infostände" angekündigt. Diese wurden auch in den folgenden Tagen und Wochen umgesetzt. In Vorbereitung der anstehenden Demonstration soll am 7. März ein Infostand in Schkeuditz stattgefunden haben, der durch die „B.I.S." organisiert wurde. Die ausgelegte Petition forderte „härtere (...) Strafen für Triebtäter"[11] und wurde angeblich von 500 Personen unterzeichnet. Zuletzt fanden am 10. wie 16. März Demonstrationen in Delitzsch und Schkeuditz statt, an denen sich 150 bzw. 200 Neonazis beteiligten.

2010 – Übergriffe und Rekrutierungsversuche

Von Mitte Januar bis Ende Juni 2010 konnten vermehrt neonazistische Aktivitäten festgestellt werden, die von Schmierereien, Bedrohungen, Diffamierung und Einschüchterung über eine Spontandemonstration bis hin zu gewalttätigen Übergriffen reichten. Besonders der Jugendclub Neue Welle war von den „Aktivitäten" betroffen. Gegenüber der LVZ verwies ein Streetworker des Jugendclubs auf drei Schkeuditzer Neonazis, die seit Anfang des Jahres im Jugendclub auftauchten und regelmäßig wieder kamen.[12] Dabei suchten sie gezielt Gespräche mit anderen Nutzer_innen und brachten in Diskussionen subtil Einwürfe ein, um damit Besucher_innen zu beeinflussen, was teilweise erfolgreich gewesen sein soll. Innerhalb des ersten Halbjahres kam es zu sechs Angriffen auf den Jugendclub, bei denen die Scheiben zerstört sowie neonazistische Aufkleber und Schmierereien hinterlassen wurden. Außerdem wurden die Lessing-Mittelschule, das Gymnasium sowie ein Gebäude am Rathausplatz mit Nazi-Parolen beschmiert. Zu der Zeit war auffallend mehr Neonazi-Propaganda in Schkeuditz feststellbar.[13] Die Rekrutierungsversuche wurden nicht nur im Jugendclub durchgeführt. Am 22. März versammelten sich vier vermummte Personen (zwischen 18 und 20 Jahren) vor der Lessing-Mittelschule in der Weststraße und anschließend vor dem Gymnasium in der Pestalozzistraße. An beiden Orten präsentierten sie ein Plakat mit der neonazistischen Parole „BRD=Volkstod!!! Werde aktiv!".
Am 9. April 2010 führten 30 Nazis einen „spontan" organisierten Miniaufmarsch durch, wobei sie Fackeln und Transparente mit sich führten. Im Anschluss an die Demonstration verteilten Unbekannte in der Nähe des Jugendclubs Flugblätter mit dem Titel „Jugend braucht Perspektiven", die u.a. eindeutig neonazistische Forderungen beinhalteten. Die Mitarbeiter_innen der Jugendeinrichtung erstatteten aufgrund diffamierender Inhalte Anzeige wegen Verleumdung. Infolge der Ereignisse wurde die Hausordnung konkretisiert und wendet sich nun ausdrücklich gegen „rassistische, diskriminierende, sexistische, homophobe und antisemitische Aussagen und Verhaltensweisen".[14] Gegen einen Neonazi wurde in Abstimmung mit der Stadtverwaltung und dem Träger des Jugendclubs ein sechsmonatiges Hausverbot erteilt. Neben dem betreffenden Jugendlichen blieben im Anschluss auch die weiteren Nazis der Einrichtung fern.

Aktuelle Situation

Zivilgesellschaftliches Engagement ist, sofern es sich gegen Neonazismus sowie menschenverachtende Einstellungen richtet, in Schkeuditz schwer zu finden. Über die Jahre entwickelte sich kein institutioneller Zusammenhang, der sich gegen menschenfeindliche Ideologien stellt. Anhand der Ereignisse von 2010 ist erkennbar, dass vielmehr öffentliche Institutionen in Form von Stadtverwaltung, Polizei und Jugendclubs diese Aufgabe übernahmen. Diese Situation ist auf lange Sicht jedoch problematisch, bedarf es doch zivilgesellschaftlicher Aktivitäten um Debatten anzustoßen und politisches Engagement zu befördern.
Aktuell finden kaum Übergriffe von Nazis statt, zudem sind keine auffallend organisierten neonazistischen Strukturen erkennbar. Dennoch ist ein Personenpotenzial vorhanden, das lediglich aufgrund zunehmenden Alters – und teilweise einhergehender Familiengründungen – sowie durch vermehrten Ermittlungsdruck der Behörden in ihrem Agieren eingeschränkt ist. Für eine demokratische politische Kultur kann die Ruhe und vermeintliche Sicherheit allerdings trügerisch sein.

[9] Welt-Online vom 03.03.2007: „Fall Mitja – Die Volksseele kocht"→ www.welt.de/vermischtes/article744651/Die-Volksseele-kocht.html

[10] http://inex.blogsport.de/2008/09/24/gemeinschafts-erlebnis-kindermord/

[11] Angabe auf der Stadtratsseite des Neonazis Maik Scheffler

[12] LVZ-Online vom 02.07.2010: „Schkeuditz – Problem: Rechtsextremismus"

[13] www.chronikle.org/ereignis/schkeuditz-neonazi-schmierereien-schule-jugendclub

[14] Neue Caritas (18/2011): „Vernetzung stärkt die Abwehrkräfte" → www.caritas.de/neue-caritas/heftarchiv/jahrgang2011/artikel2011/vernetzungstaerkt-dieabwehrkraefte

AUS DER CHRONIK

EINE KURZE AUSWAHL AUS SCHKEUDITZ&TAUCHA

25.03.2012 Unbekannte beschmierten über das Wochenende die Haltestellen der LVB in der Modelwitzer Straße mit Hakenkreuzen.

21.11.2011 Unter dem Motto „Raus aus dem Euro“ führte die NPD eine Kundgebung auf dem Rathausplatz in Schkeuditz durch. Neben dem JN-Bundesvorsitzenden Michael Schäfer (Halle) war auch der Vorsitzende der NPD-Nordsachsen, Maik Scheffler (Delitzsch), am Infostand beteiligt.

10.09.2011 Im Schkeuditzer Globana Trade Center fand die bundesweit größte Konferenz von Verschwörungsideolog_innen mit dem Titel „Inside 9/11“ statt. Anlass war der zehnte Jahrestag der Anschläge auf das World Trade Center. Mit dem Titel spielt die sogenannten „Truther“-Szene auf einen „Inside Job“ an, demnach sollen die USA – oder wer auch immer – für die Anschläge verantwortlich gewesen sein. Diese Ansicht ist auch bei Neonazis verbreitet. So twitterte das neonazistische Aktionsbünsnis Leipzig am 11. September: „9/11 was an Inside Job!!! Fuck USA!“

07.10.2010 In der Außenstelle der Schkeuditzer Stadtverwaltung beleidigte und bedrohte ein Mann eine Mitarbeiterin des Jugendamtes. Daraufhin wurde er des Hauses verwiesen. Im Gehen skandierte er zudem „verbotene rechte Parolen“ (Polizeimeldung). Noch vor dem Eintreffen der Polizei verschwand der Tatverdächtige. Gegen ihn wurde ein Strafverfahren wegen Nötigung, Beleidigung und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eingeleitet.

14.06.2010 Einschlägig bekannte Leipziger Neonazis fuhren am Abend durch Schkeuditz und bespuckten zunächst eine Punkerin. Wenige Stunden später kam es durch die gleichen Personen zu einer Körperverletzung, ebenfalls gegenüber einem Punker.

10.04.2012 Gegen 23:40 Uhr riefen Unbekannte in Taucha im Bereich der Lindenstraße/Bahnhof „rechte Parolen“ (Polizeimeldung). Die von Anwohner_innen verständigte Polizei traf in einem nahe gelegenen Spielplatz sieben Jugendliche an und nahm deren Personalien auf.

31.03.2012 In der Nacht zu Sonntag beschmierten Unbekannte in der Otto-Schmidt-Straße in Taucha mehrere Gartenhäuschen mit Hakenkreuzen. Außerdem wurden zwei als Verkaufsstände genutzte Häuschen aufgebrochen und durchsucht.

29.01.2012 In einem Bus der LVB bedrohte ein Unbekannter einen elfjährigen Jungen mit Migrationshintergrund mit einem Messer und einem Baseballschläger. Der Bus fuhr im Schienenersatzverkehr auf der Leipziger Straße von der Haltestelle „Portitzer Allee“ bis Taucha. In der Nähe befindet sich eine Unterkunft für Asylsuchende. Der unbekannte Täter habe den Jungen genötigt, „Fragen zu beantworten“.

03.02.2010 Trotz des Verbots für Parteien an Schulen Wahlwerbung zu betreiben, erhielten die Schüler_innenräte der Mittelschule von der NPD-Landtagsfraktion ein Rundschreiben inklusive der Jugendzeitung Durchblick. In dem Schreiben hetzt NPD-Fraktionschef Holger Apfel ungeniert gegen CDU und FDP und bezeichnet diese als „Bonzenparteien“. In rassistischer und antisemitischer Manier weiß er zu berichten, dass diese Parteien nicht mehr „Politik für die Mehrheit unseres Volkes, sondern nur noch für Ausländer, das Ausland und das Großkapital“ machen würden.

22.08.2009 Während des Stadtfestes griffen gegen Mitternacht 15 Männer (18 bis 22 Jahre) drei Menschen mit Migrationshintergrund an und beleidigten sie auf rassistische Weise. Zwei der Betroffenen konnten fliehen, ein 23-Jähriger wurde jedoch zu Fall gebracht und gemeinschaftlich von den Tätern geschlagen und getreten, zudem wurde ihm eine Bierflasche in den Rücken geworfen. Als Polizist_innen zu Hilfe kamen, wurden auch diese attackiert. Die Schläger rechnete die Polizei der Leipziger Hooliganszene zu.

photo: wikimedia

FOKUS DELITZSCH

Eine Kleinstadt in trügerischer Ruhe und Ordnung

Es kann davon ausgegangen werden, dass am 29. Juni 2012 alle 25.000 Einwohner_innen der Stadt Delitzsch auf der Straße sind. Das traditionelle „Peter & Paul"-Stadtfest ist in der Region sehr beliebt. Auch Neonazis sind anwesend.

Allerdings muss schon genau hingeschaut werden: Kleidungsstücke verschiedener Hooligan- und gewaltorientierter Marken, Thor Steinar – das Kleidungssortiment der Neonaziszene ist nicht immer leicht zu dechiffrieren. Nazis gehören scheinbar so selbstverständlich zur Stadt, dass sie nicht weiter auffallen. Kurz zeigen sie sich: ungefähr zwanzig junge Menschen, hauptsächlich Männer, in besagten Klamotten versammeln sich, halten Absprachen, tragen Beobachtungen zusammen, verständigen sich kurz, ob Handlungsbedarf besteht – und verstreuen sich dann wieder. Beweisen müssen sie ihren Aktionismus nur sich selbst. „Wir könnten, wenn wir wollen!", so präsentieren sie sich. Am späteren Abend wird noch eine Kneipe überfallen. Täter: Angeblich Neonazis, heißt es. Grund: unbekannt. Die Betroffenen haben sich bisher nicht geäußert. Zwei Monate zuvor, nach einem Konzert der Bands Die Tornados, Skarface und Johnny Wolga in der Nacht vom 17. zum 18. März, früh um 7:00 Uhr befindet sich eine Gruppe von acht Personen auf dem Heimweg. Anlass des Konzerts war das 13-jährige Jubiläum des Jugendhauses YOZ in Delitzsch. Einem der Acht, unter denen sich auch der Veranstalter des Konzerts, Toni Müller, befindet, fiel zunächst eine Person auf, die die Gruppe beobachtete, dann telefonierte, anschließend verschwand und kurz darauf wieder zu sehen war. An der nächsten Straßenecke begegnete die Gruppe dann 15 Neonazis, die sofort zum Angriff übergingen.[1] Dabei wurden eine Frau und ein Prager DJ schwer verletzt. Letzterer musste aufgrund seiner Verletzungen ins Krankenhaus, wurde zweimal operiert – er wird nie wieder richtig sehen können, denn die Angreifer hatten ihm das rechte Auge ausgeschlagen.

Vorladung und Vorwürfe

Vier der Täter konnten identifiziert werden. Ob es zu einer Anklage kommt, ist derzeit noch ungewiss. Sie hätten es „eigentlich" auf ihn abgesehen, sagt Toni. Er geriet ins Visier der neonazistischen Gewalttäter, weil er deutlich in Delitzsch gegen Neonazis Stellung bezieht. Toni würde sich selbst nicht als „links" bezeichnen, sondern „nur", wie es seiner Ansicht nach der gesunde Menschenverstand gebiete, „gegen Rechts". Auf dem Konzertflyer stand: „No Skanking with Nazis". Für Bands wie Die Tornados und Skarface eine Selbstverständlichkeit, ohne die sie kein Konzert mehr spielen. In Delitzsch wird Toni deswegen mit Vorwürfen konfrontiert: das Motto hätte den Angriff provoziert, er trage also eine gewisse Mitschuld. Nach dem Überfall war Toni stadtbekannt – und musste aufpassen, dass er nicht als der eigentliche Ruhestörer ausgemacht wird. Eine Woche nach dem Angriff lud ihn Oberbürgermeister Wilde zu einem Gespräch vor. Toni saß einem runden Dutzend Personen aus der Verwaltung gegenüber. Statt der erhofften Hilfe fühlte sich Toni aber eher verschiedenen Vorwürfen ausgesetzt, fühlte sich eher unter Druck gesetzt als verstanden. Davon berichtete Toni Müller auch in verschiedenen Medien.

Delitzsch will „bunt" sein

Auf der Facebook-Seite der Stadt war als Antwort zu lesen: „Es kursieren einzelne Behauptungen, die Stadt Delitzsch und der Delitzscher Oberbürgermeister Dr. Manfred Wilde hätten bei einem Gespräch mit dem Konzertveranstalter diesem mitgeteilt, dass derartige Konzerte in Delitzsch nicht mehr stattfinden dürften und die Betroffenen selbst Schuld an dem Vorfall seien. Diese Behauptungen sind gänzlich unwahr. Der Oberbürgermeister und die Stadt Delitzsch verwahren sich gegen jede Form extremistischer Gewalt, insbesondere aus dem rechten Spektrum. `Wir sind für ein friedliches Miteinander aller Kulturen und stehen dem Geschehen vom vergangenen Wochenende mit Entsetzen gegenüber. so Oberbürgermeister Dr. Manfred Wilde. `Delitzsch ist keine Stadt, die Anhängern aus der rechten Szene eine Plattform bietet. Wir sind bunt und möchten dies auch bleiben!´"[2]
Mit der Facebook-Nachricht kehrte wieder Ruhe ein, zumindest von Seiten der Stadt. Konzertveranstalter Toni Müller steht weiter allein da in Delitzsch – nun inklusive des Vorwurfs, er hätte Unwahrheiten verbreitet zum Treffen mit der Stadt. So verhallt auch

[1] www.publikative.org/2012/03/24/kein-konzert-mehr-ohne-nazis

[2] siehe useless-fanzine.de/magazin/1720-delitzsch

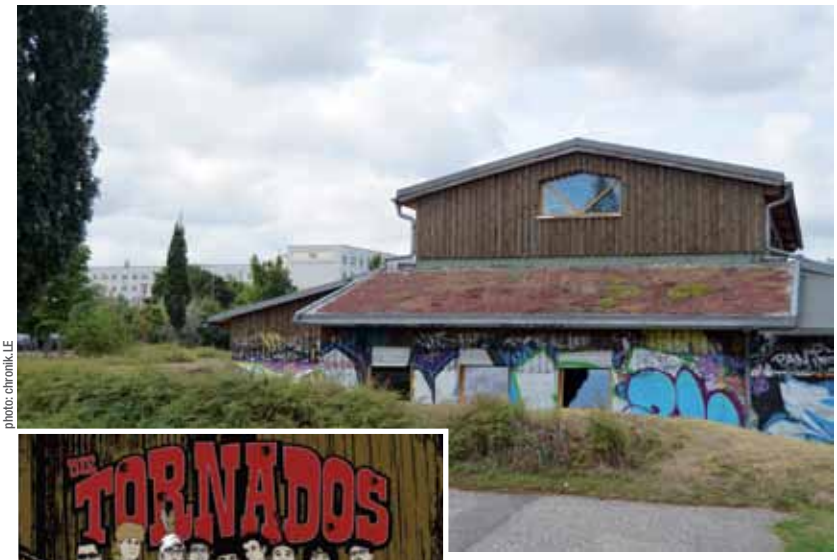
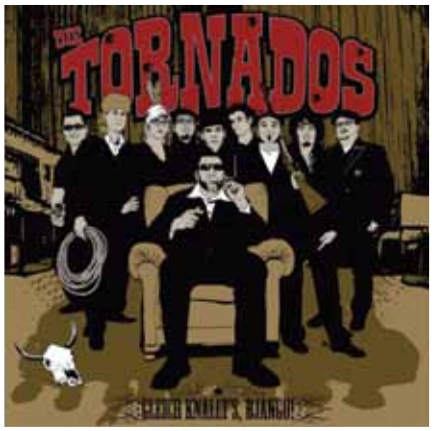


photo: chronik.LE



Das Jugendzentrum YOZ und seine Gäste, z.B. Mitglieder Ska-Band Die Tornados, sind immer wieder betroffen zielgerichteter Angriffe von Neonazis.

dieser Aufruf, da keine Initiative, kein aktives Handeln folgt. Es gab in den letzten Jahren schon mehrere Anläufe, eine Bürgerinitiative zu gründen, doch die sind immer wieder im Sande verlaufen. Als Reaktion fand eine Woche nach dem brutalen Überfall, am 25. März, unter dem Motto „Naziterror entgegentreten – immer und überall" eine Demonstration gegen neonazistische Gewalt und deren Verharmlosen statt. Provozierend, störend, beobachtend, fotografierend und filmend stehen am Rande der Demonstration Gruppen von jungen Männern; unter ihnen auch die verdächtigten Angreifer. Eine nur allzu typische Geste von Neonazis: sie möchten einschüchtern und das Gefühl erwecken, dass die Menschen, die gegen Neonazis Gesicht zeigen, stets beobachtet werden. Immer in der Nähe der Demonstration, gut gelaunt und mit Fotoapparat ausgestattet: Maik Scheffler, „Kameradschaftsführer", Mitbegründer des Freien Netz, NPD-Multifunktionär.

Nazi-Szene: Auffällig unauffällig

Die Situation in Delitzsch zu beschreiben, ist nicht leicht – die Ansammlung aus gewaltorientierten Neonazis, ideologisch wenig gefestigten Jugendlichen, zwischen NPD-Mitgliedern und unorganisierten Mitläufer_innen ist schwer zu durchschauen. Zunächst ist da Maik Scheffler, überregional bekannter Funktionär zwischen NPD und Freien Kräften. Zwar soll es einen „JN-Stützpunkt" geben, in dem die Freien Kräfte in Delitzsch aufgegangen sein sollen, aber Treffpunkte der Neonazis sind eher informeller Natur: zwei Kneipen werden immer wieder genannt, das Lobereck und ein Dart-Pub; außerdem eine Handvoll Kleingärten. Konzertveranstalter Toni beschreibt die „Szene" als sehr groß – gleichzeitig als so gefestigt, dass sie am Wochenende „in den Kneipen sitzen"[3]. Neonazis, die im Alltag kaum auffallen, alternative Jugendliche, die aufpassen müssen, wo sie lang gehen und welche Kneipe sie betreten. Weit verbreitet ist auch die Ansicht, dass ein Großteil der Delitzscher_innen davon gar nichts mitbekommt, Angst hat oder gar am Stammtisch sympathisiert. Genau diese Normalität ist schwer zu erfassen. Und daraus ergibt sich auch eine Hilflosigkeit derjenigen, die eine Auseinandersetzung mit Neonazis und deren Ideologie befürworten.

Im besten Fall bedeutet diese „Normalität" eine relative Ruhe für die ausgemachten Opfer. So hat auch Konzertveranstalter Toni Müller das Gefühl, dass sich die neonazistische Szene in den Monaten seit dem Überfall zurückhält, von verschiedenen Provokationen in der Nähe seines Wohnhauses abgesehen. Doch bis zum Überfall spitzte sich die Situation immer weiter zu, Bedrohungen bis hin zu Gewalt inbegriffen. Ein Beispiel: Toni betreibt auch einen Klamottenladen. Im Angebot: Shirts, Pullover, Accessoires, alles musikbezogen, ohne politische Aussagen. Doch wer die Klamotten seiner Marke trägt, wird in verschiedenen Kneipen sofort rausgeschmissen – „beziehungsweise rausgebeten; und dann verdroschen", so Toni. Von vielen solchen Ereignissen können er und seine Bekannten berichten; angezeigt haben sie niemanden – eher, weil es so alltäglich ist.

Öffentliche Wahrnehmung: „Das geht mich nichts an"

Schefflers Fußtruppen treten – außerhalb der Kneipen – kaum noch öffentlich in Erscheinung. Verschiedene Generationen sind es inzwischen, neben den „Alten" aus der Kameradschaft Delitzsch auch Jüngere aus dem Spektrum der Freien Kräfte. Es ist davon auszugehen, dass es einen engeren Kreis um Scheffler gibt; und um diesen Kreis viele Sympathisierende.

Wenn es politische Aktionen der Neonazis gibt, wie einen Infostand der NPD, dann tauchen dort die bekannten Gesichter der nordsächsischen NPD und JN auf. Doch den meisten Delitzscher_innen fallen sie im Alltag nicht auf, höchstens über die Schmierereien und Aufkleber, die in der Stadt zu finden sind. Auch am Wahlkreisbüro von Thomas Kind, einem Landtagsabgeordneten der Partei Die Linke, wo auch schon mehrfach die Scheiben eingeworfen wurden. Wenn

[3] Interview bei Freie-Radios.net: freie-radios.net/47173

[4] TAZ-Artikel vom 24.8.2000 (Seite 4)

[5] Junge Welt vom 11. September 2000, S. 10f.

man sich mit Jugendlichen unterhält, zeigt sich, dass Neonazis an Schulen, in Kneipen, im öffentlichen Raum präsent sind. „Aber der Durchschnittsbürger nimmt sie eigentlich nur wahr, wenn irgendwas passiert", berichtet Heike Haase, Mitarbeiterin im Büro von Thomas Kind. „Wenn es zu Auseinandersetzungen kommt, dann zwischen ‚Linken' und ‚Rechten'. So lässt sich die Geschichte immer schnell in die Extremismusecke abzuschieben. Diejenigen, die nicht betroffen sind, können sagen: Das geht mich nichts an", so Heike Haase.

Rückblick

Schaut man zurück auf die 13-jährige Geschichte des Jugendclubs YOZ, ergeben sich Zusammenhänge und eine mögliche Erklärung für jenen Zustand, in dem sich die Neonazis erst breit machen konnten in der Stadt, wo heute die Grenzen zwischen Neonazis, Unterstützer_innen und „unpolitischen" Jugendlichen so schwer zu ziehen sind. Bis zur Jahrtausendwende gab es in Delitzsch einen alternativen Jugendtreff, Die Villa, und eine alternative Szene, die sich dort traf, Konzerte und vieles mehr organisierte. Als Die Villa zumachen musste, eröffnete die Stadt den Jugendclub YOZ. Der schon damals aktive Maik Scheffler und seine „Kameradschaft Delitzsch" nutzten die Gelegenheit und übten Druck auf die Stadt aus, auch ihnen Räume zur Verfügung zu stellen. Die Reaktion der Stadt: Sie wollte die

WAS IST „ANTI-ANTIFA"?

„Anti-Antifa" ist ein Konzept der Neonaziszene zur Bekämpfung ihrer politischen Feinde. Als „Antifa" werden dabei alle Personen angesehen, die sich gegen menschenverachtendes Gedankengut im allgemeinen und gegen faschistische Bestrebungen im speziellen engagieren. Also nicht nur Personen oder Gruppen, die sich selbst als „Antifa" bezeichnen oder ansehen, sondern vor allem lokal aktive Menschen, wie Kommunalpolitiker_innen, Journalist_innen, Vertreter_innen von Gewerkschaften, Leiter_innen von alternativen Jugendclubs oder deren Besucher_innen. Ziel der „Anti-Antifa"-Arbeit ist das Beobachten und Sammeln von Informationen über politische Gegner_innen, um diese systematisch bekämpfen zu können. Besonders Anfang der 90er Jahren gründeten sich in ganz Deutschland sogenannte „Anti-Antifa"-Gruppen, deren ausschließliche Aufgabe der Kampf gegen „die Antifa" war. Als einer der Hauptinitiatoren des Konzepts gilt der äußerst umtriebige Hamburger Neonazi Christian Worch. Das Konzept hat sich jedoch längst weit über Deutschlands Grenzen hinaus verbreitet und wird noch heute konsequent angewendet. In den vergangenen Jahren veröffentlichten Neonazis immer wieder in Broschüren und im Internet sogenannte „schwarze Listen". Auf diesen verzeichnen sie Namen, Adressen, Berufe und Tätigkeiten von Menschen, die sie als bekämpfenswert ansehen. Neben den oben genannten Gruppen betrifft dies auch Personen des öffentlichen Lebens, wie etwa Bundespolitiker_innen, berühmte Künstler_innen oder Vertreter_innen von Religionsgemeinschaften. Zum Beispiel führte der „Nationalsozialistische Untergrund" (NSU), der für den Mord an zehn Menschen verantwortlich ist, eine solche Liste – mit über 10.000 Einträgen. Neben dem Ausspähen von persönlichen Daten, täglichen Gewohnheiten oder dem Arbeitsort ist auch „die konkrete Tat" Teil des „Anti-Antifa"-Konzepts. Das heißt: Drohungen, Einschüchterungen, Gewalt. Zum Repertoire der „Anti-Antifa" gehören Telefon-Anrufe, Drohbriefe, Aufrufe zu Gewalt im Internet, Schmierereien am Wohnhaus, eingeschmissene Fensterscheiben und auch gewaltsame Angriffe. Die „Feinde" sollen zum Schweigen gebracht, vertrieben, wenn nicht gar vernichtet werden. In Leipzig und den umliegenden Landkreisen kommt es häufig zu Angriffen und Sachbeschädigungen an Büros demokratischer Parteien. Darüber hinaus zeugen dafür die häufigen Waffenfunde bei Neonazis. Laut Informationen des Innenministeriums von Ende 2011 sind bei bekannten sächsischen Neonazis offiziell 156 scharfe Waffen registriert. Die Dunkelziffer liegt vermutlich um ein vielfaches höher.

photo: jesko wrede

Nicht Drohung sondern Ankündigung

Für die Betroffenen bedeutet all das Angst, Demütigung und Sorge, schlimmstenfalls körperliche Schmerzen, dauerhafte Schäden oder sogar Tod. Auf das Neonaziproblem aufmerksam zu machen und sich der Bedrohung in den Weg zu stellen, gebührt deshalb nicht nur Anerkennung, sondern bedarf auch besonderer Unterstützung.

Nazis in den neuen Jugendclub integrieren.[4] Der damalige stellvertretende Bürgermeister, ein SPD-Mann, führte sie persönlich zur Tür. Zu dieser Zeit kamen die Nazis jedes Wochenende – alternative und nichtrechte Jugendliche flüchteten regelmäßig. Mit Einschüchterung, Drohungen und Gewalt schaffte es die Kameradschaft damals, die Stadt zu Zugeständnissen zu bewegen. Auch russlanddeutsche Aussiedler, die in einem Delitzscher Neubaugebiet untergebracht waren, wurden richtiggehend terrorisiert. Reaktion der Stadt: Sie beraumte ein „Schlichtungsgespräch" zwischen Vertreter_innen der Aussiedler und Neonazis an. Ein Reporter beschrieb die Szenerie damals so: „Draußen versammelte sich ein Pulk von sechzig Menschen, der in Lynchstimmung Einlaß begehrte." Darunter „zeternde Hausfrauen mittleren Alters" und „männliche Bluthochdruckfiguren zwischen 40 und 60, die die Polizisten als ‚Russentürken' verdammen"[5]. Die Stadt reagierte auf Neonazigewalt also mit Beschwichtigung und machte Zugeständnisse. Menschen, die im Fokus der „Kameradschaft Delitzsch" standen, brauchten nicht auf Unterstützung hoffen – viele verließen in den Jahren die Stadt, flüchteten regelrecht. So erreichten Scheffler und Kameraden durch Gewaltdrohungen zumindest zeitweise eine Vorherrschaft in der Stadt. Die Stadtspitze erklärte damals einen Zustand der Ruhe für erstrebenswert, der eben nicht die gewalttätige Neonaziszene unter Druck setzte, sondern im Gegenteil diejenigen, die angegriffen wurden.

Trügerische Ruhe, zweifelhafte Ordnung

Zwar hat sich die Situation inzwischen geändert. Vertreter_innen der Stadt würden sich nicht mehr mit Neonazis an einen Tisch setzen, die öffentlichen Stellungnahmen der Stadt zeugen von einem gewissen Problembewusstsein. Doch die Vorstellungen von „Ruhe und Ordnung", die sich Ende der 90er Jahre äußerst problematisch mit der neonazistischen Hegemonie verbunden hatten, scheinen trotzdem noch durch. Der in städtischer Hand befindliche, vom DRK betriebene Jugendclub YOZ hat dem Konzertveranstalter Toni Müller nach dem Übergriff eine geänderte Nutzungsordnung vorgelegt. Die neuen Bedingungen verbieten ihm zwar nicht, Konzerte durchzuführen – erschweren die Durchführung aber so, dass Toni sich nicht in der Lage sieht, diese zu erfüllen. Sprich: er wird erst mal keine Konzerte mehr durchführen. Eine Initiative gegen Neonazismus in Delitzsch mit breiter Unterstützung hat sich hingegen noch nicht gefunden. Es herrscht ja wieder Ruhe in der Stadt. Vorerst.

BUCHTIPP: TÖDLICHE REALITÄTEN

Am 1. Juli 2009 wird im Dresdner Landgericht eine junge Frau während eines Berufungsverfahrens durch den Angeklagten mit mehreren Messerstichen ermordet. Dieses tragische Ereignis ist Anlass für das Buch „Tödliche Realitäten. Der rassistische Mord an Marwa El-Sherbini", das durch die Opferberatung des RAA Sachsen e.V. herausgegeben wurde. Bei der jungen Frau handelte es sich um eine Muslima aus Ägypten, welche dem offenkundig rassistischem Hass des Täters zum Opfer fiel.

„Das Buch erinnert an Marwa El-Sherbini und die mindestens elf anderen Menschen, die durch rechte Gewalttaten in Sachsen zwischen 1990 und 2010 getötet wurden. Die Beträge verweisen dabei auch auf die Fragen, die bleiben, wenn ein Mensch auf diese Weise für immer gehen muss." Das Buch ist in vier Abschnitte unterteilt, welche sich den verschiedenen Aspekten rund um die Tat widmen: Zunächst werden die gesellschaftlichen Zustände beleuchtet, in deren Rahmen ein solches Verbrechen geschehen konnte. Hierbei finden weiter Fälle tödlicher rechter Gewalt Erwähnung und die Themen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie antimuslimischer Rassismus innerhalb der Gesellschaft werden diskutiert. Anschließend erfolgt eine kritische Analyse der medialen und gesellschaftlichen Reaktionen auf den Mord – wann, in welcher Form und mit welchen Inhalten haben Medien und Zivilgesellschaft reagiert. Der dritte Teil beschäftigt sich mit der juristischen Aufarbeitung des Mordes, sowie rechten Straftaten im Allgemeinen. Im letzten Teil werden abschließend konkrete Erwartungen und Perspektiven in der Stadt Dresden als auch im Land Sachsen vorgestellt: „Wie wird hier mit Rassismus umgegangen?"

Bei RAA Sachen e.V. im Eigenverlag
ISBN: 978-3-00-034794-8

AUS DER DELITZSCH CHRONIK

EINE KURZE AUSWAHL AUS

30.08.2012 In Delitzsch und Eilenburg wurden vier Männer festgenommen, die mit der Droge „Crystal“ gehandelt haben. Bei der Durchsuchung von zehn Wohnungen, Garagen und Nebengebäuden wurde neben Rauschgift, Waffen, anabolen Steroiden und mehreren tausend Euro auch „rechtsradikales Material“ sichergestellt. Laut Medienberichten gehören zumindest die drei Jüngeren der „gewalttätigen rechten Szene“ in Nordsachsen und dem unmittelbaren Personenkreis um Maik Scheffler an. Die neonazistische Website Aktionsbüro Nordsachsen hatte kurz zuvor beklagt, Delitzsch würde „immer mehr zu Umschlaglagern der Leipziger Drogen- und Waffenmafia“ verkommen.

23.06.2012 Die Jungen Nationaldemokraten (JN) in Nordsachsen haben zusammen mit „Freien Kräften aus der Region“ zum zweiten Mal zu einem Fußballturnier geladen. Im vergangenen Jahr fand das Spektakel in Hohenwussen bei Oschatz statt, diesmal in Delitzsch. Die Zahl der Teilnehmenden stieg angeblich auf 160.

17.05.2012 Am sogenannten Männertag wurden zwei Personen in der Kneipe Am Delitzscher Wasserturm von mindestens zehn Männern angepöbelt und als „Scheiß Zecken“ beschimpft. Anschließend wurden sie aus dieser Gruppe heraus brutal angegriffen und verletzt. Sie erlitten Schürfwunden, mindestens einer Person wurden Finger gebrochen. Die beiden Verletzten erstatteten aus Angst vor einem erneuten Angriff keine Anzeige. Augenzeug_innen zufolge handelte es sich bei den Angreifern um Nazis aus dem Umfeld der sogenannten Freien Kräfte. Die Gruppe war bereits vor dem Angriff auffällig geworden, weil sie mit einer Reichskriegsflagge ausgestattet auf einem Parkplatz rumgröhlten. Auch dort wurden zwei Passanten angegriffen. Diese hatten anschließend die Polizei gerufen.

15.01.2012 Ein 26-jähriger zeigte in den Mittagsstunden in der Damaschkestraße vorbeifahrenden Autofahrer_innen sowie in Richtung angrenzender Häuser den Hitlergruß.

12.12.2011 Unbekannte beschmierten das Denkmal für die Opfer des Faschismus in Delitzsch mit Graffiti. Neben einem Namen wurden noch zwei SS-Runen gesprüht.

12.10.2011 Der NPD Kreisverband Nordsachsen führte unter dem Motto „Schluß mit der EU-Diktatur“ einen Infostand auf dem Roßplatz in Delitzsch durch, der in der Nähe eines Gymnasiums liegt. Laut dem Twitterkanal des neonazistischen Aktionsbüro Nordsachsen unterstützten diese sowie die JN Nordsachsen den Infostand der NPD.

14.05.2011 In der Nacht zum 15. Mai beschädigten Unbekannte mit einer Mülltonne die Glaseingangstür eines Hauses. Außerdem wurden zwei Briefkästen aus der Verankerung gerissen und zerstört. In dem Gebäude befindet sich das Bürgerbüro des Landtagsabgeordneten Thomas Kind (Die Linke). Ein neonazistischer Tathintergrund ist deshalb wahrscheinlich.

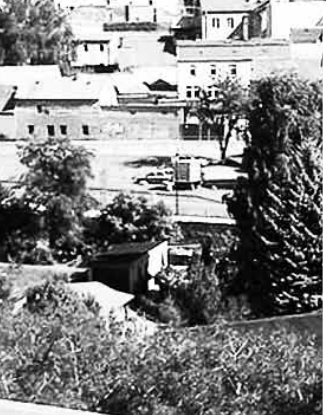
11.02.2011 Unbekannte brachten im Bereich der Sachsenstraße/Bonhoeffer Straße Plakate mit Bezug zur Zerstörung Dresdens im Jahre 1945 an. Das Gedenken an die Dresdner Opfer alliierter Bombenangriffe gegen Ende des Zweiten Weltkrieges dient Neonazis seit mehreren Jahren als Anlass zur Durchführung eines sogenannten „Trauermarsches“, der von mehreren tausend Szenegänger/innen besucht wird.
Mit dem Motiv der „Trauer“ um die Opfer der Luftangriffe betreiben Nazis aktiven Geschichtsrevisionismus, indem sie die Vorgeschichte des NS-Vernichtungskrieges ignorieren und die Deutschen von Tätern zu Opfern des Krieges stilisieren.

06.11.2010 Am späteren Nachmittag marschierten mehrere Neonazis, die von einer Kundgebung aus Döbeln kamen, durch Delitzsch. Die Route führte vom Hauptbahnhof aus zum Oberen Bahnhof, wo sich der Aufmarsch auflöste.

03.07.2010 Während des Festumzugs anlässlich des Delitzscher Stadtfestes „Peter- und Paul“, stellten Neonazis Transparente mit der Aufschrift „Demokraten bringen uns den Volkstod!“ und „Volkstod Stoppen!“ offen zur Schau und verbreiteten damit anti-demokratische und menschenverachtende Propaganda. Auf rassistische Weise wird vor dem angeblichen Aussterben der deutschen Bevölkerung gewarnt. Migrant_innen und Geflüchtete werden als Gefahr angesehen, die Deutschland „überfremden“ würden und an der „Ausrottung“ der „Deutschen“ beteiligt seien. Verantwortlich dafür sei die parlamentarische Demokratie und deren Vertreter_innen. In der Konsequenz fordern Neonazis deshalb die Abschaffung der Demokratie und die Wiedereinführung des Nationalsozialismus.

03.04.2010 Am Osterwochenende wurde der jüdische Friedhof in Delitzsch geschändet. Die bislang unbekannten Täter_innen haben laut Polizei in der Nacht zum Sonnabend die Tür zum Friedhof aufgehebelt, eine Gedenktafel zerschlagen und alle Grabsteine umgeworfen. Die Verwüstung war um 5.15 Uhr von einer Streifenwagenbesatzung bemerkt worden. Nach 1938 und 1976 war es das dritte Mal, dass der 1861 eingerichtete Friedhof geschändet wurde. Beim Novemberpogrom 1938 war eine erst 1928 errichtete Feierhalle samt Kuppel mitsamt einigen Grabsteinen zerstört und danach abgerissen worden.

photo: wikimedia



FOKUS EILENBURG

Von sich verfestigenden Nazi-Strukturen und einer duldsamen Stadt

In der 16.000 Einwohner_innen zählenden Großen Kreisstadt Eilenburg haben sich neonazistische Strukturen seit Jahren entwickelt. Hier haben sie zugriff auf Freiräume, von denen aus sie ihre menschenverachtende Politik betreiben können. Ein Vater und sein Sohn sind die derzeitigen Führungsfiguren der lokalen Nazi-Szene.

Parteistrukturen und Wahlerfolge

Für die NPD war der ehemalige Landkreis Delitzsch-Eilenburg lange Zeit ein weißer Fleck. Im November 2006 wurde hier zwar ein Kreisverband (neu-)gegründet. Wirklich in Fahrt kam die Parteiarbeit aber erst 2008 durch das Engagement der Freies Netz -Kader um den Delitzscher Maik Scheffler, der im Oktober 2009 zum neuen Kreisvorsitzenden aufsteigen sollte.

Doch auch ohne lokale Strukturen erzielte die NPD bereits bei der Landtagswahl 2004 in Eilenburg und Umgebung erstaunlich hohe Werte (teilweise über dem sächsischen Durchschnitt von 9,7 Prozent). In Eilenburg selbst stimmten damals 9,9 Prozent der Wähler_innen für die NPD-Liste, in Laußig sogar 13,3 Prozent und in Doberschütz sowie Zschepplin immerhin noch 9,4 bzw. 9,0 Prozent. Auch bei der Bundestagswahl 2005 lag die Zustimmung in Eilenburg mit 5,0 Prozent knapp über dem sächsischen Durchschnittswert (4,8 Prozent). Bei den Kreistagswahlen 2008 reichten der Partei dann 5,2 Prozent in Eilenburg und 6,4 Prozent in Zschepplin, um den Eilenburger Bernd Güntner (Jg. 1956) in den Kreistag des neuen Landkreises Nordsachsen zu entsenden.[1] Bei der Kommunalwahl 2009 kam die NPD in Eilenburg zwar nur noch auf 4,9 Prozent, aber diese bescherten der Partei immerhin einen Sitz im Stadtrat. Dieser wird von Kai Rzehaczek (Jg. 1968) besetzt – allerdings nicht besonders aktiv. Bei der Landtagswahl im September 2009 trugen die überdurchschnittlichen Ergebnisse in Eilenburg (7,6 Prozent), Laußig (10,8 Prozent), Krostitz (6,3 Prozent) und Zschepplin (6,2 Prozent) mit zum Wiedereinzug der NPD in den sächsischen Landtag bei.

Diese Rzehaczeks: Stadtrat, Nordsachsen-Versand, Anti-Antifa, JN-Vorsitz

Der 44-jährige Kai Rzehaczek sitzt nicht nur für die NPD im Stadtrat, er betätigte sich zeitweise auch als „Anti-Antifa"-Fotograf für die Neonazi-Seite Recherche Mitte[2] und betreibt zusammen mit seinem Sohn Paul (Jg. 1990) seit 2009 den Nordsachsen-Versand. Über diesen werden vor allem Propaganda-Utensilien (Aufkleber, Plakate, T-Shirts, Fahnen, Zeitschriften), Sturmhauben und Pfefferspray, Rechtsrock-CDs und andere Nazi-Devotionalien vertrieben. In dem Online-Shop wurde 2010 auch das Album „Adolf Hitler lebt" der Kapelle Gigi & die braunen Stadtmusikanten angeboten. Dieses enthält unter anderem den nach Bekanntwerden der Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) mittlerweile berüchtigten „Döner-Killer"-Song. Das Album ist wegen Angriffen auf die Menschenwürde Anderer als jugendgefährdend indiziert. In dem Lied „Geschwür am After" wird nach Einschätzung der Staatsanwaltschaft zudem der Holocaust geleugnet. Der Eilenburger Stadtrat Rzehaczek wurde deshalb im November 2011 wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe in Höhe von 140 Tagessätzen á 10 Euro verurteilt.[3]

In einem Interview mit dem Freien Netz Jena berichtete Rzehaczek offen, dass er mit dem Gewinn aus dem Versandhandel unter anderem die Aktionsgruppe Eilenburg unterstützt, in der er und sein Sohn selbst aktiv seien. Langfristiges Ziel sei es, „hier in Eilenburg ein Objekt finanzieren, bzw. kaufen zu können, um der deutschen Jugend hier einen Anlaufpunkt zu geben."[4] Verantwortlich für das Freie Netz Jena ist der mutmaßliche NSU-Unterstützer Ralf Wohlleben. Dieser gehörte – wie auch Paul Rzehaczek – zu den 21 Nazi-Kadern, die sich im internen Forum des Freies Netzes über strategische und ideologische Fragen austauschten und dabei nach Einschätzung der Redaktion Gamma auf die Schaffung einer „NS-Ersatzorganisation" hinarbeiteten. Zeitweise war das interne Forum mit der Bezeichnung Hard To Hate auf dem selben Server installiert wie die verschiedenen Websites des

[1] Güntner verstarb im September 2009. Für ihn rückte der ebenfalls in Eilenburg wohnende Jens Naumann (Jg. 1963) in den Kreistag nach. Die NPD teilte anlässlich Güntners Ableben mit, dass der Elektromonteur der Partei kurz nach der Wende beigetreten war und nach der Neugründung des NPD-Kreisverbandes Delitzsch-Eilenburg bis zur Fusion mit dem NPD-Kreisverband Torgau-Oschatz als dessen Vorsitzender fungierte. Im Kreisverband Nordsachsen war Güntner zuletzt Mitglied des Kreisvorstandes.

[2] Vgl. recherche-nord.com/cms/index.php?option=com_content&task=view&id=422&Itemid=229.

Freien Netzes und der Nordsachsen-Versand der Rzehaczeks.[5]

Als vorläufigen „Ersatz“ für die angestrebte Wiederbelebung der NSDAP hatten sich die Freies Netz-Kader die NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) auserkoren. Deren sächsischer Landesverband sei „komplett mit revolutionären Kräften besetzt“, die Ausrichtung des Verbandes werde „kontinuierlich in Richtung ‚NS-Ersatzorganisation‘ vorangetrieben (natürlich nicht offiziell).“[6] Passenderweise steht Paul Rzehaczek mittlerweile dem nordsächsischen JN-Stützpunkt vor und fungiert zudem seit Ende 2011 als „Landesorganisationsleiter“. Der JN-Stützpunkt Nordsachsen entstand im Juni 2011 in Doberschütz durch den Zusammenschluss der bereits im November 2009 gegründeten JN-Stützpunkte Delitzsch-Eilenburg, Torgau, Oschatz und Muldental.

Ausflüge und Übergriffe

Unter dem Label JN Nordsachsen veranstaltet Rzehaczek u.a. Fußballturniere (zuletzt am 23. Juni 2012 in Delitzsch) und „Sonnenwendfeiern“ (am 21. Juni 2012 in Eilenburg). Auf dem Programm stehen aber auch Ausflüge. So nahm Rzehaczek am 14. Mai 2011 zusammen mit weiteren jungen Neonazis aus Eilenburg und Bad Düben an einem konspirativ vorbereiteten NPD-Aufmarsch in Berlin-Kreuzberg teil. Dabei wurden vier auf der Straße sitzende Gegendemonstrant_innen von einer größeren Nazi-Gruppe attackiert und z.T. schwer verletzt, daran soll sich auch einer der Eilenburger Neonazis beteiligt haben.[7] Im Juli 2011 kam es deshalb zu mehreren Hausdurchsuchungen.

Aber auch in Eilenburg selbst kommt es immer wieder zu Übergriffen und Bedrohungen. Im Zentrum stehen dabei auch die Besucher_innen des städtischen Jugendzentrums Haus VI. Ein besonders brutaler Überfall von „ca. 25 schwarz gekleideten und vermummten sowie teilweise mit Schutzwesten ausgestatteten Rechten“ auf sechs Personen, die dort am 12. März 2011 ein Konzert besucht hatten, wird im Jahresbericht des Landeskriminalamtes zur „Politisch motivierten Kriminalität“ (PMK) im Freistaat Sachsen sogar als „herausragender Sachverhalt“ im Phänomenbereich „PMK-Rechts“ erwähnt. Dabei wurde ein Betroffener schwer am Kopf verletzt, zwei weitere trugen leichte Verletzungen davon: „Die Täter trugen schwarze Handschuhe (vermutl. Quarzhandschuhe oder Handschuhe mit Protektoren) und jeder hielt einen Teleskopschlagstock einsatzbereit in der Hand. Die sich als geschlossene Gruppe präsentierenden Angreifer wurden vermutlich vom Tatverdächtigen angeführt. Dieser begab sich zielgerichtet mit ausgefahrenem Teleskopschlagstock zum Geschädigten und schlug ohne Vorwarnung auf dessen Kopf, so dass er sofort zu Boden ging. Auf den am Boden Liegenden schlugen die Täter immer weiter mit harten Gegenständen ein.“[8] Laut Auskunft der zuständigen Staatsanwaltschaft sind die Ermittlungen in diesem „besonders umfangreichen Verfahren“ gegen

photo: chronik.LE

Das „Haus VI“ und seine Gäste sind immer wieder das Ziel neonazistischer Gewalt

[3] Gegen das Urteil des Amtsgerichts legte Rzehaczek zunächst Berufung ein, zog diese jedoch im August 2012 zurück. Vgl. www.l-iz.de/Leben/F%C3%A4lle%20und%20Unf%C3%A4lle/2012/08/Wegen-volksverhetzender-CDs-NPD-Stadtrat-muss-1400-Euro-Strafe-zahlen-43123.html.

[4] Freies Netz Jena: („Nachgefragt: Diesmal beim Nordsachsen-Versand“).

[5] Vgl. gamma.noblogs.org/fn-leaks.

[6] gamma.noblogs.org/fn-leaks/fn-leaks-i.

[7] Vgl. www.blog.schattenbericht.de/2011/05/dossier-scheitern-in-kreuzberg, www.blog.schattenbericht.de/files/2011/05/apabiz-dossier-14Mai2011-Berlin.pdf, www.antifa-berlin.info/fight-back/kreuzberg.html und www.antifa-berlin.info/fight-back/know.htm.

[8] www.smi.sachsen.de/download/Sicherheit/Jahresbericht_PMK_Freistaat_SN_2011.pdf, S. 13 f.

[9] www.verfassungsschutz.sachsen.de/1190.htm (VS-Mitteilung vom 05.11.2010).

Screenshot: Nordsachsen Versand, 06.09.2012

„Kampf dem System – Nationaler Sozialismus oder Untergang" Kai Rzehaczek (u.), Freies-Netz-Kader und NPD-Stadtrat, betreibt von Eilenburg aus den neonazistischen Nordsachsen Versand

photo: chronik.LE

eine „Vielzahl von Beschuldigten" derzeit noch nicht abgeschlossen, ein Abschluss auch noch nicht absehbar.

Auch bei anderen Übergriffen können oft keine Täter/innen ermittelt werden. Allein im Jahr 2008 gab es einen Angriff auf das Büro der Partei Die Linke, auf das Haus VI, auf zwei in Eilenburg lebende Migrant_innen und einen weiteren Mann (nach einem Spiel Deutschland-Portugal bei der Fußball-EM) sowie einen versuchten Brandanschlag auf die damals noch bestehende Unterkunft für Asylsuchende. Im Jahr 2009 konzentrierten sich die Nazis dann auf (teilweise spontane) Aufmärsche, „Flashmobs" und Kundgebungen („gegen Kinderschänder", für den Kriegsverbrecher Rudolf Heß, zum Abschluss des Landtagswahlkampfes der NPD mit dem NS-Liedermacher Frank Rennicke). 2010 folgten weitere Propaganda-Aktionen, zwei Brandanschläge auf Imbisswägen, die von Menschen mit Migrationshintergrund betrieben wurden, und ein Übergriff auf Jugendliche, die Nazi-Propaganda entfernten. Das Jahr 2011 stand – neben dem oben erwähnten gezielten Überfall auf die Besucher_innen eines Konzerts im Haus VI – ganz im Zeichen von NPD/JN-Aktivitäten (Infostand gegen die „EU-Diktatur", „Heldengedenken" zum Volkstrauertag, Flyerverteilung auf dem Weihnachtsmarkt, Gründung der JN Nordsachsen sowie Kreismitgliederversammlung mit anschließender „Julfeier"). Insbesondere der Stadtteil Eilenburg-Ost wird von den Neonazis dominiert. Aber auch in anderen Stadtteilen findet sich mitunter ihre Propaganda im öffentlichen Raum. In „Ost" haben sie jedoch größeren Zulauf, hatten und haben sie eigene Treffpunkte.

Ein angebliches Schulungszentrum und die Kampagne für ein „alternatives Jugendhaus"

Im Oktober 2010 verkündete die NPD Nordsachsen, in Eilenburg sei – nach Delitzsch – ein zweites „Nationales Schulungs- und Begegnungszentrum" im Landkreis eröffnet worden. Tatsächlich handelt es sich dabei um eine private Gaststätte in der zur Gemeinde Doberschütz gehörenden, aber an Eilenburg-Ost angrenzenden Sprotta-Siedlung. An der als Geburtstagsfeier angemeldeten Eröffnungsveranstaltung am 31. Oktober haben laut NPD-Angaben rund 120 Personen teilgenommen. Nach Einschätzung von Behörden möchte die Partei mit ihren „überzogenen Verlautbarungen [...] der Öffentlichkeit und den eigenen Anhängern einmal mehr suggerieren, dass es sich bei ihr um eine starke und aktive Organisation mit vermeintlich hoher Akzeptanz und Wahrnehmung handelt."[9] Offenbar sympathisiert die Inhaberin der Gaststätte mit der NPD, zumindest finden dort seitdem öfters Partei-Veranstaltungen statt. Um ein wirkliches „Zentrum" handelt es sich dabei aber ebensowenig wie bei dem in Delitzsch.

Einige Jahre hatte die Stadt Eilenburg den „rechtsorientierten" Jugendlichen einen Container im Stadtteil Ost als selbstverwalteten Jugendclub zur Verfügung gestellt. Er sei sich der Gratwanderung bewusst, die das darstellt, wird Oberbürgermeister Hubertus Wacker in einem LVZ-Artikel vom August 2000 zitiert. Er habe die Rechten aber „lieber an einer Stelle, wo ich sie sehe." Bei seinen Kontrollbesuchen habe er die Jugendlichen immer mal ermahnen müssen, Reichskriegsflaggen und andere Propaganda abzunehmen, erzählt er im Nachhinein. Nach Einschätzung von Beobachter_innen handelte es sich bei den Besucher_innen des Treffs eher um „Suff-Nazis". Von diesen gingen aber auch immer wieder Angriffe auf das als eher links geltende Haus VI aus. 2004 wurde der Container schließlich geschlossen, offiziell aus baulichen und finanziellen Gründen. Danach wichen die Nazis zunächst in das nördlich von Eilenburg gelegene Laußig aus und versuchten, den dortigen Jugendklub zu übernehmen. Inzwischen dienen ihnen zwei Garagen in der Nähe des ehemaligen Container-Standorts als inoffizielle Treffpunkte. So eine Ga-

rage soll eine zeitlang auch als Lager des Nordsachsen-Versandes genutzt worden sein.

Für eine Feier zum sechsjährigen Jubiläum der Aktionsgruppe Eilenburg[10], aus der sich inzwischen die JN Eilenburg bzw. JN Nordsachsen entwickelt hat, haben sich Nazis am 23. März 2012 in einer Tanzschule in Eilenburg-Ost eingemietet, angeblich für eine Familienfeier. Die Inhaber_innen sollen erst nach Beginn der Party erkannt haben, um wen es sich bei den ungefähr 120 Gästen tatsächlich handelte. Die Polizei reagierte nach Angaben von Augenzeug_innen darauf, indem sie die Veranstalter_innen einer gleichzeitig im Haus VI stattfindenden Party dazu drängte, eher Schluss zu machen, damit die zwei „Gruppen" nicht aufeinanderstoßen. Die Pressestelle der Polizeidirektion Westsachsen wollte das auf chronik.LE-Anfrage allerdings nicht bestätigen.
Seit Juli 2012 läuft unter der Bezeichnung „Lignum Domus" (Baumhaus) eine vorerst lediglich virtuelle „Kampagne der Eilenburger Jugend für ein alternatives Jugendzentrum". Dass es sich dabei um Nazis handelt, ist nicht auf den ersten Blick ersichtlich, allerdings verweist der Twitter-Kanal des Freien Netzes darauf. Im Blog zur Kampagne – es gibt auch einen eigenen Twitter- und Flickr-Kanal sowie eine Facebook-Seite – heißt es einleitend: „Auch wir sind Eilenburg und auch wir wollen als nächste Generation unsere Stadt und unsere Region gestalten. Wir wollen den demographischen Wandel stoppen und die Abwanderung der Jugend aufhalten."[11] Auf offen neonazistische „Volkstod stoppen"-Rhetorik wird also zunächst zugunsten des weniger verdächtigen Lamentos über den „demographischen Wandel" verzichtet.
In einem Selbstverständnis-Text klagen die Macher jedoch offen-aggressiv über „kriminelle Migrantenbanden", „linke Ewiggestrige und Multikultifanatiker dieser rot-grünen Denkpolizei", „Demagogen einer identitätslosen und multikulturellen Ideologie" sowie eine angebliche „Erziehung hin zum Massenmenschen ohne Kultur und Identität". Das Haus VI wird als „Brutstätte für Alkohol, Drogen und Abgrenzung zur ganzheitlichen Gemeinschaft" diffamiert, in dem sich „Drogendealer und Säufer […] die Klinke in die Hand" geben und „linksextremistische Konzerte" stattfinden. Die Forderung nach einem „alternativen" – also: von den Nazis kontrollierten – Jugendhaus wird daher verbunden mit der nach einer „sofortige[n] Einstellung jeglicher finanzieller Förderung und städtischer Unterstützung für den linken und kriminellen Ungeist im Haus VI!"[12] Auch der Oberbürgermeister wird angegangen: „Wer ist eigentlich dieser Wacker und warum macht er kein alternatives Jugendzentrum?"[13] Beobachter_innen gehen davon aus, dass hinter dieser Kampagne Paul Rzehaczek und seine JN-Kameraden stecken. Anregungen dafür sollen sie sich unter anderem beim Geithainer NPD-Stadtrat und Freies Netz-Kader Manuel Tripp geholt haben. Dieser hatte sich 2011 (erfolglos) für die Wiedereröffnung eines von Neonazis genutzten Jugendclubs in Syhra eingesetzt. Ob die Eilenburger Kampagne erfolgreicher sein wird, bleibt abzuwarten. Rekrutierungsversuche soll es auch immer mal im vom DRK betriebenen Kinder- und Jugendtreff JuST in Eilenburg-Ost gegeben haben.

NPD-Kneipe in Bad Düben verhindert

Im nördlich von Eilenburg gelegenen Bad Düben wollte sich der Delitzscher Maik Scheffler 2008 als Kneiper versuchen. Sein Parteifreund Dieter Kramm (Jg. 1942) aus Schönwölkau (zwischen Delitzsch, Eilenburg und Bad Düben) hatte damals in der Kurstadt eine Gaststätte namens „Scharfe Ecke" erworben und Scheffler offenbar als Geschäftsführer vorgesehen.[14] Beide waren im Juni 2008 in Delitzsch zur Kreistagswahl erfolglos für die NPD angetreten. Kramm ist später für den verstorbenen Andreas Siegel aus Oschatz in den Kreistag nachgerückt.[15] Scheffler hatte bei seiner Kandidatur als Beruf „Gastronom" angegeben. Möglicherweise war hier bereits die Einrichtung eines „Schulungs- und Bildungszentrums" geplant. Die Stadt konnte die Übernahme der Kneipe durch die Nazis jedoch verhindern. In einem Artikel des damaligen Freien Netz Delitzsch vom Juli 2008 beschweren sich die Neonazis über die als „Gutmensch" und „Hüterin der brd-Demokratie" bezeichnete Bürgermeisterin Astrid Münster[16], die ihnen so viele Steine in den Weg legte, dass sie ihr Vorhaben schließlich aufgeben mussten.

[10] Vgl.Twitter-Meldung des AB Nordsachsen vom 26.03.012: „Wir gratulieren den Aktivisten aus Eilenburg zum Ihrem sechsten Geburtstag ;) #6jahresfeierineilenburg ".

[11] Nazi-Blog Lignum Domus.

[12] Ebd.

[13] Ebd.

[14] Vgl. LVZ Delitzsch-Eilenburg vom 20.08.2008.

[15] Laut NPD Nordsachsen war Kramm früher stellvertretender Landesvorsitzender der Schill-Partei. 2007 ist er bei der Bürgermeisterwahl in Bad Düben noch für die DSU angetreten, hatte aber lediglich 17 Stimmen erhalten.

[16] Freies Netz Delitzsch vom 22.07.2008 („Blickpunkt Bad Düben: Bürgermeisterin diktiert Mittelstand").

AUS DER CHRONIK

EINE KURZE AUSWAHL AUS EILENBURG

21.06.2012 Etwa 16 Neonazis begehen auf einem Feld bei Eilenburg die „Sommersonnenwende". Dazu entzünden sie ein Feuer, in dessen Mitte ein Holzkreuz steht. Organisiert wurde dieses „Event" vom Aktionsbüro Nordsachsen. Zur Zeit des Nationalsozialismus wurden die angeblich altgermanischen „Sonnenwendfeiern" als Ritual wiederbelebt. „Volk, Blut und Boden" sollten bei den Feiern symbolisch miteinander verbunden werden.

14.05.2012 In Eilenburg führt der NPD-Kreisverband Nordsachsen eine Anti-Europa-Kundgebung durch. Angemeldet wurde diese von Maik Scheffler. Der Infotisch wird noch vor Ende der angemeldeten Zeit wieder abgebaut. Am selben Tag findet ein weiterer Infotisch der NPD in Bad Düben statt.

08.05.2012 Unbekannte verunglimpfen das Andenken an die im 2. Weltkrieg gefallenen sowjetischen Soldaten, die auf dem Ostfriedhof in Eilenburg beerdigt wurden. Sie legen ein weißes Laken auf das Mahnmal, auf dem mit roter Farbe „Mörder" geschrieben steht. Auf ihrem Twitter-Account bezieht sich das neonazistische Aktionsbüro Nordsachsen positiv auf die Tat.

20.04.2012 Unbekannte beschmieren den Sockel der Kirche auf dem Nikolaiplatz mit zwei Hakenkreuzen.

17.04.2012 Mehrere Neonazis versammeln sich in Eilenburg, um gegen polizeiliche Ermittlungen im Rahmen eines Verfahrens gegen das neonazistische Aktionsbüro Mittelrhein zu protestieren. Zuvor hatte das Aktionsbüro Nordsachsen im Internet zu Protestkundgebungen aufgerufen. Mitgliedern des Aktionsbüro Mittelrhein wird vorgeworfen eine kriminelle Vereinigung gegründet und gefährliche Körperverletzung begangen zu haben.

07.02.2012 Drei bislang unbekannte schwarz gekleidete Männer attackieren vor seinem Wohnhaus einen Mann im Rollstuhl. Sie werfen den 63-Jährigen um, lassen ihn liegen und klauen den Rollstuhl. Nur unter größter Mühe gelingt es dem Betroffenen, wieder in sein Haus zu kommen.

06.02.2012 Unbekannte besprühen etliche Gebäude in Eilenburg Ost mit geschichtsrevisionistischen und neonazistischen Schmierereien, die sich inhaltlich auf die Dresdener Bombennacht im Februar 1945 bezogen. Zu lesen ist unter anderem „Bombenholocaust von Dresden 45 - kein Vergeben - kein Vergessen".

11.12.2011 Der NPD-Kreisverband Nordsachsen führt in Eilenburg seine Jahreshauptversammlung durch. Dabei werden der Kreisvorsitzende Maik Scheffler und sein Stellvertreter Jens Gatter wiedergewählt. Scheffler kündigt für das zweite Quartal 2012 die „Massenverteilung" einer „nationalen Regionalzeitung für Nordsachsen" an, mit der die NPD eine „kreisweite Gegenöffentlichkeit" herstellen wolle.

03.12.2011 Auf dem Eilenburger Adventsmarkt verteilen Mitglieder der JN Nordsachsen sowie Personen aus dem Umfeld des neonazistischen Aktionsbüro Nordsachsen Propagandamaterial. Unter den zehn Neonazis befindet sich auch der Vorsitzende der JN Nordsachsen, Paul Rzehaczek.

13.11.2011 Zum so genannten Volkstrauertag treffen sich Neonazis aus dem Umfeld des Freien Netzes sowie der NPD bzw. JN an mehreren Orten in den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen. Laut eigenen Angaben werden in Geithain, Eilenburg, Oschatz und dem Liebschützberger Ortsteil Zaußwitz Kränze niedergelegt. In Eilenburg sollen ca. 25 Personen, unter ihnen der nordsächsische JN-Stützpunktleiter Paul Rzehaczek, auf dem Friedhof Eilenburg-Ost zusammengekommen sein. Die Nationalsozialisten hatten 1934 den Volkstrauertag per Gesetz zum „Heldengedenktag" umdefiniert, bei dem nicht mehr stille Trauer, sondern „Heldenverehrung" im Vordergrund stand. Die Täter des Nationalsozialismus sind in die Heldenverehrung heutiger Neonazis explizit eingeschlossen.

07.11.2011 Der Eilenburger NPD-Stadtrat Kai Rzehaczek, Vater von Paul Rzehaczek, wird vom Amtsgericht Eilenburg wegen Volksverhetzung und Verstoß gegen das Jugendschutzgesetz verurteilt. Rzehaczek hatte als Verantwortlicher des neonazistischen Nordsachsen-Versands im Jahr 2010 die CD „Adolf Hitler lebt" der Gruppe Gigi und die braunen Stadtmusikanten angeboten. In den Texten der CD wird nach Ansicht des Gerichts der Holocaust geleugnet. Auf dem Album befindet sich auch das Lied „Döner-Killer". Darin wird in einer menschenverachtenden Weise die Mordserie der Neonaziterrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) an neun Menschen mit Migrationshintergrund und einer Polizstin.

06.11.2011 Unbekannte beschmieren das alternative Haus VI in der Dr. Belian-Straße in Eilenburg mit Hakenkreuzen.

11.10.2011 In der Nähe des städtischen Gymnasiums versucht die NPD-Nordsachsen junge Menschen für ihre europafeindlichen Ansichten zu gewinnen. Von einem Infostand unter dem Motto „Schluß mit der EU-Diktatur“ aus wird Propagandamaterial der NPD und der JN verteilt. Angemeldet wurde die Kundgebung von Maik Scheffler.

29.08.2011 In der Nacht beschmieren Unbekannte in der Kranoldstraße die Fassade eines Netto- sowie eines Penny-Marktes mit Schriftzügen, die den „Antikriegstag“ – ein jährlich stattfindender Nazi-Aufmarsch in Dortmund – bewerben. Tags darauf werden abermals neonazistische Schmierereien entdeckt, unter anderem die Forderung: „NS jetzt!“

20.08.2011 In mehreren Städten im Umland Leipzigs sprühen Unbekannte neonazistische Parolen, unter anderem in Borna, Bad Lausick und in Eilenburg. Dort werden an die Außenwand des Haus VI zwei große Hakenkreuzen angebracht.

02.08.2011 In mehreren Städten im Umland Leipzigs sprühen Unbekannte neonazistische Parolen, unter anderem in Eilenburg, Borna, Delitzsch und Markkleeberg. Die Schmierereien stehen im Zusammenhang mit der so genannten „Heß-Woche“, zu der Neonazis dem Stellvertreter Hitlers und verurteilten Kriegsverbrecher Rudolf Heß ‚gedenken'. In Eilenburg wird außerdem am 7. August ein Torbogen in der Leipziger Straße mit Heß-verehrenden Sprüchen beschmiert und bereits am 31. Juli die Wände mehrerer Supermärkte im Stadtgebiet.

21.06.2011 Etwa 60 Neonazis begehen in Eilenburg die „Sommersonnenwende“ mit Fackeln, Feuer und Reden. Anwesend sind auch der JN-Nordsachsen Vorsitzende Paul Rzehaczek sowie der Stützpunktleiter der JN-Muldental, Mathias König. Organisiert wurde die Versammlung vom Aktionsbüro Nordsachsen. Zur Zeit des Nationalsozialismus wurde die angeblich altgermanischen „Sonnenwendfeiern“ als Ritual wiederbelebt. „Volk, Blut und Boden“ sollten bei den Feiern symbolisch miteinander verbunden werden.

12.03.2011 Sechs Besucher_innen eines Konzerts im alternativen Haus VI werden aus einer 25-köpfigen Gruppe Neonazis heraus angegriffen. Ein Jugendlicher wird so schwer verletzt, dass er stationär in ein Krankenhaus eingewiesen werden musste. Zwei weitere Jugendliche werden leicht verletzt. Die Angreifer gehören nach Angaben der Betroffenen zur örtlichen Neonazi-Szene. Am gleichen Abend fand in der Nähe von Eilenburg auch ein Neonazi-Konzert statt. Als Schleusungspunkt dafür diente das zwischen Eilenburg und Torgau gelegene Mockrehna. Konzertveranstalter soll der Eilenburger NPD-Stadtrat Kai Rzehaczek gewesen sein, der zudem den neonazistischen Nordsachsen-Versand betreibt.

13.02.2011 In der Nacht bringen Unbekannte an mehreren Gebäude in Eilenburg, u.a. in der Puschkinstraße und am Markt, Plakate und diverse Sprüche an, die einen Bezug zur Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 haben. Weitere neonazistische Schmierereien tauchen am 16. Februar abermals in der Puschkinstraße auf.

28.01.2011 In der Nacht beschmieren Unbekannte das Gebäude des alternativen Haus VI in der Dr.-Belian-Straße mit neonazistischen Parolen und Hakenkreuzen. Außerdem werden mehrere Fenster- und Türscheiben eingeworfen. Das Haus wie auch seine Besucher_innen sind immer wieder Ziel von Angriffen durch Neonazis.

08.12.2010 Ein Gruppe von Jugendlichen ist gerade dabei Nazipropaganda zu entfernen, als plötzlich fünf Neonazis, mit Quarzsandhandschuhen und Totschlägern bewaffnet, aus dem Dunkeln kommen und die Jugendlichen sofort beschimpfen. Unmittelbar darauf beginnen sie auf die Jugendlichen einzuschlagen. Erst als Passant_innen kommen, lassen die Neonazis von ihren Opfern ab und fliehen.

28.11.2010 Etwa 20 Vermummte versuchen gewaltsam in das alternative Haus VI in der Dr.-Belian-Straße einzudringen. Das Vorhaben misslang, da sich Personen im Haus gegen die Tür stemmen können. Daraufhin zerstörten die Angreifer eine Fensterscheibe, einen Briefkasten, eine Wandleuchte sowie die Eingangstür. Im Anschluss entfernten sie sich mit mehreren Autos vom Ort.

photo: wikimedia

Kreistag Torgau

FOKUS TORGAU

Über lose Nazi-Strukturen und ein lokales Problembewusstsein

Ortsansässige Neonazis entfalten bis auf zahlreiche Hakenkreuzschmierereien kaum Aktivitäten in Torgau. Aufgrund eines Veranstaltungsortes für Rechtsrock-Konzerte im nah gelegenen Staupitz sowie als Sitz des Kreistags hat die Stadt jedoch überregionale Bedeutung für die Neonaziszene.

Strukturen und Wahlergebnisse

In und um die 20.000-Einwohner-Stadt Torgau ist die NPD vergleichsweise schwach aufgestellt. Obwohl Aktivitäten zum Aufbau der Ortsgruppe vom Vorsitzenden des Kreisverbands Maik Scheffler bei seiner Antrittsrede 2009 zu einer Schwerpunktaufgabe erklärt wurde, konnte sich die Partei personell nicht sonderlich entwickeln. Zur Stadtratswahl im selben Jahr trat sie nicht mit eigenen Kandidat_innen an. Auch in den Kreisvorstand der Nazipartei wurde damals lediglich ein Torgauer in der Funktion als Beisitzer gewählt. Die Ende 2011 mit mehreren Aktivitäten im gesamten Landkreis durchgeführte NPD-Kampagne „Raus aus dem Euro", die ein völkisches Nationsverständnis mit absurden Wirtschaftsforderungen verkoppelt, musste Torgau auslassen. Zwar hatten die Organisator_innen des Kreisverbandes einen Infostand in Torgau angemeldet. Dieser konnte aber nicht durchgeführt werden – es fanden sich vor Ort zu wenig willige Standbetreuer_innen.

Nichtsdestotrotz fährt die NPD beunruhigend hohe Wahlergebnisse ein. Im Wahlkreis 33 (Torgau-Oschatz) erhielt sie zur Landtagswahl 2009 8,3% der Zweitstimmen. Die Ergebnisse in den einzelnen Gemeinden schwanken dabei zwischen 5,7% in der Stadt Torgau selbst – nur knapp über dem Landesdurchschnitt – und deutlich höheren Zustimmungsraten in den umliegenden Gemeinden. In Schildau* beispielsweise erzielte die Partei 11,1% – absteigend folgen Zinna 9,1%, Großtreben-Zwethau 8,4%, Dreiheide 7,9%, Trossin 7,7%, Arzberg 7,4%, Mockrehna* 7,3%, Beilrode 7,1% und Belgern 7,0%. Mit Ausnahme von Schildau liegen all diese Ergebnisse jedoch erfreulicherweise deutlich unter denen der vorangegangenen Landtagswahl 2004.

Dass die „Gneisenaustadt Schildau" hier heraussticht, könnte damit zusammenhängen, dass sich neonazistische Strukturen hier im Vergleich zu anderen Gemeinden in der Region nachhaltig und über mehrere Jahre verfestigen konnten. Lange Zeit aktiv war hier vor allem eine Neonazikameradschaft unter dem Namen Schildauer Jungs, deren Wurzeln bis in die Anfänge der 1990er Jahre zurückreichen.[1] Einige „Kameraden" aus dem Umfeld dieser Vereinigung, die bis heute in Schildau leben, betätigen sich mittlerweile als Betreiber mehrerer, bundesweit bedeutender Online-Versandhäuser für Neonazi-Devotionalien und Musik. In diesem Zusammenhang hatte der Ort auch lange Zeit überregionale Bedeutung für die Neonazi-Szene, da hier bis 2008 mehrfach Rechtsrock-Konzerte mit mehreren hundert Besucher_innen stattfanden. Seit ca. 2009 jedoch finden diese Konzerte nicht mehr in Schildau, sondern in dem Torgauer Ortsteil Staupitz statt.[2]

Ansonsten geben sich in der Region nicht parteigebundene Neonazis, sogenannte Freie Kräfte, heutzutage eher selten als organisierte Strukturen zu erkennen. Zwar scheinen in Torgau und Umgebung kleine Grüppchen oder Einzelpersonen besondere „Kreativität" beim Umgang mit Sprühdosen und Propagandaaufklebern zu entfalten. chronik.LE dokumentiert in der Region auffällig viele Sprühereien von Hakenkreuzen, Parolen wie „Deutschland erwache!" oder „Nationale Sozialisten Torgau / Beilrode / ...". Diese weisen auf die Existenz aktiver Neonazis in der Gegend hin – zu anderen Gelegenheiten treten jedoch keine Gruppen unter diesen Labels in Erscheinung. Im Gegensatz zu den 1990er Jahren, in denen es neben Schildau auch Kameradschaften in Torgau und Dommitzsch/Trossin gegeben hatte, erscheint die Neonaziszene heute als eher loser Zusammenhang, der erst durch Impulse von außerhalb öffentlich in Erscheinung tritt. Regelmäßig zu bestimmten Gelegenheiten

* diese Orte sind dem Wahlkreis Muldental 1 zugeordnet

[1] www.kulturbuero-sachsen.de/dokumente/Situationsanalyse-Torgau-Oschatz.pdf

[2] Siehe auch der Artikel „Rechts rockt Staupitz" in diesem Heft

werden Nazis aus anderen Gemeinden des Landkreises Torgau aktiv, zu denen sich dann auch Vertreter_innen der lokalen Naziszene gesellen.

„Wortergreifung“

Statt eigenständig Aktivitäten zu entfalten, hängen sich Neonazis in der Region Torgau gerne an andere Ereignisse der Stadtöffentlichkeit, um ihre Propaganda unter die Bevölkerung zu bringen. Beispielsweise tagt im Torgauer Schloss Hartenfels viermal im Jahr der Kreistag des Landkreises Nordsachsen – ein Anlass für die NPD und ihre Anhängerschaft neben Reden im Parlament[3] auch zu Protesten davor zu mobilisieren. So geschehen am 24. März 2010 als 50 Neonazis im Schlosshof aufmarschierten. Die Gruppe trug mehrere Transparente mit sich: „Volksgemeinschaft statt Volkstod“ sowie „Jugend braucht Zukunft, Freiräume schaffen, aktiv werden“. Laut Eigendarstellungen auf der Webseite des Neonazi-Netzwerks Aktionsbüro Nordsachsen soll die Kundgebung eine Aktion gegen die Kürzung der Jugendhilfe gewesen sein. Zu diesen sah sich der Landkreis 2010 durch drastische Mittelkürzungen des Land Sachsens in diesem Bereich gezwungen. Bei dem Aufmarsch fotografierte ein Mitarbeiter der regionalen Presse die Versammlung und wurde daraufhin von zwei vermummten und einer nicht-vermummten Person angegriffen. Der Versuch ihm die Kamera wegzunehmen scheiterte jedoch, da der Journalist sich den Angreifern entwinden und fliehen konnte.

Weiterhin versuchten sich Neonazis in Torgau in der Strategie der „Wortergreifung“, bei der es darum geht, neonazistische Inhalte in öffentlichen Veranstaltungen politischer Gegner_innen zu platzieren. So riefen bei einem Hallenfußballturnier des sächsischen Fußball-Verbandes in Beilrode am 8. Januar 2011 ca. 40 vermummte Personen Parolen wie „Ostdeutschland, Naziland“ und „Meine Eltern wählen die NPD“ sowie „Juden raus“, während der Leipziger Fußballverein Roter Stern (RSL) sein erstes Spiel bestritt.[4] Der RSL ist als betont antirassistischer Verein in der Vergangenheit bereits wiederholt bei Spielen im Leipziger Umland von Neonazis beschimpft und angegriffen worden. Jüngst versuchte am 25. April 2012 eine Gruppe von Neonazis eine Veranstaltung mit der Journalistin Andrea Röpke zum Thema „Frauen in der rechten Szene“ zu stören. Die u.a. vom Bündnis Demokratie Torgau organisierte Veranstaltung hatte bereits begonnen, als die mit orangefarbenen Warnwesten und einem „Tolerie und Demokranz“-Transparent ausgestattete Truppe um den nordsächsischen JN-Vorsitzenden Paul Rzehaczek anrückte. Die Organisator_innen erkannten jedoch den neonazistischen Störversuch und verwehrten der Gruppe den Zutritt. Die etwa zehn Neonazis mussten unverrichteter Dinge wieder abziehen. Bereits am 20. April waren bei der Eröffnung einer über Nazi-Strukturen in Sachsen informierenden Ausstellung (Rechts rockt Sachsen[5]) im Evangelischen Jugendbildungsprojekt Torgau einige Neonazis vom Zutritt abgewiesen worden.

Geschichtsrevisionismus am „Elbe Day“

In Torgau wird jährlich am letzten Wochenende im April an das Ende des Zweiten Weltkrieges erinnert.

photo: chronik.LE

Neonazis aus Torgau und Umgebung bei einem NPD-Aufmarsch am 1. Mai 2012 in Bautzen

[3] Siehe auch der Artikel „Neonazis in Nordsachsens Parlamenten“ in diesem Heft

[4] www.chronikle.org/ereignis/ostdeutschland-naziland-hallenfußball-turnier-beilrode

[5] www.akubiz.de/index.php/rechts-rockt-sachsen-ausstellung-ueber-rechtsrock-und-rechte-aktivitaeten-in-sachsen.html

[6] www.kulturbuero-sachsen.de/dokumente/Situationsanalyse-Torgau-Oschatz.pdf

Nahe der Stadt waren sich sowjetische und US-amerikanische Truppen am 25. April 1945, dem sogenannten „Elbe Day“, zum ersten Mal begegnet. Auf dem sowjetischen Soldatenfriedhof gedenken Veteran_innen und Bürger_innen den Opfern des Krieges. Seit den 1990er Jahren haben nordsächsische Neonazis wiederholt gegen diese Gedenkveranstaltung protestiert, die sie als „Kniefall vor den Siegermächten“ ansehen. Bereits 1994 und 1995 war es im Zuge dieser Proteste zu gewaltsamen Übergriffen gekommen.[6] Zuletzt marschierten am 24. April 2010 ca. 170 Mitglieder und Anhänger/-innen der NPD/JN unter dem Motto „Jugend kämpft für Deutschlands Zukunft“ gegen den „Elbe Day“. Sie liefen mit schwarzen Fahnen und Trommeln durch die Stadt zum Bahnhof. In einer Pressemitteilung teilte die Partei mit: „Das ist die konsequente Antwort der nordsächsischen NPD auf die antideutsche Kostümparty, die unter dem Beifall der nordsächsischen Polit-Prominenz und unter Anwesenheit amerikanisch-russischer Veteranen am Elbufer in Torgau stattfand“. Die NPD bringt hiermit unverhohlen ihre krude Geschichtsinterpretation zum Ausdruck, nach der die Alliierten des Zweiten Weltkrieges als Besatzer eines Deutsches Reiches anzusehen sind. Sie stellt sich damit bewusst in eine Kontinuität nationalsozialistischer Ideologie.

Lokales Problembewusstsein

Die Reaktionen in Torgau auf Aktivitäten von Neonazis machen eines deutlich: Im Gegensatz zu anderen Orten in Nordsachsen gibt es inzwischen ein Bewusstsein für das Neonaziproblem in der Stadt. Das ortsansässige Bündnis Demokratie Torgau holte jüngst die Ausstellung Rechts rockt Sachsen in die Stadt und organisierte ein umfassendes Begleitprogramm. Störversuche von Neonazis gegen die Initiative liefen ins Leere. Bei einer Demonstration des BUND Sachsen e.V. gegen Massentierhaltung hatten am 6. September 2011 drei NPD-Kader zunächst unerkannt teilgenommen. Als die Neonazis im Nachhinein ihre Teilnahme an der bürgerlichen Protestaktion öffentlichkeitswirksam zu inszenieren versuchten, distanzierte sich der BUND Sachsen umgehend und erließ ein Haus- und Teilnahmeverbot für alle NPD-Mitglieder bei ihren Veranstaltungen. Und in einem Fall einer Sexualstraftat im August 2010 in der nordsäschsichen Kreisstadt sah es zunächst so aus, als wollten aufgebrachte Bürger_innen einer „Elterninitiative“ zusammen mit Neonazis für „härtere Strafen für Kinderschänder“ demonstrieren. Als am 16. August 2010, dem Tag der Demonstration, jedoch klar wurde, dass sich ca. 70 Neonazis zu den 150 weiteren Demonstrant_innen gesellt hatten, und zum Teil sogar als Redner_innen und Ordner_innen fungieren sollten, erwirkte die Polizei zusammen mit der Versammlungsbehörde bei der veranstaltenden „Elterninitiative“ einen Abbruch der Veranstaltung. Bereits im Vorfeld der Kundgebung hatte die Polizeidirektion Westsachsen gegenüber dem Landratsamt vor einem „Zulauf Rechtsextremer“ gewarnt. Das Thema der Demonstration sei „nach polizeilicher Erfahrung rechtsextrem ‚belegt‘“, so die Polizeidirektion damals auf Nachfrage von chronik.LE. Diese Beispiele machen deutlich, dass es nicht nur bei Bürger_innen und Ordnungsbehörden eine gewisse Sensibilität für das Naziproblem gibt, sondern dass auch zunehmend Menschen in der Stadt bereit sind, sich gegen Nazis zu engagieren. Sollte diese Entwicklung weitere Unterstützung erfahren, wird es den Nazis in Torgau und Umgebung auch künftig schwer fallen, mit ihrem Vorhaben, dem Aufbau ihrer Organisationsstrukturen vor Ort, voranzukommen.

photo: Klara Naumann

Neonazis bei einem Fußballspiel in Schildau nahe Torgau – Dabei auch die Neonazigruppierung „Schildauer Jungs“

AUS DER TORGAU CHRONIK

EINE KURZE AUSWAHL AUS

25.04.2012 In Torgau versucht eine Handvoll Neonazis eine Veranstaltung mit der Journalistin Andrea Röpke zum Thema „Frauen in der rechten Szene“ in der Stadtbibliothek zu stören. Die u.a. vom Bündnis Demokratie Torgau organisierte Veranstaltung hatte bereits begonnen, als die mit orangefarbenen Warnwesten und einem „Tolerie und Demokranz“-Transparent ausgestattete Truppe um den nordsächsischen JN-Vorsitzenden Paul Rzehaczek anrückte. Da ihnen der Zutritt verwehrt wurde, mussten die etwa zehn Neonazis unverrichteter Dinge wieder abziehen.

03.02.2012 In Torgau kommt es zu einer versuchten schweren Brandstiftung an einer Pizzeria. Ein unbekannter Mann zerstörte die Schaufensterscheibe im Erdgeschoss und versuchte einen Brand zu legen. Danach lief er in Richtung Markt. Der Brand ging von selbst wieder aus. Die Polizei schließt einen ausländerfeindlichen Hintergrund nicht aus.

01.01.2012 In Torgau beschmieren Unbekannte eine Garage mit einem Hakenkreuz.

05.11.2011 An einem Konzert von vier Nazibands in Torgau nehmen 250-300 Besucher_innen teil.

14.08.2010 In Torgau wollen 70 Neonazis zusammen mit 150 Bürger_innen für „härtere Strafen für Kinderschänder“ demonstrieren. Eine als Reaktion auf eine Sexualstraftat gegründete Elterninitiative hatte den Nazis sogar Ordner- und Rede-Funktion auf der Demonstration zugedacht. Kritik von anwesenden Bürger_innen sowie von Polizei- und Versammlungsbehörde konnten den Veranstalter jedoch zur Absage der Demo bewegen.

12.05.2010 In Schildau provoziert eine Gruppe von etwa 60 Neonazis beim Bezirksklasse-Fußballspiel des TSV 1862 Schildau gegen den Roten Stern Leipzig (RSL) die angereisten Fans und eine Auseinandersetzung mit der Polizei. Im Stadion entrollten die Personen am Geländer vor den übrigen 150 Schildau-Fans ein Transparent mit der Aufschrift „Love Football – Hate Roter Stern“ – eine Anspielung auf den Slogan „Love Football – Hate Racism“, der u.a. auf rassistische Diskriminierung bei Fußballspielen hinweisen soll. Mehrfach muss die Polizei aggressive Neonazis von einem Angriff auf die RSL-Fans zurückhalten.

24.04.2010 In Torgau demonstrieren am Gedenktag „Elbe Day“ 170 Mitglieder und Anhänger der NPD/JN für ihr geschichtsrevisionistisches Weltbild. In den auf der Demonstration gehaltenen Reden bringt die NPD unverhohlen ihre krude Geschichtsinterpretation zum Ausdruck, nach der die Alliierten des Zweiten Weltkrieges als Besatzer eines Deutsches Reiches anzusehen seien.

24.03.2010 Im Hof des Schlosses Hartenfels in Torgau protestieren 50 junge Neonazis gegen Kürzungen im Jugendbereich, die an diesem Tag vom Kreistag beschlossen werden sollen. Die Kürzungen werden durch die Losung „Volksgemeinschaft statt Volkstod“ auf den mitgeführten Transparenten in Zusammenhang mit völkischer Ideologie gebracht. Am Rande dieser Aktion versuchen drei Neonazis einen Journalisten anzugreifen, der Fotos von dem Aufmarsch gemacht hatte.

29.07.2009 In Torgau wird das Bürger_innenbüro des Landtagsabgeordneten Peter Porsch (Die Linke) Ziel eines Anschlags. Unbekannte werfen die Fenster des Büros mit mehreren großen Steinen ein.

13.01.2009 In Klitzschen bei Mockrehna wird am Abend auf einem ca. 16 Meter hohen Silo einer Biogasanlage eine 1 mal 1,5 Meter große Hakenkreuzfahne angebracht. Die Feuerwehr entfernte sie mit Hilfe einer Drehleiter.

RECHTS ROCKT STAUPITZ

Ein Gasthof am Rande von Torgau bietet Nazi-Bands regelmäßig eine Bühne

Ein Gasthof im südlich von Torgau gelegenen Örtchen Staupitz – bis Ende 2008 noch Teil der Gemeinde Pflückuff, die dann nach Torgau eingemeindet wurde – hat sich in den letzten Jahren zu einem der wichtigsten Veranstaltungsorte für neonazistische Konzerte in Sachsen entwickelt.

Hier fand beispielsweise am 21. Juni 2008 ungestört ein großes Nazi-Konzert mit schätzungweise 300 bis 400 Besucher/innen statt.[1] Es kann davon ausgegangen werden, dass es sich dabei um eine Ausweichveranstaltung für den am selben Tag geplanten „JN-Sachsentag" in Dresden handelte. Dieses „Sommerfest" der NPD-Jugendorganisation war kurzfristig verboten worden. Die verärgerten Nazis zogen damals am Nachmittag in einer „Spontandemonstration" mit ca. 300-500 Teilnehmern, von der mehrere Übergriffe ausgingen, durch die Dresdner Innenstadt. Die am Abend in Staupitz auftretenden Bands Saga (Schweden), Youngland (USA) und Sleipnir (Deutschland) waren zuvor alle für die JN-Veranstaltung in Dresden angekündigt worden.[2] Neben diesem fanden 2008 in Staupitz mindestens noch drei weitere Rechtsrock-Konzerte statt: am 12. April, am 9. August und am 17. Oktober, mit Bands wie Racial Purity, Frontalkraft, Painful Awakening oder Diary of a Dying Nation und Besucherzahlen zwischen 80 und 200. Nach Angaben von Behörden von 2008 wird Staupitz neben Dresden und Schildau als Beispiel für die als „Szene-Objekte" bezeichneten, im Besitz von Neonazis bzw. Sympathisant/innen befindlichen Locations genannt, in denen ein Großteil der in diesem Jahr laut Verfassungsschutz insgesamt 43 Nazi-Konzerte in Sachsen über die Bühne gingen.

Staupitz ersetzt Schildau

In der zwischen Torgau und Wurzen gelegenen Gneisenaustadt Schildau fanden in einer ehemaligen Geflügelfabrik jahrelang derartige Konzerte mit bis zu 350 Besucher/innen statt (u.a. am 27.08.2005, 02.11.2005, 26.11.2005, 20.05.2006), 2008 noch mindestens zwei mit bis zu 200 Besucher/innen). Der Pächter der Fabrik soll sich dann jedoch mit den vermutlich aus dem Umfeld der Kameradschaft Schildauer Jungs stammenden Konzert-Veranstaltern überworfen und das Gelände an die Stadt verkauft haben. Seitdem hat sich ein Großteil der früher dort veranstalteten Konzerte nach Staupitz (und zeitweise auch in einen Gasthof bei Colditz) verlagert. Für 2011 nennt das Innenministerium dann bereits neun Nazi-Konzerte in Staupitz bzw. Torgau. Diese fanden in einem beinahe monatlichen Rhythmus statt: 15. Januar, 26. Februar, 12. März, 16. April, 21. Mai, 30. Juli, 20. August (parallel zur letztlich untersagten NPD-Kundgebung am Leipziger Völkerschlachtdenkmal), 24. September und 5. November.[3] Laut Einschätzung von Behörden fanden damit in diesem Jahr in dem Staupitzer Gasthof neben dem Zur deutschen Eiche im Rothenburger Ortsteil Geehege (ebenfalls neun Konzerte) die mit Abstand meisten der insgesamt 42 bekanntgewordenen Nazi-Konzerte mit durchschnittlich 190 Besucher/innen in Sachsen statt.[4] 2012 sind in Staupitz[5] bislang mindestens fünf davon zu verzeichnen: am 28. Januar, am 4. Februar (u.a. beworben vom britischen Ableger des in Deutschland verbotenen Blood & Honour-Netzwerks), am 31. März (u.a. mit der ungarischen Blood & Honour-Band Fehér Törvény), am 21. April (Motto: „Kraft durch Musik") und schließlich am 21. Juli mit der in Nazi- und Hooligan-Kreisen Kultstatus genießenden Kapelle Kategorie C.

Keine Proteste, kein „Behördenstress"

Die Veranstaltungen im abgelegenen Staupitz gehen bislang ohne jede Störung von außen über die Bühne. Als Schleusungspunkt für die konspirativ beworbenen Konzerte dient meistens eine Tankstelle im nahen Mockrehna. Beim – inzwischen abgeschalteten – neonazistischen Internetforum Thiazi konnte man regelmäßig Konzertberichte aus Staupitz lesen, in denen sich auch über die Polizei- bzw. Verfassungsschutzmitarbeiter_innen amüsiert wurde, die zu Beginn kurz hereinschauten und das Nazi-Treiben ansonsten nicht weiter beeinträchtigten. Dem Vernehmen nach bemühen sich die Veranstalter sehr darum, keinen Ärger mit den Behörden zu bekommen. So werden die Konzerte beim zuständigen Ordnungsamt angemeldet und auch eine Liste der zu spielenden Titel vorgelegt. Die Band Kategorie C freute sich nach ihrem Auftritt am 21. Juli 2012 in Staupitz auf ihrer Homepage sehr darüber, dass dieser „ausnahmsweise ohne Behördenstress" erfolgen konnte, da man „ja alles vorher vor Gericht geklärt" habe.[6] Umgekehrt scheint es den involvierten Ämtern ganz recht zu sein, dass die Konzerte an einem Ort stattfinden, den sie mehr oder weniger im Blick haben.

NPD & JN mischen mit

Einige dieser Veranstaltungen können direkt den örtlichen NPD- bzw. JN-Stukturen zugerechnet werden. Auf die Nutzung des Gasthofes als Ausweichort für die Party zum „JN-Sachsentag" 2008 wurde eingangs bereits hingewiesen. Die Kontaktnummer für eine als

1] Vgl. Kleine Anfrage „Rechte Konzerte in Sachsen im Jahr 2008" (Drs. 4/14295)

[2] Vgl. www.chronikle.org/ereignis/nazi-konzert-staupitz-nordsachsen-bietet-alternative-verbotenen-jn-sachsentag-dresden.

[3] Vgl. Kleine Anfrage „Rechte Konzerte in Sachsen im Jahr 2011" (Drs. 5/7854)

[4] Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen: Jahresbericht 2011, S. 14.

[5] Der genaue Ort ist noch nicht in allen Fällen bestätigt. Auf den Flyern bzw. im Internet ist meinstens nur von Nordsachsen o.ä. die Rede. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Konzerte überwiegend in Staupitz stattgefunden haben.

[6] Vgl. Mitteilung auf der Homepage von Kategorie C – Hungrige Wölfe vom 22.07.2012.

[7] Vgl. www.chronikle.org/ereignis/konzert-f%C3%BCnf-nazi-bands-staupitz-nordsachsen.

„Rocknacht in Nordsachsen“ angekündigte Feier am 16. April 2011 (u.a. mit Thematik 25 aus Leipzig, Aryan Hope aus Wurzen, 12 Golden Years aus Thüringen und Priorität 18 aus Dresden) stimmte mit der des Nordsachsen-Versandes überein, der vom Eilenburger NPD-Stadtrat Kai Rzehaczek und seinem Sohn Paul (nordsächsischer JN-Vorsitzender) betrieben wird. Auf dem zugehörigen, beim Thiazi-Forum veröffentlichten Flyer prangte auch das „Schwarze Fahne in Kreis“-Symbol der neonazistischen Freien Kräfte bzw. des Freien Netzes, zu dem u.a. das mit der örtlichen NPD verbandelte Aktionsbüro Nordsachsen gehört.[7] Aus Torgau stammt mit Plan B übrigens auch die einzige derzeit aktive Nazi-Band aus Nordsachsen. Diese wurde 2010 gegründet, ist bereits in diesem und im folgenden Jahr bei Konzerten aufgetreten, hat aber noch keine Veröffentlichung vorzuweisen.

photo: chronik.LE

In diesem Gasthof in Staupitz finden ein Großteil der Neonazikonzerte in Nordsachsen statt

ZUR RELEVANZ VON NEONAZIKONZERTEN

Bereits in den 80er Jahren entdeckten Neonazis die Möglichkeit, mit Musik ihre menschenverachtende Ideologien zu verbreiten. Über eingängige Texte sollten junge Menschen den Weg in die Neonaziszene finden und bereits überzeugte Neonazis in ihren Einstellungen gestärkt werden. In der Folge gründeten sich unzählige Neonazibands unterschiedlichster Stilrichtung, die in ihren Liedern Rassismus, Nationalsozialismus, Hass und Gewalt propagieren. In Sachsen gibt es derzeit über 30 aktive Neonazisbands. Neben CDs, die durch einschlägige Versände und Geschäfte vertrieben werden, sind Konzerte ein wesentlicher Ort zur Verbreitung rechter Musik.

Für Neonazis erfüllen Konzerte einen wichtigen Zweck. Hier treffen sie auf Gleichgesinnte, das Hakenkreuz-Tattoo muss nicht versteckt werden und die eigene Einstellung kann offen zur Schau gestellt werden. Tabus bestehen meist keine und so kann fleißig mitgesungen werden, wenn zur Tötung von „Ausländern, Juden und Zecken“ aufgerufen wird. Auch der Vernetzungseffekt spielt eine wichtige Rolle: Auf Konzerten trifft man „Kameraden“ von nah und fern. Freundschaften, Allianzen und Netzwerke können aufgebaut und verfestigt werden. Das gemeinsame Erleben eines Konzerts, auf dem der Hitlergruß gezeigt werden „darf“, schweißt zusammen und stärkt das Gemeinschaftsgefühl.

In Sachsen findet in der Regel pro Wochenende mindestens ein Neonazikonzert statt – besonders oft in Staupitz nahe Torgau und im Landkreis Ostsachsen. Schon in den 90er Jahren galt Sachsen als Eldorado der rechten Musikszene – die Szene war groß, es gab viele regionale Bands und gute Kontakte zur rechten Musikszene im Ausland. Die Sicherheitsbehörden drückten meist beide Augen zu. Damals war das internationale Blood & Honour-Netzwerk (dt.: Blut & Ehre) einer der wichtigsten und aktivsten Akteure bei der Organisation von Nazikonzerten in Sachsen. Trotz eines Verbots im Jahr 2000 agiert dieses Netzwerk noch immer in Sachsen, auch im Bereich der Konzertorganisation. Heute werden rechte Konzerte meist konspirativ über SMS-Ketten oder soziale Netzwerke organisiert, um mögliche Proteste von Antifaschist_innen oder Gegenmaßnahmen des Staates zu vermeiden. Dieser „Duft des Verbotenen“ zieht viele Neonazis zusätzlich an. Im Vergleich zu den 90er Jahren hat sich die Anzahl der Konzerte in Sachsen in den vergangenen Jahren nicht verringert. Und auch die Anzahl der Besucher/innen bleibt konstant.

Mit den Einnahmen aus Konzerten, Getränkeverkauf und Merchandise haben einige Neonazis ihr Lebenseinkommen gefunden. Nicht selten geht ein Teil dieser Einnahmen auch direkt in die politische Arbeit der Szene. Einerseits, weil die Organisator_innen selbst Teil der Szene sind und deren Aktivitäten befürworten, andererseits, weil sie sich so die Anerkennung ihres Publikums sichern können. Mit Konzerteinnahmen wurde auch der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) unterstützt, unter anderem von Aktivist_innen des sächsischen Blood & Honour-Netzwerks.

photo: chronik.LE

Rathaus Oschatz

FOKUS OSCHATZ UND MÜGELN

Von Neonazis und zivilgesellschaftlichem Engagement

Von chronik.LE und Chronik Oschatz

In der 15.000-Einwohner_innen-Stadt Oschatz am östlichen Rand Nordsachsens werden NPD und unorganisierte Neonazis seit Jahren verstärkt als Bedrohung wahrgenommen. Im Gegensatz zu anderen Orten Nordsachsens gibt es aber zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich gegen diese Entwicklung wehren.

Organisierter Neonazismus

Organisierter Neonazismus geht in der Region Oschatz vor allem vom Umfeld der NPD aus, die im Ort vergleichsweise gut aufgestellt ist. Zur Stadtratswahl 2009 trat sie gleich mit acht Kandidaten an, von denen es einer, Steffen Heller, ins Rathaus schaffte. In der Gemeinde Liebschützberg bei Oschatz konnte mit Jens Gatter ebenfalls ein NPD-Mitglied in den Gemeinderat einziehen.[1] Nach der Kreistagswahl 2008, bei der immerhin drei örtliche NPD-Kader in den Kreistag einzogen (darunter ebenfalls Heller und Gatter), machte sich eine verstärkte Basisarbeit der NPD bemerkbar. Seitdem kommt es vermehrt zu Propagandaaktivitäten, wie Infoständen oder Plakatieraktionen. Darüber hinaus besteht eine gute Vernetzung in die Kleinstadt Mügeln, wo eine parteinahe Ortsgruppe aufgebaut werden sollte. In Mügeln war es 2007 während des Stadtfestes zu einer Hetzjagd auf mehrere Menschen mit Migrationshintergrund gekommen. chronik.LE verzeichnete seit dem immer wieder Angriffe auf Migrant_innen und Nicht-Rechte in der Stadt. Diese gehen, genau wie die Hetzjagd, meist von unorganisierten Neonazis bzw. rechten Cliquen aus. Als der Verein Vive le Courage öffentlich auf das Naziproblem aufmerksam machte, gab es zwischenzeitlich Versuche einer verstärkten Organisation und Vernetzung der Szene. Mehrfach wurde das Vereinshaus Ziel von militanten Angriffen, darunter ein Sprengstoffanschlag im November 2009.

In Oschatz bemühen sich NPD-Aktivisten dagegen um ein seriöseres Auftreten. Mit einer sich bürgernah gebenden Tarnorganisation unter dem Namen Bürgerforum Oschatz (BF) versuchten sie, gegen die Hartz-Gesetze mobil zu machen oder Einfluss auf die Hilfsorganisation Oschatzer Tafel zu gewinnen. Das BF gibt insbesondere Personen, die aufgrund ihrer Arbeitsverhältnisse befürchten müssen, durch ein offenes Mitwirken in der NPD marginalisiert zu werden, Möglichkeiten, „nationale Politik“ zu machen. Auf diese Weise stellt beispielsweise ein regional ansässiger Kantinen- und Partyservice dem BF gerne Räumlichkeiten zur Verfügung und sorgt gleichzeitig für Verpflegung auf Veranstaltungen wie z.B. bei Nazi-Fußballturnieren im Landkreis.

Als Ende des Jahres 2010 die NPD Nordsachsen großspurig ankündigte, mehrere Schulungszentren, unter anderem auch nahe Oschatz, eröffnen zu wollen, waren es genau solche befreundeten Kontakte zu lokalen Gewerbetreibenden, die den Kameraden Hoffnung machten, sich fest vor Ort verankern zu können. Daraus wurde vorerst jedoch nichts. Ein offizielles NPD-Objekt kann sich weder die Partei, noch der Schwetaer Lokalbesitzer leisten, der immer wieder ein Hinterzimmer für die Nazi-Ortsgruppe bereit hält.

Betroffene

Passend zu der Strategie einer bürgerlichen Tarnorganisation versucht die NPD inhaltlich an populäre Themen anzuknüpfen. So beteiligten sich NPD-Vertreter_innen an Protesten gegen Schulschließungen, Massentierhaltung, Kürzungen im Jugendbereich oder für den Erhalt der Mügelner Schmalspurbahn. Solche Themen werden von der Partei allerdings völkisch aufgeladen und im Lichte einer deutschtümelnden Heimattradition interpretiert. Typische Nazithemen versucht die NPD dagegen offiziell zu meiden.

Obwohl beispielsweise fast ausschließlich lokale NPD-Anhänger 2009 versuchten eine Spontandemonstration zum Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß durchzuführen, bekannte sich die Partei nicht offen zu der Aktion. Dieses Ereignis weist auch auf den besonderen Umstand hin, dass die Verquickung von NPD und „freier“ Neonazi-Szene in Oschatz mangels letzterer nicht sehr stark ausgeprägt ist. Dennoch spielen unorganisierte Nazis und rechte Einstellungen, insbesondere unter Jugendlichen, eine Rolle, wenn es

[1] Siehe den Artikel „Neonazis in Nordsachsens Parlamenten“ in diesem Heft

um Bedrohungssituationen für Migrant_innen oder politisch engagierte, nicht-rechte Personen geht. Beobachter_innen vor Ort gehen davon aus, dass der Großteil der gewalttätigen Übergriffe auf diese Menschen eher von unorganisierten Nazis aus rechtslastigen Cliquen ausgeht.

Die meisten Übergriffe sind, von dem gezielten Angriff auf das E-Werk am 12. Juli 2009[2] und einigen militanten Aktionen in Mügeln abgesehen, dementsprechend eher unkoordiniert. Auch werden Betroffene von rechter Gewalt nicht immer als solche ernst genommen. Oschatzer Antifaschist_innen berichten, dass sich die Polizei oft unkooperativ gegenüber Betroffenen von Übergriffen gezeigt hat. Prekär wird es insbesondere, wenn sich Polizei und Täter_innen persönlich kennen, was in der ländlichen Gegend um Oschatz durchaus vorkommen kann. Dann wird vermeintlichen Linken schon mal der Vorwurf gemacht, selbst daran schuld zu sein, wenn sie von Nazis verprügelt werden – schließlich müssten sie ja nicht so erkennbar rumlaufen. Entsprechend nehmen nichtrechte, alternative Jugendliche eine dauerhafte Bedrohungssituation wahr, sodass sie bestimmte Orte in der Gegend meiden. Insbesondere in der 6.500-Einwohner_innen-Stadt Mügeln fällt es schwer, Konfrontationen aus dem Weg zu gehen, was sich in einer Vielzahl von Angriffen widerspiegelt, die auf chronik.LE dokumentiert sind.[3]

Zivilgesellschaft

Erfreulich in der Region Oschatz ist im Vergleich zu anderen Städten Nordsachsens die Existenz einer vergleichsweise aktiven Zivilgesellschaft, die sich mit dem Neonazi-Problem nicht abfinden will. So hat das soziokulturelle Zentrum E-Werk Oschatz als Frei- und Rückzugsraum für vermeintlich alternative und nichtrechte Jugendliche eine große Bedeutung. Von dort aus werden im Lokalen Aktionsplan (LAP) auch andere Demokratieinitiativen im Landkreis koordiniert. Seit 2008 gibt es außerdem das Oschatzer Bündnis für Demokratie, Menschlichkeit und Toleranz. Das Bürgerbündnis aus Vertreter_innen von E-Werk, Kirche, Stadträt_innen und Einzelpersonen gründete sich zur Organisation von Protesten gegen eine Nazi-Demonstration anlässlich des Volkstrauertages. Ihr Erfolg: Aus Angst vor Gegenprotesten sagten die Veranstalter den Naziaufmarsch ab. Seitdem organisierte das Bündnis viele Informationsveranstaltungen und kümmerte sich jüngst um das öffentliche Gedenken für den 2011 getöteten Obdachlosen André K.[4]

Auch in Mügeln beginnt sich die Situation ein wenig zu wandeln. So war der alte Bürgermeister Gotthard Deuse (FDP) im Nachgang der Hetzjagd von 2007 nicht bereit, ein Problem im Neonazismus in seiner Stadt offen einzugestehen. Im Gegenteil behinderte er sogar zivilgesellschaftliche Initiativen wie den Verein Vive le Courage, die sich den Nazis vor Ort entgegenstellen wollten.[5] Erfreulicherweise sind vom neuen Bürgermeister Volkmar Winkler (SPD) diesbezüglich ganz andere Töne zu vernehmen.
Unter der Voraussetzung, dass Kommunalpolitiker_innen, zivilgesellschaftliche Akteur_innen und lokale Medien das Neonazi-Problem trotz aller Image-Sorgen offen ansprechen und vor allem auch als politisches Problem bewerten (und nicht als ein Jugend-, Gewalt- oder Extremismus-Problem), hat die Region also gute Chancen, ihre lokale demokratische Kultur weiterzuentwickeln und so Nazis und Rassist_innen vor Ort aktiv etwas entgegenzusetzen.

[2] www.chronikle.org/ereignis/30-vermummte-ueberfallen-e-werk-oschatz

[3] www.chronikle.org/ort/landkreis-nordsachsen/mügeln

[4] Siehe Artikel „Obdachlose als Opfer sozialdarwinistisch motivierter Gewalt“ in diesem Heft

[5] Siehe Artikel zu Vive le Courage in diesem Heft

Die JN-Nordsachsen und Terror Crew Muldental in Oschatz

Faksimile eines Berichts des „Aktionsbüro Nordsachsen“ über ein „nationales Fußballtunier“. Teilgenommen hatten „Mannschaften“ aus Nordsachsen und dem Muldentalkreis. Neben Vertreter_innen der JN nahm auch die Kameradschaft „Terror Crew Muldental“ teil, die maßgeblich an einem brutalen Überfalls auf Fans und Spieler des Leipziger Vereins „Roter Stern Leipzig“ beteiligt war.

photo: chronik.LE

Rathaus Mügeln

CHRONIK EINES AUFHALTBAREN SCHEITERNS

Der Jugendverein VIVE LE COURAGE war in Mügeln von vielen nicht gewollt

Zum Jahreswechsel 2007/08 gründete sich in Mügeln, einer Kleinstadt am südwestlichen Ende des Landkreises Nordsachsen, mit VIVE LE COURAGE ein Verein, der es sich zur Aufgabe machte, über rassistische, fremdenfeindliche und menschenverachtende Ideologien sowie Organisationen aufzuklären.[1] Man sollte meinen, dass einer Kommune, die gerade durch eine Hetzjagd auf eine Gruppe von Menschen mit Migrationshintergrund während des Stadtfestes im August 2007 bundesweit und darüber hinaus von sich Reden gemacht hatte, nichts besseres passieren kann.

Doch wie so oft galten die im Verein Aktiven schnell als „Nestbeschmutzer", denen von Stadtverwaltung und anderen Akteur_innen möglichst viele Steine in den Weg gelegt wurden. Von den einstmals bis zu 30 Vereinsmitgliedern sind inzwischen fast alle aus Mügeln weggezogen. Die Jugendlichen hatten sich schon 2007 in Reaktion auf den Übergriff beim Stadtfest zusammengefunden. Eine ihrer ersten Aktionen war ein Konzert im Oschatzer E-Werk. Als Veranstaltungsort diente der Gruppe anfangs auch der Mügelner Jugendtreff Free Time In, dessen Betreiber jedoch Anfang 2008 von der Stadt gekündigt und der Club neu ausgerichtet wurde. Die neue Leiterin gab u.a. zum Besten, es gäbe in Mügeln ein „linkes Problem". Bis zu diesem Zeitpunkt war der Jugendclub der einzige Treffpunkt für nicht-rechte Jugendliche – was der Stadtverwaltung unter dem damaligen Bürgermeister Gotthard Deuse (FDP) offenbar nicht behagte.[2]

VON BEGINN AN STEINE IN DEN WEG GELEGT

Um einen Ersatz zu schaffen, pachtete Vive le Courage Ende 2008 ein leerstehendes Haus in der Ernst-Thälmann-Straße, in dem dann bis zum nächsten Sommer emsig gebaut wurde. Es entstanden ein Büro, eine Bar, ein Raum für Veranstaltungen usw. Im Sommer 2009 sollte hier eine „Aktionswoche gegen Rassismus" mit Vorträgen, Workshops und Filmen stattfinden. Ausklingen sollte die Woche mit einem antirassistischen Fußballturnier und einem Konzert im Schwetaer Park. Für letzteres gab es jedoch nur eine mündliche Vereinbarung mit der Stadt, die in der Folge eine große Kreativität entwickelte, um die Veranstaltung letztendlich zu verbieten. Begründung: Der Schwetaer Park stehe grundsätzlich nicht für politische Veranstaltungen zur Verfügung.[3] Selbst eine Lesung mit dem Schriftsteller Günther Wallraff im Mügelner Rathaus kam 2010 erst nach zähen Verhandlungen zustande – unter der Bedingung, dass für die Veranstaltung nicht mit Flyern geworben wird und Vertreter_innen des Vereins selbst nicht das Wort ergreifen.[4] Bürgermeister Deuse äußerte öffentlich, dass Mügeln so einen Verein gar nicht brauche: „Also, sie haben gesagt, dass sie also gegen Rassismus sind, was wir ja eigentlich auch selber darstellen."[5]

Parallel schossen sich örtliche Neonazis auf Vive le Courage ein – im wahrsten Sinne des Wortes. Anfang 2008 wurde der Verein zum ersten Mal angegriffen, als sich die Gruppe noch in einer Gartensparte traf. Ende 2008 wurden erstmals die Scheiben beim neuen Hausprojekt eingeworfen. Ab April 2009 häuften sich Übergriffe und Bedrohungen.[6] Zeitweise wurden das Vereinsobjekt, aber auch Privatwohnungen, jedes Wochenende von mit Steinen, Flaschen, Eisenketten und Elektroschockern bewaffneten Neonazis „belagert". Selbst ein Einsatzleiter der Polizei sprach nach solch einem Wochenende von „bürgerkriegsähnlichen Zuständen".[7] Im November 2009 wurde in den Eingangsbereich des Hauses ein Sprengsatz geworfen. Durch die Druckwelle gingen mehrere Scheiben zu Bruch, nur durch Zufall wurde niemand verletzt.[8] Als im April 2010 ein Fußballspiel zwischen SV Mügeln-Ablass und Roter Stern Leipzig wegen antisemitischer Gesänge abgebrochen werden musste, hatten die dafür verantwortlichen „Fans" mit Sprechchören und Shirts auch gegen Vive le Courage Stimmung gemacht.

Statt sich mit den bedrohten Jugendlichen zu solidarisieren, wurden sie für die Situation verantwortlich gemacht. Sie würden die Übergriffe provozieren und Nazis anziehen. Im Verein selbst gab es ebenfalls heftige Diskussionen über das weitere Vorgehen. Einige Mitglieder wollten weiter versuchen, mit der Stadt zusammenzuarbeiten, andere lieber die Verhältnisse skandalisieren. Einige wollten auch auf die das Haus belagernden Nazis zugehen und zumindest die „un-

[1] vgl. www.tolerantes-sachsen.de/initiative.php?ID=133.
[2] vgl. www.netz-gegen-nazis.de/artikel/muegeln-das-rechtsextreme-stoert-ihn-nicht-so-2991
[3] vgl. www.publikative.org/2009/07/23/verbot-von-dance-against-racism-in-mugeln
[4] + [5] vgl. www.dradio.de/dlf/sendungen/dlfmagazin/1365049
[6] vgl. www.chronikle.org/ereignis/terror-muegeln-nazis-ueberfallen-personen-wohnobjekte
[7] vgl. www.chronikle.org/ereignis/buergerkriegsaehnliche-zustaende-muegeln-uebergriffe-nazis
[8] vgl. www.chronikle.org/ereignis/muegeln-sprengstoffanschlag-vive-le-courage
[9] vgl. www.chronikle.org/ereignis/%C3%BCberhaupt-nichts-los-m%C3%BCgeln

politischen Mitläufer“ unter diesen davon überzeugen, dass es sich bei Vive le Courage gar nicht um so schlimme „Linke“ handele, wie im Dorfklatsch verbreitet. Für eine andere Fraktion stellte dies aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen mit Nazi-Schlägern ein absolutes No-Go dar. Im Zuge dieser Debatte kam es zu mehreren Austritten aus dem Verein.

DISTANZIERUNGEN VON ALLEN SEITEN

Das Haus in der Thälmann-Straße wurde aber weiter als geschützter Raum für wichtig erachtet. Um auch hier öffentliche Veranstaltungen durchführen zu können, stellte der Verein einen Nutzungsänderungsantrag. Gegen diesen sprach sich jedoch unter anderem die Evangelische Kirche aus, die in der Nachbarschaft einen Friedhof verwaltet. Bereits im September 2009 äußerte sich der örtliche Pfarrer gegenüber einem Journalisten mehr als distanziert über den Verein:

> ***Reporter:*** *„Ich würde gern mit Ihnen ein Gespräch über die Probleme von Vive le Courage führen. Können wir uns treffen?“*
> ***Pfarrer:*** *„Eigentlich nicht. Ich möchte mich zu der Thematik auf keinen Fall äußern.“*
> ***Reporter:*** *„Sollte denn die Kirche nicht den Bedrängten beistehen?“*
> ***Pfarrer:*** *„Die sind nicht auf mich zugekommen. Von daher kann ich das nicht so empfinden.“*
> ***Reporter:*** *„Warum treten Sie denn nicht an die Leute heran?“*
> ***Pfarrer:*** *„Das möchte ich nicht tun. Und ich möchte mich dazu weiter nicht äußern.“*[10]

Der Nutzungsänderungsantrag wurde schließlich von der Stadt, dem Landratsamt und der Landeskirche gekippt.[11] Im April fand als Privatveranstaltung in dem Haus noch ein Konzert statt, das von einigen ehemaligen Vereinsmitgliedern als schönste Aktivität der ganzen Jahre bezeichnet wird. Ende 2010 lief dann der Pachtvertrag für das Haus ab. Ohne einen festen Treffpunkt lag die Vereinsarbeit bald brach. Anfang 2011 äußerte sich der Vereinsgründer Roman Becker zwar noch zuversichtlich, dass es irgendwie weitergehen werde: „Je kleiner ein Ort ist, desto weniger Leute gibt es, die etwas machen wollen, gerade deshalb ist es wichtig da zu bleiben und etwas zu machen, deshalb habe ich nicht vor, Mügeln aufzugeben.“[12]

Inzwischen wohnt auch er in Leipzig. Geblieben sind die Nazis. Der SPD-Landtagsabgeordnete Henning Hohmann aus Döbeln beschreibt die Entwicklung so: „Vor vier Jahren gab es in Mügeln 30 Jugendliche, die gern aktiv sein wollten, aber die Stadt wollte nicht. Jetzt ist es umgekehrt.“[13] Zwar ist es der NPD nicht gelungen, das zweifelsohne vorhandene Potenzial für die Parteiarbeit zu rekrutieren. Und ohne Personen, die als sichtbare „Feindbilder“ dienen, ist auch wieder eine scheinbare Ruhe eingezogen. Trotzdem kommt es in Mügeln nach wie vor zu Propagandaaktionen und Übergriffen. So wurden zuletzt u.a. zu Himmelfahrt 2011 mehrere nicht-rechte Jugendliche von Neonazis angegriffen[14], im August der Inhaber eines Döner-Ladens[15] und im November wieder nicht-rechte Jugendliche[16]. Im April 2012 war die NPD mit einem Infostand auf dem Markt präsent[17], im Mai wurden in der Stadt mehrere neonazistische Parolen geschmiert („NS jetzt!“, „Fuck Antifa“)[18] und wiederum an Himmelfahrt führten rund 15 vermummte Neonazis eine Art Flashmob mit Bengalos und „Nationaler Sozialismus“-Gegröle durch.[19]

KEINE GUTEN AUSSICHTEN

Auch wenn der neue SPD-Bürgermeister Volkmar Winkler nicht so engstirnig ist wie sein Vorgänger, gibt es in der Bevölkerung nach Einschätzung von Beobachter_innen nach wie vor einen außergewöhnlich hohen Grad an rassistischen Vorurteilen. In der Stadt herrscht nach wie vor die Legende, die „Inder“ hätten die brutale Hetzjagd im Sommer 2007 selbst provoziert und Mügeln sei Opfer einer „Rufmordkampagne“ geworden. Eigentlich genug zu tun für einen antirassistischen Verein wie Vive le Courage – doch dieser war in Mügeln nicht gewollt und ist letztlich an externen Hindernissen wie internen Auseinandersetzungen gescheitert.

photo: chronik.LE

Das ehemalige Domizil des alternativen Projekts Vive le Courage

[10] vgl. www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2259524
[11] + [12] vgl. www.dradio.de/dlf/sendungen/dlfmagazin/1365049
[13] LVZ vom 23.08.2012
[14] vgl. www.chronikle.org/ereignis/m%C3%BCgeln-mehrere-%C3%BCbergriffe-jugendliche-neonazis
[15] vgl. www.chronikle.org/ereignis/angriff-d%C3%B6ner-imbissbetreiber-m%C3%BCgeln
[16] vgl. www.chronikle.org/ereignis/angriff-rechten-jugendlichen-m%C3%BCgeln
[17] vgl. www.chronikle.org/ereignis/npd-infostand-m%C3%BCgeln
[18] vgl. www.chronikle.org/ereignis/neonazistische-schmierereien-m%C3%BCgeln
[19] vgl. www.chronikle.org/ereignis/m%C3%BCgeln-naziflashmob-himmelfahrt-

AUS DER CHRONIK

EINE KURZE AUSWAHL AUS OSCHATZ & MÜGELN

10.06.2012 In Oschatz klebt die NPD-Nachwuchsorganisation Plakate mit Neonazipropaganda. Auf diesen werden ein Neonaziaufmarsch in Dresden am 17. Juni 2012 und eine Kampagne der JN mit dem Titel „Identität Sachsen“ beworben.

17.05.2012 In Mügeln veranstalten Neonazis zu Himmelfahrt einen sogenannten Flashmob auf dem Marktplatz. 15 vermummte und zum Teil bewaffnete Personen zündeten Bengalische Feuer und grölten neonazistische Parolen wie „Nationaler Sozialismus Jetzt“.

17.04.2012 In Oschatz führte die NPD Nordsachsen am Vormittag einen Infostand unter dem Kampagnen-Motto „Raus aus dem Euro“ durch. Mit der völkisch-nationalistischen Kampagne, von der NPD auch „Feldzug“ genannt, wird der Ausstieg der Bundesrepublik aus dem europäischen Finanzsystem propagiert.

24.11.2012 In Oschatz beschädigten Unbekannte das Denkmal für im Zweiten Weltkrieg gefallene sowjetische Soldaten. Sie zerstörten Granitfiguren und demontierten den in vier Metern Höhe befindlichen roten Stern.

20.12.2011 In Oschatz randaliert eine Gruppe Jugendlicher in einem Gymnasium und skandiert dabei neonazistische Parolen. Die Täter, welche keine Schüler des Gymnasiums sind, waren allem Anschein nach auf der Suche nach einer Person, die sie an der Schule vermuteten. Als sie diese jedoch nicht auffanden, ließen sie ihren Frust am Mobiliar eines Klassenzimmers aus.

13.11.2011 Im Ortsteil Zaußwitz der Gemeinde Liebschützberg nahm NPD-Stadtrat Jens Gatter an einem neonazistischen „Heldengedenken“ teil. Die Nationalsozialisten hatten 1934 den Volkstrauertag per Gesetz umdefiniert. Neonazis ehren heute an diesem Tag Kriegsverbrecher der beiden von Deutschland begonnenen Weltkriege.

12.11.2011 In Mügeln greifen nachts zwei Neonazis in der Nähe der Bar „Filmriss“ einen nicht-rechten Jugendlichen an. Die Täter schlagen den Betroffenen, wodurch dieser vom Fahrrad fällt. Das Eingreifen eines Passanten lenkt die Nazis ab, so dass der Jugendliche fliehen kann.

26.08.2011 In Mügeln dringen am Abend drei Männer in einen Dönerimbiss ein. Sie beschimpfen den Besitzer, der gerade sein Lokal abschließen wollte, mit Parolen wie „Scheiß Ausländer raus“ und greifen ihn tätlich an. Er wird dabei leicht verletzt.

27.05.2011 In Oschatz wird der Wohnungslose André K. am Südbahnhof von fünf Männern so brutal zusammengeschlagen, dass er wenige Tage später seinen schweren Verletzungen im Krankenhaus erliegt. Mehrere der Täter bewegen sich im Umfeld der rechten Szene.

01.11.2010 In Dahlen wird ein Jugendlicher von einer Gruppe Schüler einer ortsansässigen Berufsschule bedroht. Er hatte sich als Fan des Fußballclubs Roter Stern Leipzig (RSL) zu erkennen gegeben. Der RSL versteht sich selbst als antirassistischer und antidiskriminierender Verein. Spieler und Fans wurden bei Spielen in der Region deswegen mehrfach bedroht und angegriffen.

09.10.2010 In Wermsdorf hat die NPD mit ihrem so genannten „Bürgermobil“ versucht, beim traditionellen Abfischen am Wermsdorfer See Werbung für ihre menschenverachtende Ideologie zu machen. Die Verteilung von Propaganda-Material an die Anwesenden konnte jedoch unterbunden werden.

08.03.2010 In Schweta, einem Ortsteil von Mügeln, werden mehrere Plakate mit neonazistischer Propaganda angebracht.

BRANDANSCHLAG AUF SINTI-FAMILIE IN KLINGENHAIN

„Erfolgreich vertrieben“

Erfolgreich vertrieben: Eine Sinti-Familie musste in Klingenhain jahrelang Anfeindungen durch Nachbar_innen erdulden. An Weihnachten 2009 zünden Unbekannte das Haus der Familie an, die sich daraufhin gezwungen sieht, den Ort endgültig zu verlassen. Wegen der besonderen Schwere des Ereignisses dokumentieren wir hier noch einmal die vollständige Ereignismeldung von chronik.LE:

Am 26. Dezember 2009 brannte das Haus einer Sinti-Familie in Klingenhain (Ortsteil der Gemeinde Cavertitz) komplett aus. Verletzt wurde niemand, da die Familie Weihnachten bei Verwandten verbrachte. Das Haus ist nach dem Anschlag unbewohnbar. Der Caravan-Handel der Familie ist ebenfalls niedergebrannt. Ein politischer Hintergrund des Brandanschlages ist zwar bislang nicht offiziell bestätigt, kann nach Angaben der Opferberatung Leipzig aber als wahrscheinlich angenommen werden. Dem Brandanschlag gingen jahrelange Anfeindungen und Bedrohungen im Dorf voraus. Als die Familie 2003 nach Klingenhain zog, begegneten ihnen die Nachbarn mit Misstrauen. Als Grund für die antiziganistischen Anfeindungen nannte der Familienvater das äußere Erscheinungsbild seiner Familie. Sie falle auf. Von Beginn an begegneten die Dorfbewohner_innen der Familie mit Antipathie, in der Schule kam es für Kinder und Eltern wiederholt zu bedrohlichen Situationen. Schläge, Beleidigungen und Bedrohungen waren an der Tagesordnung. Herr H.: „Es kam soweit, dass sich Neonazis vor uns mit Bierflaschen aufbauten, als wir unsere Kinder abholen wollten. Die Direktorin musste sich schützend vor uns stellen. Die Polizei kam und hat abgesperrt, damit wir rausfahren konnten.“ Auch ein Schulwechsel verbesserte die Situation nicht. Diesem rassistischen, antiziganistischen Klima blieb die Familie sechs Jahre lang ausgesetzt. Neben beständigen Beschimpfungen als „Zigeuner“ oder „Dreckspack“ kam es immer wieder zu gewalttätigen Angriffen, Einbrüchen und Vandalismus. Von insgesamt vier Vandalismusfällen berichten die Betroffenen in den vergangenen Monaten. Im September 2009 wurde die Fensterscheibe des Kinderzimmers mit einem Stein eingeworfen, um den ein Zettel mit den Worten „Haut ab, ihr Kanaken!“ gewickelt war. Alle Ermittlungen aufgrund der bei der Polizei gestellten Anzeigen wurden jedoch eingestellt. Der Brandanschlag auf das Haus erscheint nun als erschreckender Höhepunkt der jahrelangen Diskriminierungen. Derzeit hat die Polizei noch keine Erkenntnisse zu den Tätern. Auch die Dorfbewohner_innen schweigen. Für die Familie scheint indes klar, eine Rückkehr nach Klingenhain könne es für sie nicht geben.

ERSTE HILFE FÜR BETROFFENE NACH EINEM ÜBERGRIFF

Sie sind Opfer eines diskriminierenden Übergriffs geworden?

Angreifer haben Sie beleidigt, geschlagen, getreten? Sie wurden aus rassistischen Gründen nicht in die Disko gelassen oder in der Straßenbahn schikaniert? Sie stellen sich nun die quälende Frage: Warum ist das ausgerechnet mir passiert? Warum wurde ich angegriffen, beleidigt und schikaniert? Auf diese Fragen gibt es nur eine Antwort: Sie haben keine Schuld! Sie haben nichts getan. Sie wurden angegriffen, die anderen sind die Angreifer. Es traf Sie, aber gemeint sind alle, die von Nazis und Rassisten gehasst werden. Dazu gehören nicht nur Migrant_innen, sondern auch Jüd_innen, Muslim_innen, alternative Jugendliche, Menschen mit Behinderung, Homosexuelle und Obdachlose... Sie haben Anspruch darauf, dass die Straftat ans Licht kommt, dass die Täter zur Rechenschaft gezogen werden, und dass Sie Schadensersatz beziehungsweise Schmerzensgeld erhalten. Deswegen ist es trotz etwaiger Bedenken in der Regel empfehlenswert, Anzeige bei der Polizei zu erstatten. Denn ohne eine Anzeige kann ein Übergriff keine negativen Konsequenzen für die Täter haben und Sie haben keinen Anspruch auf Schadensersatz.

Fertigen Sie ein Gedächtnisprotokoll an! Schreiben Sie möglichst genaue Angaben zu Zeitpunkt, Ablauf, Tätern und Zeugen des Vorfalls auf. Lassen Sie sich körperliche Schäden ärztlich attestieren. Sprechen Sie mit Freund_innen und Bekannten. Sie werden Sie nicht mit ihrem Erlebnis allein lassen.

Wenden Sie sich an eine Beratungsstelle! Die Mitarbeiter_innen der RAA Leipzig und des Antidiskriminierungsbüros sind genau für solche Fälle spezialisiert und können Ihnen weiterhelfen (siehe Ende der Broschüre). Nutzen Sie die Rechtsberatung! Die Beratungsstellen haben Kontakt zu guten Anwält_innen, die auf Antidiskriminierungsrecht spezialisiert sind bzw. sich gut mit Übergriffen, wie Sie ihn erlebt haben, auskennen.

photo: chronik.LE

OBDACHLOSE ALS OPFER...

...sozialdarwinistisch motivierter Gewalt

Von Lucius Teidelbaum

Nahe des Südbahnhofs in Oschatz wurde der Obdachlose André K. zu Tode geprügelt.

Am 1. Juni 2011 verstarb der Obdachlose André K. in einem Leipziger Krankenhaus an den Folgen eines Angriffs. Er war am 27. Mai 2011 in Oschatz am Südbahnhof der Kleinbahn „Wilder Robert" von mindestens fünf Männern mit über 30 Schlägen und Tritten schwer misshandelt worden. Am darauf folgenden Morgen wurde er in einem Wartehäuschen mit schweren Kopfverletzungen aufgefunden. Bei der Betrachtung der Tat fällt auf, dass der Mord an André K. in bestimmten Aspekten geradezu typisch für Gewalt gegen obdachlose Menschen und die Schwierigkeiten im Umgang damit ist.

Das Problem bei der Betrachtung von Obdachlosigkeit in der Bundesrepublik beginnt schon bei der Begrifflichkeit und der unsicheren Faktenlage. Es werden nämlich von den deutschen Behörden keine Statistiken zur Zahl der Wohnungslosen geführt. Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAGW) zufolge gab es in Deutschland im Jahr 2010 ungefähr 250.000 Wohnungslose, d.h. Menschen, die nicht über einen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum verfügten. Damit sind vor allem Menschen gemeint, die von verdeckter oder latenter Wohnungslosigkeit betroffen sind. Von den 250.000 Wohnungslosen waren ‚nur' etwa 22.000 ohne jede Unterkunft, lebten also auf der Straße und waren damit obdachlos. Gewalt gegen Obdachlose ist kein Randphänomen, sondern eine häufig vorkommende Art von Hassverbrechen. Ihr schlimmstes Ergebnis ist der Mord an einem Menschen. Die bekannte Chronik der Zeitung Die Zeit verzeichnet von 1989 bis 2010 mindestens 28 ermordete Obdachlose durch rechte Gewalt.[1] Eine von der BAG Wohnungslosenhilfe geführte Statistik verzeichnet für den Zeitraum 1989 bis 2011 sogar 167 wohnungslose Menschen, die von Täter_innen außerhalb der Wohnungslosenszene getötet wurden. Ein Todesopfer von Gewalt gegen Obdachlose war der 50-jährige André K. aus Oschatz.

Der Mord an André K.

Die Strafverfolgung gegen die Täter war relativ schnell erfolgreich. Am 8. Juni 2011 nahm die Polizei drei Männer im Alter von 25 bis 36 Jahren fest. Wenig später wurden auch die restlichen Täter ermittelt. Im Februar 2012 begann der Prozess gegen die sechs Tatbeteiligten Sebastian B. (26), Silvio H. (36), Tommy J. (19), Chris K. (16), David O. (16) und Ronny S. (27). Die Täter waren damit mehrheitlich Jugendliche und heranwachsende Männer. Genau das entspricht auch dem typischen Täter_innen-Profil von sozialdarwinistisch motivierter Gewalt gegen obdachlose Menschen.

Wie bereits vor Prozessbeginn bekannt wurde, befand sich unter den Festgenommenen mit dem 27-jährigen Ronny S. aus Oschatz ein Täter, der den ehemaligen Jungen Nationaldemokraten (JN) Oschatz bzw. deren Nachfolgeorganisation JN Nordsachsen zuzurechnen ist. Neben dem Täter Ronny S. und seiner organisatorischen Verstrickung mit der extremen Rechten, wurden von einer Kennerin der Lage vor Ort noch zwei weitere Personen aus der Tätergruppe der rechten Szene zugerechnet.

Gewalt vor allem von Neonazis

Laut der Straßenzeitung motz werden Gewalttaten gegen Obdachlose seit Anfang der 1990er Jahre zunehmend von rechten Täter_innengruppen verübt – in Ostdeutschland wie auch in den alten Bundesländern. Seit 1998 sind es kaum noch Einzeltäter_innen, sondern zunehmend kleine Trupps von vier bis fünf Täter_innen. Neonazis haben zwar nicht das „Monopol" auf sozialdarwinistisch motivierte Gewalt, aber sie finden sich in vielen Fällen auf der Täter_innenseite. Allerdings lassen sich im Oschatzer Fall nicht alle der Täter eindeutig der rechten Szene zuordnen.

Dass viele Täter_innen von relativ eindeutig sozialdarwinistisch motivierter Gewalt gegen Obdachlose von den Behörden und Medien als „unpolitisch" eingestuft werden, liegt an einem seltsamen Verständnis von rechten Taten. Demnach lassen sich rechte Taten allein durch die eindeutige Zuordnung der Täter_innen zur rechten Szene bestimmen. Eigentlich sollte jedoch vor allem die Täter_innengesinnung entscheidend sein. Gesinnungen aber sind häufig nicht durch äußere Anzeichen erkennbar, sondern verraten sich erst in Wort und Tat. Sowohl die Tat an sich, als auch die Tat-Recht-

[1] www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/todesopfer-rechter-gewalt

fertigung durch die Angeklagten vor Gericht bzw. in ihrem Umfeld verraten in vielen Fällen häufig erst die politische Dimension der Tat.

„Im Suff einen sinnlosen Grund eingeredet“

Lange Zeit wurde in den Medien das Eintreiben von Schulden als Haupt-Tatmotiv im Fall von Andre K. vermutet. In anderen Fällen von Gewalt gegen Obdachlose wird Raub als Haupt-Motiv angegeben. Doch stellt sich hier die Frage warum gerade die Ärmsten der Armen als Opfer für einen Überfall ausgewählt wurden? Das leitet zu der Mutmaßung über, dass die Täter_innen erstens glauben nichts Falsches zu tun und zweitens denken, damit ungestraft davonkommen zu können. Auch im Oschatzer Fall gab der Täter Sebastian B. vor Gericht zu, dass es nicht wirklich um das Eintreiben von Schulden ging: „Es gab sicher keinen Anlass gegen Herrn K. vorzugehen. Wir haben uns im Suff einen sinnlosen Grund eingeredet.“

Ebenfalls auffällig und typisch sind die langen Tatzeiten und die enthemmte Gewalt. Das Gericht sprach im Fall von Oschatz von einer „Gewaltorgie“. Der Täter Sebastian B. versuchte sogar, das Opfer mit einem Samuraischwert zu attackieren. Nach Aussagen des Zeugen H. hatten zwei der Angeklagten den Schwerverletzten noch nach der Tat mit dem Kopf auf die Eisenbahnschienen gelegt. Solche Tatvorgänge lassen erkennen, dass das wahre Motiv nicht das Schuldeneintreiben, sondern Sozialdarwinismus war. André K. war für die Täter kein vollwertiger Mensch, sondern nur ein Obdachloser, der aufgesucht wurde, um ihm „eine Abreibung zu verpassen“, wie es ein Täter vor Gericht beschrieb. Diese Enthemmung der Täter ist ein klarer Hinweis auf ein sozialdarwinistisches Weltbild der Täter, das Menschen in „lebenswert“ und „nicht lebenswert“ einteilt.

Wie andere Opfergruppen von Sozialdarwinismus (z.B. Langzeitarbeitslose, Menschen mit geistiger Behinderung) werden Obdachlose durch die Täter_innen entmenschlicht und abgewertet. Dabei geht die verbale Gewalt häufig der körperlichen Gewalt voraus, etwa wenn die Täter_innen von „menschlichem Schrott“ sprechen. Wie bei rassistisch motivierten Taten, so sind auch sozialdarwinistisch motivierte Taten Ausdruck einer weit verbreiteten gesellschaftlichen Einstellung. In den Taten manifestiert sich lediglich ein bereits vorhandener Sozialdarwinismus. Laut einer repräsentativen Studie äußerten sich im Jahr 2007 38,8 Prozent der Befragten negativ über Obdachlose. 34 Prozent sprachen sich dafür aus, Bettelnde aus den Fußgängerzonen zu entfernen.[2] Die spezifische Feindschaft gegenüber Obdachlosen ist Ausdruck einer allgemeinen Abwertung von sozial Benachteiligten in der Gesellschaft. Für die bürgerliche Mitte geht es dabei um die Verteidigung von so genannten Etabliertenvorrechten. Professor Wilhelm Heitmeyer von der Universität Bielefeld äußerte sich dazu 2012 in einem Interview: „Für die soziale Gruppe der Besserverdienenden steht Leistungsgerechtigkeit im Zentrum ihrer Gerechtigkeitsvorstellungen. Daran, was jemand unter Gerechtigkeit versteht, zeigen sich klare soziale Unterschiede. Die Besserverdienenden setzen ganz selbstverständlich auf Leistungsgerechtigkeit und bei dieser Gruppe funktioniert entsprechend das Muster der Abwertung von Menschen, wenn eine geforderte Leistung nicht erbracht wird oder nur vermeintlich nicht erbracht wird.“[3]

Diese Abwertung von Menschen auf Grund ökonomischer Leistungskriterien ist Resultat der Verfasstheit der Gesellschaft als Ellenbogen-Gesellschaft nach kapitalistischen Leistungsprinzipien. Menschen werden nach ökonomischen Kriterien in einer sozialen Hierarchie eingeordnet. Ganz unten auf der Leiter stehen dabei Obdachlose. Dass in einigen Fällen die Täter_innen selbst auch relativ weit unten in der sozialen Hierarchie stehen, ändert nichts am sozialdarwinistischen Motiv. Hier dient die Gewalt gegen Schwächere offenbar der Aufwertung des eigenen Status und der Kompensation eines allgemeinen Unterlegenheitsgefühls. Im Sozialdarwinismus wird die real existierende soziale Ungleichheit zur „Ideologie der Ungleichwertigkeit“ transformiert. Wer ganz unten steht, muss – so die Überzeugung im Kapitalismus mit seinem (oft unerfüllten) Glücksversprechen – daran irgendwie selber Schuld sein. >>>

[2] Heitmeyer, Wilhelm (2007): Deutsche Zustände. Folge 6, Frankfurt am Main, S. 28.

[3] www.weiterdenken.de/downloads/publikation_frage_der_klasse_mittelstand.pdf „Eine Frage der Klasse? Deutschlands Mitte zwischen Abstiegsangst und dem Tritt nach unten“, S. 13

Obdachlose als besonders gefährdete und unbeachtete Opfergruppe

Im Gegensatz zu anderen Formen rechter Gewalt ist die Gewalt gegen Obdachlose mehrheitlich wohl eher situativ als geplant. Die Täter_innen entschließen sich meist spontan zur Gewaltausübung. Obdachlose verfügen im Gegensatz zum Rest der Bevölkerung über keinen Schutz- und Rückzugsraum und sind häufig auch Einzelgänger_innen. Damit sind sie für ihre Täter_innen quasi ideale Opfer. Genau diese Ausgangssituation zeichnet Obdachlose als spezielle Opfergruppe noch einmal besonders aus.

Ihre frei zugänglichen Übernachtungs- und Aufenthalts-Gelegenheiten sind nicht selten allgemein bekannt, wenn sie seit längerem in einer Stadt oder einem Viertel leben. Häufig wissen die Täter_innen daher genau, wo sich ihre Opfer aufhalten bzw. aufhalten könnten. Als im Oschatzer Fall die Männerclique nach André K. suchte, machte sie sich zuerst auf dem Weg in den Park, wo der stadtbekannte Obdachlose sich des Öfteren aufhielt. Als sie ihn dort nicht fanden, zogen sie weiter zum Südbahnhof, wo sie ihn schlafend in einem Wartehäuschen antrafen.

Kaum Öffentlichkeit für obdachlose Mordopfer

Obdachlose Opfer rechter Gewalt bleiben zumeist ohne Aufmerksamkeit. Obdachlose Mordopfer rechter Gewalt sind „Tote ohne Anerkennung“. Sie sind die unterste Opfer-Kategorie in der Aufmerksamkeitshierarchie. Bewusste und auch unbewusst arbeitende Schweigekartelle aus Presse, Regierung, Justiz und Polizei helfen mit, sozialdarwinistische Gewalt gegen Obdachlose zu verschweigen, zu verschleiern und zu entpolitisieren, um das Ansehen des Ortes nicht zusätzlich zu beschädigen. Manchmal gelingt es unabhängigen Initiativen oder Einzelpersonen, durch eine eigene Öffentlichkeitsarbeit Druck auf Behörden und Justiz ausüben, damit die rechten Tatmotive benannt werden. Häufig erfahren Obdachlose von den Behörden aber auch nicht dieselbe Aufmerksamkeit wie andere Betroffene. Wie die Opferhilfsorganisation RAA berichtet, wurde die Familie des Verstorbenen durch die Polizei nicht informiert. Als die Angehörigen die Todesnachricht erhielten, war André K. bereits beerdigt – wo und wie, darauf konnten sie keinen Einfluss mehr nehmen. Aber die Kosten für das Urnensozialgrab werden ihnen vermutlich von den Behörden in Rechnung gestellt. Die Familie kümmerte sich zusammen mit der RAA um eine würdige Ruhestätte für André K.

In der Gesellschaft stehen Obdachlose in der Aufmerksamkeitshierarchie allgemein ganz unten. Auf genau dem Nährboden von solch sozialer Ausgrenzung baut die Gewalt gegen Obdachlose bis hin zum Mord auf. Eben diese scheinbare Gesetzmäßigkeit muss wenigs-

DER PROZESS GEGEN DIE MÖRDER VON ANDRÉ K.

Im Mai 2011 wurde André K. in Oschatz angegriffen und tödlich verletzt – was hat sich seitdem getan?

In der Nacht zum 27. Mai 2011 wird der schlafende Wohnungslose André K. am Oschatzer Südbahnhof von mindestens fünf Männern im Alter von 16 bis 36 Jahren brutal zusammengeschlagen. Der schwer verletzte Mann wird nach dem Gewaltexzess hilflos zurückgelassen und erst am Morgen des 27. Mai aufgefunden. Der 50-Jährige wurde mit Schlägen und Tritten so massiv misshandelt, dass er am 1. Juni 2011 seinen schweren Verletzungen erlag. Seit Dezember 2011 wird gegen fünf Angeklagte wegen gemeinschaftlichen Totschlags und gegen einen Angeklagten wegen unterlassener Hilfeleistung vor dem Leipziger Landgericht verhandelt.

Während vier Beschuldigte die Tat beziehungsweise ihre Anwesenheit bei der Tat im Wesentlichen einräumen, schweigen zwei weitere Angeklagte. Angeklagter Sebastian B. ließ über seinen Verteidiger mitteilen, dass es aus seiner Sicht keinen Anlass für den Gewaltexzess gab: „Wir haben uns im Suff einen sinnlosen Grund eingeredet.“ Der 17-jährige David O., der 19-jährige Tommy J. sowie der 16-jährige Chris K. berichteten, die Initiative für die Gewalttat sei vom Angeklagten Ronny S. ausgegangen, mit der Begründung, dass der Wohnungslose bei ihm Schulden habe und ihn angezeigt haben soll. Dies wurde zum Anlass genommen, nach André K., der als Wohnungsloser stadtbekannt war, zu suchen und ihm eine „Abreibung“ zu verpassen. Drei der Angeklagten sagten, aus Gruppenzwang mitgemacht zu haben und mehr oder minder betrunken gewesen zu sein. Im Nachhinein tue ihnen die Tat leid. Die Jugendlichen sollen überlegt haben, nach der Gewalttat einen Notarzt zu rufen, was

tens in der Nachbearbeitung zu einer Tat durchbrochen werden. Im Oschatzer Fall wurden dazu die richtigen Schritte gemacht. Ein Jahr nach der Tat, am 1. Juni 2012, versammelten sich knapp 40 Personen am Oschatzer Südbahnhof, um der Ermordung von André K. ein Jahr zuvor zu gedenken. Ihm wurde damit eine Aufmerksamkeit zuteil, die er zu Lebzeiten sicherlich nicht hatte.

Der Mord an Karl-Heinz Teichmann

André K. ist nicht das einzige obdachlose Mordopfer rechter Gewalt in Sachsen gewesen. Am 23. August 2008 wurde zwischen 1.30 und 2 Uhr der 59-jährige Obdachlose Karl-Heinz Teichmann in der Leipziger Innenstadt von einem 18-jährigen Neonazi aus dem Leipziger Umland angegriffen. Teichmann hatte schlafend auf einer Parkbank gelegen, als er von einem Jugendlichen, der auf dem Rückweg von der Mahnwache „Todesstrafe für Kinderschänder" der Nazi-Kameradschaft Freie Kräfte Leipzig am 22. August war, tödlich angegriffen wurde. Neben den Kopfverletzungen wurden ihm auch Prellungen am ganzen Körper zugefügt. In der Anklageschrift ist von Brüchen im Gesicht, einer Halswirbelfraktur sowie Hirnquetschungen und -blutungen die Rede. Der Täter unterbrach seinen Angriff für eine halbe Stunde, um sich mit Freunden zu treffen. Das Opfer wurde am Morgen des 23. August 6 Uhr auf einer Parkbank am Schwanenteich bei der Oper entdeckt. Die Polizei ignorierte die Meldung zuerst, so dass das Opfer erst 7.30 Uhr Hilfe erhielt. Zwei Wochen später, am 6. September 2008, erlag Teichmann seinen Verletzungen (massive Kopfverletzungen, Prellungen am ganzen Körper).

Am 27. März 2009 wurde der mittlerweile 19-jährige Täter und Lehrling für Holzbearbeitung Michael H. aus Delitzsch nach vier Prozesstagen wegen heimtückischen Mordes zu einer Haftstrafe von acht Jahren und drei Monaten verurteilt. Ein 21-jähriger Freund aus Wurzen von Michael H., der während der Tat dabei gewesen sein soll, blieb unbehelligt. Nach dem Vernehmungsprotokoll hatte Michael H. während der Übergriffe zu dem Obdachlosen gesagt, dieser solle „nicht hier schlafen". Ein Zeuge, der bei dem Angriff tatenlos zugesehen hatte, sagte aus, der Täter habe den Schlafenden angeschrien: „Du hast hier nicht zu pennen." Obwohl selbst der Verteidiger des Täters in der Tat ein rechtes Motiv sah („Das kann man nicht wegdiskutieren, eine Tat mit rechtem Hintergrund. Natürlich."), taucht die Tat in der Statistik politisch rechts motivierter Tötungsdelikte in Sachsen nicht auf.

Lucius Teidelbaum betreibt den Internetblog
berberinfo.blogsport.de

vom Angeklagten Ronny S. jedoch unterbunden worden sein soll.
Mindestens einer der Tatverdächtigen wird laut Angaben des sächsischen Landtags und des antifaschistischen Informationsportals Gamma in der Neonaziszene verortet. Es existieren Fotos des Angeklagten Ronny S., die ihn bei einer Aktion der NPD-Jugendorganisation JN sowie unter einer Reichskriegsflagge posierend zeigen. Zeug_innen sagten in der Verhandlung aus, sowohl Ronny S. als auch der wegen unterlassener Hilfeleistung angeklagte Silvio H. seien Anhänger der rechten Szene. Beide haben Tätowierungen, z.B. mit den Motiven „88" sowie der sogenannten „schwarzen Sonne", die weitere Hinweise auf die rechte Gesinnung geben. Angeklagter Chris K. sei laut Zeugenaussagen in Oschatz als „Thor Steinar Chris" bekannt.
Motiv und Hintergründe der Tat konnten bisher nicht vollständig geklärt werden. Weder die Existenz der angeblichen Schulden von André K. noch dessen Anzeige konnten im Zuge der Verhandlung bestätigt werden. Ein Beweisantrag der Nebenklagevertretung, der darauf abzielt, mögliche rechte bzw. sozialdarwinistische Tatmotive zu beleuchten sowie zu prüfen, inwiefern die Merkmale eines Morddeliktes erfüllt werden, wurde abgelehnt. Ein Morddelikt liegt unter anderem dann vor, wenn das Tatmotiv nach allgemeiner sittlicher Würdigung auf tiefster Stufe steht und besonders verachtenswert ist, also auch, wenn Menschen aufgrund ihres sozialen Status tödlich verletzt werden.

Mit dem Urteil ist im November 2012 zu rechnen.

Die Autorin arbeitet für die
Opferberatung der RAA Sachsen e.V.

BÜNDNIS UND GEDENKEN

Das „Oschatzer Bündnis für Demokratie, Menschlichkeit und Toleranz“ traf sich bereits kurzfristig zwei Wochen nach dem Tod von André K. und veranstaltete einen Monat später, am 1. Juli 2011, eine Mahnwache. Einhundert Oschatzer BürgerInnen zwischen 15 und 80 Jahren zeigten sich tief betroffen.

photo: berberinfo.blogspot.de

MitstreiterInnen des Bündnisses beobachten den Prozess seither intensiv und besprechen bei den regelmäßigen Bündnistreffen weitere Maßnahmen zum Gedenken an André K. und zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Ein Jahr nach dem Totschlag veranstaltete das Bündnis mit der Opferberatung RAA Sachsen e.V. und dem Netzwerk 360° eine Gedenkzeremonie am Oschatzer Südbahnhof. Dabei sprach der Pfarrer Worte des Gedenkens, es wurden Blumen niedergelegt und Kerzen entzündet. Zu den rund 70 gedenkenden Menschen gehörten auch Bekannte von André K. aus dem Obdachlosenhaus in Oschatz. Im Anschluss an die Gedenkzeremonie fand ein Vortrag mit Diskussion zu Gewalt gegen Obdachlose statt. Eine zweiwöchige Ausstellung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe „Wohnungslose im Nationalsozialismus“ wurde in der Stadt gezeigt. Parallel dazu unterstützt das Soziokulturelle Zentrum E-Werk Oschatz den Spendenaufruf der Opferberatung. André K. wurde vor einem Jahr in einem anonymen Sozialgrab in Leipzig bestattet. Mittlerweile konnten Ex-Frau und Kinder des Opfers ausfindig gemacht werden. Sie würden André K. gern in ein würdiges Grab umbetten, allerdings fehlen ihnen dafür die Mittel. Der Spendenaufruf erbrachte bisher 720,00 Euro, insgesamt werden für die Umbettung 2.000 Euro benötigt. Das Bündnis, unter ihnen neben engagierten Jugendlichen und Erwachsenen auch Oberbürgermeister Andreas Kretschmar, plant am Oschatzer Südbahnhof die Installation einer Gedenktafel.

Hintergrund der Täter und die Situation Oschatz

Der Totschlag von André K. sorgte in einer Kleinstadt wie Oschatz für Betroffenheit. Immer wieder erlebten wir Randgespräche über die schreckliche Tat. Über die Täter war man dann aber nicht besonders verwundert. Ihr Anführer Ronny S. ist stadtbekannt. Er ist bereits mehrfach durch aggressive Übergriffe und Beschimpfungen auf MigrantInnen und alternative Jugendliche aufgefallen. Auch Sylvio H., bei ihm wird wegen unterlassener Hilfeleistung ermittelt, gehörte bereits Mitte der 90er zu einer sehr gewalttätigen Naziclique und ist heute scheinbar ruhiger geworden, aber im Denken hat sich wenig verändert.

Dazu kommt Denis B., von dem bekannt war, dass er eine Suchtproblematik und einen Faible für Samurai-Schwerter hat. Alle Täter haben eines gemeinsam: sie haben keinen Schulabschluss, keine abgeschlossene Ausbildung, sind massivst beeinflussbar von Menschen wie Ronny S. und haben Suchtprobleme. Die „Verlierer“ der Gesellschaft eben, die sich sehr angesprochen fühlen von neonazistischen Parolen. Ronny S. erscheint neben Kreisrat Gatter (NPD), veröffentlicht sich bei Facebook im Wohnzimmer mit Reichskriegsflagge. Einer der beiden Minderjährigen ist bekannt als „Thor-Steinar-Chris“. Silvio H. hat auch vor ein paar Jahren noch getönt, er höre am liebsten die neonazistische Rechtsrockband Landser, Hinweise auf entsprechende Tätowierungen sind an die Staatsanwaltschaft erfolgt. Auch wenn Neonazismus und Diskriminierung sich nicht mit jugendlicher Orientierungslosigkeit und sozialem Abgehängtsein erklären lassen, sind es in diesem Fall doch genau davon betroffene Menschen, die ihre menschenverachtende Ideologie in grauenvolle Tat umsetzten.

Engagement vor Ort

Es gibt vor Ort junge engagierte Menschen, die sich aktiv einbringen. Sei es bei der Beteiligung an Veranstaltungen wie der Gedenkzeremonie, der inhaltlichen Auseinandersetzung mit Themen Neonazismus, Ausgrenzung, Diskriminierung oder aber mit öffentlichen Statements. Schwerer machen es sich die erwachsenen BürgerInnen. Zum einen kehrt nach solch‘ einem Vorfall schnell der Alltag wieder ein, man ist ja selbst nicht betroffen und hat mit „solchen“ Menschen ja auch nichts zu tun. Vielleicht spielt Angst eine Rolle, Angst sich zu positionieren, Gesicht zu zeigen und sich somit selbst zum potentiell Gefährdeten zu machen. Oft ist es aber auch die Beschäftigung mit den eigenen Problemen, die so manchem „Funktionär“ aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung scheinbar keine Zeit zum Menschsein lässt...

Oschatzer Bündnis für Demokratie, Menschlichkeit und Toleranz

IM GEDENKEN AN DIE OPFER RECHTER UND RASSISTISCHER GEWALT IN SACHSEN

Jorge João Gomondai – am 31. März 1991 in Dresden

Waltraud Scheffler – am 11. Oktober 1992 in Geierswalde

Mike Zerna – am 19. Februar 1993 in Hoyerswerda

Klaus R. – am 28. Mai 1994 in Leipzig

Peter T. – am 25. Mai 1995 in Hohenstein-Ernstthal

Dagmar Kohlmann – am 16. Juli 1995 in Oberwald (Stausee)

Bernd G. – am 8. Mai 1996 in Leipzig

Achmed Bachir – am 21. November 1996 in Leipzig

Nuno Lourenco – am 29. Dezember 1998 in Leipzig

Patrick Thürmer – am 3. Oktober 1999 in Hohenstein-Ernstthal

Bernd Schmidt – am 31. Januar 2000 in Weißwasser

Günter T. – am 20. April 2003 in Riesa

Karl-Heinz Teichmann – am 23. Juli 2008 in Leipzig

Marwa El-Sherbini – am 1. Juli 2009 in Dresden

Kamal Kilade – am 24. Oktober 2010 in Leipzig

André K. – am 27. Mai 2011 in Oschatz

chronik.LE-Glossar VORURTEILE UND MENSCHENFEINDLICHKEIT

Manchmal ist es schwierig, eine Sache auf den Punkt und einen richtigen Begriff zu bringen. Keine Bange – Sie können ja nachschlagen. chronik.LE hat dafür dieses Glossar zusammengestellt. Hier finden Sie bündige Informationen zu Diskriminierungsformen: Definitionen, Merkmale, Ansätze zur Erklärung und Kritik sowie weitere Literaturhinweise.

Vorstellungen von Ungleichwertigkeit

1 Menschen sind Individuen in unterschiedlichsten Lebenslagen, mit einer Vielzahl von Bedürfnissen und sozialen Eigenschaften. Was banal klingt, wird im Alltag oft zum Anlass für Vorurteile und Diskriminierungen, die zum Teil tief in der Gesellschaft verankert sind und von vielen Menschen geteilt werden. Deren Vorurteile beziehen sich stets auf Menschen oder bestimmte Menschengruppen, die ein bestimmtes Merkmal aufweisen.

Ob diese Merkmale selbst gewählt oder durch die Betrachter_innen zugeschrieben sind, spielt dabei keine Rolle: beispielsweise Geschlecht, sexuelle Orientierung, Herkunft, die Wohn- und Arbeitsverhältnisse. Betroffen sind Frauen, Homosexuelle, Migrant_innen, Obdachlose, sozial Benachteiligte usw., die ständig mit Vorurteilen, bestimmten Rollenbildern und Erwartungen konfrontiert werden – von denen sie wegen individueller Merkmale abweichen.

Vorurteile richten sich daher nicht gegen „echte", sozial angetragene oder vorgestellte Merkmale – sondern gegen Menschen oder Menschengruppen, denen diese Merkmale zugeschrieben werden.

Es gibt denkbar viele verschiedene Vorurteile. Einige davon sind in der Gesellschaft so weit verbreitet, dass sie allgemein akzeptiert werden. Die davon Betroffenen müssen sich nicht nur ständig rechtfertigen, sondern ihnen werden Interessen und Bedürfnisse strittig gemacht. Diese Diskriminierung kann niederschwellig verlaufen: Frauen erfahren ganz unwillkürlich, dass man sie als Sexualobjekte ansieht oder ihnen bestimmte Aufgaben im Haushalt zuteilt, unabhängig von ihren individuellen Bedürfnissen.

Diskriminierung kann auch institutionalisiert vorkommen: Migrant_innen aus vielen Teilen der Welt wird es unmöglich gemacht, in die Bundesrepublik – wohlgemerkt einer der wohlhabendsten Staaten – zu gelangen. Für einen wohlhabenden Deutschen wäre es umgekehrt kein Problem, in ein beliebiges Land zu migrieren. Ausgerechnet Geflüchtete, die diesen Weg nicht einmal freiwillig wählen, wird dies verwehrt.

Diskriminierung ist nicht nur Ausdruck einer schlechten Meinung über diejenigen, die man mit Vorurteilen überzieht. Je nach Inhalt und Verbreitung der Diskriminierung werden auch soziale Verhältnisse nach diesem Muster geprägt und die Betroffenen systematisch abgewertet oder ganz ausgeschlossen.

Die meisten Menschen würden sich gegen den Vorwurf verwahren, andere zu diskriminieren. Tatsächlich ist Diskriminierung aber Bestandteil vieler Alltagshandlungen: erniedrigende Bemerkungen gegenüber Frauen, eine ganze Palette von Schimpfwörtern gegen Homosexuelle oder die ebenso zahlreichen abwertenden Bezeichnungen für nicht-weiße Menschen sind Elemente des alltäglichen Sprachgebrauchs. Der Inhalt dieser Sprache wird oft nicht überdacht – sondern als selbstverständlich akzeptiert. Dahinter steht jedoch ein bestimmtes Denken, das Menschen für ungleichwertig hält, sie anhand bestimmter Merkmale sortiert, gedanklich als niederrangig markiert und entsprechend mit ihnen umgeht. Diese Vorstellungen der Ungleichwertigkeit von Menschen und Menschengruppen können sich zu Ideologien verfestigen.

Egal, gegen wen sich Ideologien der Ungleichwertigkeit richten: Wir haben es stets mit Formen der Menschenfeindlichkeit zu tun, die bestimmte Gruppen betreffen. Wo diese abgewertet und diskriminiert werden, behaupten die Diskriminierenden ihre eigene Dominanz, Macht und Vorrangstellung. In manchen Fällen geschieht dies unbewusst, in anderen Fällen durch aktive Handlungen bis hin zum Einsatz von Gewalt. Immer wird jedoch den Diskriminierten ihr Recht auf gesellschaftliche Teilhabe abgestritten.

Ihre vermeintliche Überlegenheit begründen die Diskriminierenden meist mit vorgeblich natürlichen Eigenschaften: etwa, zum „stärkeren Geschlecht", der „überlegenen Kultur" oder einer „intelligenteren Schicht" zu gehören oder schlicht die „richtige Abstammung" zu haben, die jemanden erst zur gesellschaftlichen Teilhabe berechtige.

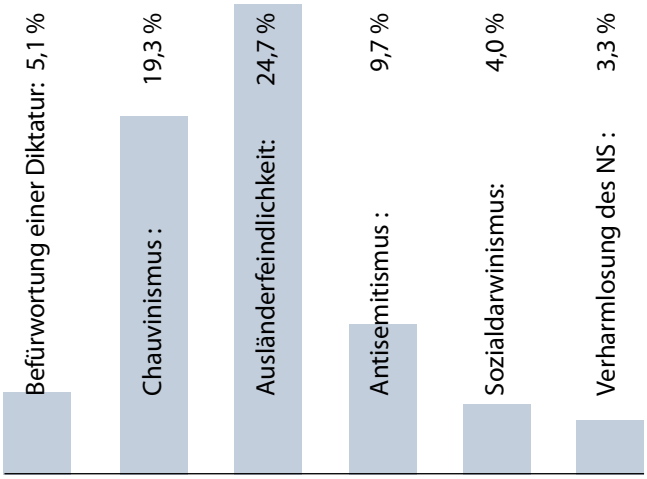
Freilich sind dies Rechtfertigungsversuche, die den gesellschaftlichen Zusammenhängen, der Lebenswirklichkeit und den individuellen Interessen der Menschen spotten – denn Diskriminierung entsteht erst durch eine bestimmte gesellschaftliche Praxis und nicht durch Biologie, Kultur, Geschlecht, Religion usw. Doch mit genau diesen Rechtfertigungen wird versucht, anderen Menschen eine selbstbestimmte Lebenswirklichkeit und ihre individuellen Bedürfnisse und Interessen zu versagen.

Es gibt keinen Automatismus, der menschenfeindliches Denken und Handeln zwangsweise entstehen lässt. Die Forschung geht davon aus, dass es keine bestimmten sozialen Schichten oder bestimmte Milieus gibt, die Ideologien der Ungleichwertigkeit hauptsächlich hervorbringen.

Ein Blick in die Forschung

2 Die ideologischen Ungleichwertigkeitsvorstellungen sind in der Wissenschaft verschiedentlich untersucht worden. Die Forschungsgruppe um Wilhelm Heitmeyer (Universität Bielefeld) spricht beispielsweise von „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (GMF), zu der Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Islamophobie, Heterophobie (Abwertung von Homosexuellen, Obdachlosen und Behinderten), Etabliertenvorrechte und Sexismus zählen. Oliver Decker und Elmar Brähler (Universität Leipzig) betrachten in ihrer Studie „Vom Rand zur Mitte“ die Elemente Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Chauvinismus, Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur und Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Trotz ihrer unterschiedlichen Ansätze und Erklärungsversuche belegen solche Studien die enorme Verbreitung von Ungleichwertigkeitsvorstellungen: Im Rahmen der GMF-Studien äußerten sich beispielsweise 2009 mehr als die Hälfte der Befragten fremdenfeindlich. Bei Decker und Brähler lehnte weniger als die Hälfte einen neuen „Führer“ in Deutschland völlig ab.



Verbreitung einiger menschenfeindlicher Einstellungen in Deutschland nach Decker/Brähler 2010.

Zum Weiterlesen

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 1–10, Suhrkamp, Frankfurt/M. 2002–2011.

Decker, Oliver/Brähler, Elmar u.a.: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2010. – Diese und Vorgängerstudien sind online zugänglich unter: www.fes.de/rechtsextremismus

Das Problem heißt nicht (Rechts-) Extremismus

3 Vor allem, wenn es um Versatzstücke der nationalsozialistischen Ideologie geht, zu denen u.a. Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus zählen, wird oft der Begriff „Rechtsextremismus“ ins Spiel gebracht. Er verweist auf eine politische Ordnungsvorstellung, die problematische „extreme“ Ränder und eine unproblematische, demokratische Mitte unterscheidet. Besonders die Politologen Eckhard Jesse und Uwe Backes haben eine Extremismustheorie geprägt, die überhaupt nicht nach politischen Einstellungsmustern und diskriminierenden Ideologien fragt, sondern behauptet, der demokratische Verfassungsstaat werde von Extremist_innen – egal welcher Sorte – „bedroht“. Mit diesem Extremismusbegriff ist es völlig unmöglich, sich speziellen Ideologien der Ungleichwertigkeit auf wissenschaftlichem Niveau zu nähern.

Wir raten davon ab, den Extremismus-Begriff zu gebrauchen:

Erstens: Dass jemand als „Extremist_in“ gilt, sagt noch nichts über seine oder ihre politischen Einstellungen aus. Wer von „Extremismus“ spricht, läuft also Gefahr, verschiedene politische Positionen vermeintlicher linker, rechter und sonstiger „Extremist_innen“ einfach gleichzusetzen.

Zweitens: Selbst Antisemitismus, Rassismus, Nationalismus sind nicht Erfindungen von „Extremist_innen“. Die Vorstellung eines „Extremismus“, der sich ganz am Rand einer angeblich neutralen, ideologielosen und vorurteilsfreien „Mitte“ sammelt und diese „Mitte“ bedroht, widerspricht der Wirklichkeit. Vieles, was etwa als „Rechtsextremismus“ bezeichnet wird, ist in dieser „Mitte“ nämlich geradezu „normal“. Vertreter_innen der so genannten Mitte und „Rechtsextreme“ wissen sich zum Beispiel einig in ihrer nationalistischen Sorge um den deutschen Staat. Was sich je nach politischem Spektrum unterscheidet, sind spezifische Ausprägungen, Vokabular und Rechtfertigungen.

Tatsächlich sind Diskriminierungsformen nichts, das radikale oder „extremistische“ Splittergruppen erfunden oder für sich gepachtet hätten. In der Mehrheitsgesellschaft – und damit auch in der so genannten „Mitte“ – sind Vorurteile und Diskriminierung gegen tatsächliche oder konstruierte Minderheiten weit verbreitet.

Wo nun tatsächlich neonazistische Positionen und Handlungen vorkommen, kann man schlichtweg von Neonazismus sprechen. Auch dabei handelt es sich übrigens um eine Ideologie, die im Wesentlichen auf der Annahme der Ungleichwertigkeit von Menschen beruht. Wie wir gesehen haben, ist diese menschenfeindliche Maxime keineswegs „extremistisch“, sondern Gedankengut des Alltags. Hier den Begriff (Rechts-) „Extremismus“ anzusetzen verdunkelt diesen Zusammenhang.

Zum Weiterlesen

Butterwegge, Christoph: Die Entsorgung des Rechtsextremismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 1, Berlin 2010.

Wippermann, Wolfgang: Totalitarismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute. Primus Verlag, Darmstadt 1997.

Rassismus
Konstruktion und Abwehr des „Anderen“ und „Fremden“

4 Der klassische Rassismus entstand Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts, nachdem „Rassetheorien“ in Umlauf gekommen waren. Durch die Einteilung die Menschheit in „höhere“ und „niedere“ Rassen bezogen diese Theorien den ursprünglich biologischen „Rasse“-Begriff auf soziale Verhältnisse. Die damit begründeten Praktiken des Ausschlusses, der Unterdrückung und der Ausbeutung von Menschengruppen hatten durch Kolonialismus und Sklaverei bereits eine lange Tradition. Vor der modernen Wissenschaft hielten Rassetheorien zwar nicht stand, denn Menschen sehen unterschiedlich aus, sind aber in einer Weise sozial organisiert, die mit Biologie nichts zu tun hat. Dennoch haben viele Gesellschaften eine rassistische Geschichte, die teils bis weit ins 20. Jahrhundert und die Gegenwart hineinreicht – in einigen Ländern durch öffentlich geduldete Diskriminierung, in anderen durch staatlich betriebene Apartheids-Politik oder gar Völkermord.

Rassismus bezeichnet heute die mit Macht praktizierte Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Einteilung nach bestimmten (äußeren) Merkmalen. Von diesen Kennzeichen wird auf individuelle Fähigkeiten, Eigenschaften und Verhaltensweisen geschlossen. Den so konstruierten Gruppen werden auf diese Weise verschiedene Wertigkeiten zugeordnet – in der Regel der eigenen Gruppe eine höhere, der Fremdgruppe eine niedrigere.

Bis heute gibt es offene Formen rassistischer Diskriminierung in Deutschland, von denen einige strafrechtlich verfolgt, andere geduldet oder sogar befördert werden: Auf individuellen Ebene sind Witze über „Neger“ und „Kanacken“ – Schimpfwörter aus dem Vokabular der „Rassenkunde“ – noch so weit verbreitet, dass sie auf keinem Schulhof und an keinem Stammtisch fehlen. Auf gesellschaftlicher Ebene sind Migrant_innen – oder sofern man sie wegen ihres Aussehens oder ihres Namens dafür hält – zum Beispiel bei der Suche nach einem Arbeitsplatz benachteiligt. Sie werden in der Regel deutlich unterdurchschnittlich bezahlt.

In den Medien und in ihrem sozialen Umfeld werden Migrant_innen nicht selten auf ihre „rassische“ Minderheitenrolle reduziert oder als „Exot_innen“ vorgeführt. Manchmal findet die Kommunalpolitik sogar ein passendes Städtebau-Konzept, in dem Wohnviertel nach ethnischen Gesichtspunkten verplant werden. Asylbewerber_innen wird es oft verwehrt, überhaupt eine eigene Wohnung zu beziehen. Das deutsche Asylrecht ist noch immer eines der restriktivsten in Europa. Migrant_innen bleiben, solange sie lediglich „geduldet“ sind, viele Grundrechte verwehrt, die jedem Bürger mit deutschem Pass selbstverständlich scheinen.

Heute steht nicht mehr der Begriff „Rasse“ im Mittelpunkt: Klar rassistische Überzeugungen finden sich auch bei Menschen, die sich mitnichten für Rassist_innen halten und keiner Rassetheorie anhängen. Hier mag es sich um rassistische Vorurteile handeln, die im Laufe der Sozialisation erworben wurden und sich zu allgemeinen Vorstellung von dem, was „normal“ und was „fremd“ ist, verfestigt haben. Rassistische Zuschreibungen müssen dabei nicht zwangsläufig abwertend gemeint sein: Dass Asiat_innen gut in Mathe seien oder Afrikaner_innen „Rhythmus im Blut“ hätten erscheint denjenigen, die solche Vorurteile äußern, meist nicht als diskriminierend. Dennoch reduziert es Individuen auf rassistische Stereotype. Allerdings zirkeln rassistische Diskurse häufig nicht mehr um „rassische“ Merkmale wie Hautfarbe und Abstammung, sondern um Religion und Kultur (Kulturalismus).

Dies geschieht aktuell in Form eines antimuslimischen Rassismus (Islamophobie). In Diskussionen um Moscheebauten, Koranschulen, Kopftuchzwang und Burkaverbot wird ständig behauptet, Muslim_innen gehörten einem „fremden“ Kulturkreis an; sie würden „andere“ Werte vertreten als die Mehrheit; sie würden „Parallelgesellschaften“ bilden statt sich den Vorstellungen der „Einheimischen“ anzupassen; und sie würden die Gemeinschaft derer, die sich hier als „Herr im Haus“ verstehen, bedrohen. Populär geworden ist die Vorstellung, es stünde ein unausweichlicher „Kampf der Kulturen“ bevor.

Wer so argumentiert, zieht ständig die Zugehörigkeit zu einem „Kulturkreis“ oder das Bekenntnis zu einer Religion heran, um bestimmte Eigenschaften dieser Religionsgruppe und deren Auswirkungen auf die übrige Gesellschaft und deren kulturelle Vorstellungen zu interpretieren. Individuelle Merkmale von Vertreter_innen dieser Gruppen werden unsichtbar. Sie werden stattdessen auf eine vermeintliche Kultur reduziert, die sich in den Köpfen der Mehrheitsgesellschaft festgesetzt hat.

Dabei ist es jedoch keineswegs so, dass sich beispielsweise aus dem Bekenntnis zum Koran – ebenso verschieden auslegbar wie die Bibel – gesellschaftliche Missstände und Blockaden (wie die „gescheiterte Integration“) erklären lassen. Kultur allgemein und Religion sind nicht zuletzt auch Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse und allgemein verbreiteter Handlungspraktiken. Diese Praktiken basieren nicht auf einem unentrinnbaren „Kulturkreis“, unveränderlichen „Werten“ oder einer alles bestimmenden Religion.

Dennoch werden Kultur und Religion – genau wie dereinst „Rasse“ – als angebliche Natur- oder Universalgesetze herangezogen, an denen soziale Tatsachen gemessen werden. Dieses Abmessen gewinnen freilich immer jene, die auch das Maß vorgeben (Ethnozentrismus). Ebenso wie beim klassischen Rassismus werden Leute anhand bestimmter Eigenschaften sortiert, ausgeschlossen und damit diskriminierende Praktiken gerechtfertigt.

Zum Weiterlesen

Antidiskriminierungsbüro (ADB) Sachsen (Hrsg.): Rassismus in Sachsen. Aktuelle Perspektiven, Leipzig 2010.

Sander, Lou: Schwarz – Weiß – Rot – Gold: (Anti)Rassismus im deutschen Kontext, in: Interventionen. Zur Kritik des Antisemitismus und Rassismus, Leipzig 2008. Dieser Text ist online zugänglich unter: http://interventionen.conne-island.de/04.html

Terkessidis, Mark: Psychologie des Rassismus, Wiesbaden 1998.

Sexismus

Keine „kleinen Unterschiede“, sondern soziale Zwänge

5 Dass Frauen nicht einparken und Männer nicht über ihre Gefühle reden können, sind zwei ebenso abgedroschene wie falsche Annahmen, die im Alltagsverständnis über Geschlechter kursieren. Wem welches Geschlecht zugesprochen wird, ist zwar eine Willkürentscheidung, hat aber großes Gewicht: Frauen werden schlechter bezahlt, haben weniger Chancen etwa auf eine akademische Laufbahn, bekommen Hausarbeit und Erziehung aufgebrummt und dürfen sich dazu allerhand markige Sprüche anhören, die Frauen abwerten oder etwa auf die Rolle eines Sexualobjekts reduzieren – von Gewalt noch ganz zu schweigen.

Die Sozialwissenschaft geht indes davon aus, dass das, was in der Gesellschaft als „männlich“ und „weiblich“ gilt, auf weitgehend unhinterfragte Normen und traditionelle Rollenbilder zurückgeht – und nicht auf ein biologisches Geschlecht. Diese biologischen Geschlechter (engl. „sex“) basieren auf bestimmten körperlichen Eigenschaften, die für eine Unterscheidung herangezogen werden. Das soziale Geschlecht (engl. „gender“) beruft sich auf diese Unterscheidung und teilt Menschen allerorten nach Männern und Frauen ein.

Dafür wird deren Anpassung an bestimmte Ideale von Männlichkeit und Weiblichkeit verlangt, die mit biologischen Tatsachen jedoch nichts zu haben: Ob ein Kind mit Puppen spielt und die Farbe Rosa mag oder in einen Fußballverein gesteckt wird und lieber Blau trägt, folgt nachweislich nicht aus den Genen und nicht aus dem Vorhandensein oder Fehlen bestimmter Geschlechtsorgane.

Dennoch strukturieren bestimmte anerzogene und erlernte Normen von Männlichkeit und Weiblichkeit das (Zusammen-) Leben der Menschen. In der Gesellschaft kursieren jedenfalls sehr genaue Vorstellungen davon, wie eine „normale“ Beziehung, Ehe oder Familie auszusehen hat. Keine Überraschung: Die Frau nimmt darin eine untergeordnete Stellung ein. Speziell in Ehe und Familie wird sie wegen ihres biologischen Geschlechts für einen sozialen Dienst an der Gemeinschaft in Anspruch genommen: Mutterschaft und Erziehung. In diesen Vorstellungen spielen individuelle Ansprüche, die womöglich auf eine völlig andere Lebensweise abzielen, überhaupt keine Rolle.

Wer jedoch seine eigene Erscheinung und sein Verhalten nicht den Normen unterordnet, die gemeinhin als „männlich“ oder „weiblich“ anerkannt sind, erlebt nicht nur einen fortwährenden Anpassungsdruck (z.B. „hübsch“ auszusehen, seine Gefühle „angemessen“ auszudrücken, sich „passend“ zu kleiden, sich dem Willen des anderen Geschlechts zu fügen…), sondern darf auch damit rechnen, diskriminiert zu werden. Er oder sie gilt nämlich nicht mehr als „normal“ und wird daher von jener Mehrheit nicht anerkannt, für die solche Konventionen des „Normalseins“ unabänderlich scheinen.

Das gilt nicht nur für die Träger_innen eines bestimmten Geschlechts, sondern für Sexualität schlechthin. Als „normal“ gilt Heterosexualität – für Bi- und Homosexuelle hält die Mehrheit eine große Zahl von Vorurteilen und Schmähungen bereit (Heteronormativität). Typisch für diese so genannte Homophobie ist es, Homosexualität für „unnatürlich“, „krankhaft“ oder „schädlich“ zu halten. Wer homophob ist, empfindet Homosexualität als Anschlag auf bestehende Konventionen und sieht seine persönliche Identität als „Mann“ oder „Frau“ bedroht. Eine reale oder gar „biologische“ Grundlage hat diese Angst nicht.

Zum Weiterlesen

Antisexismusbündnis Berlin: AS_ISM – Antisexismus-Reader, Broschüren Bd. 1–3. Die Broschüren gibts unter http://asbb.blogsport.de zum Download.

Butler, Judith: Das Unbehagen der Geschlechter. Gender Studies, Suhrkamp, Frankfurt/M. 1991.

Donat, Esther/Froböse, Ulrike/Pates, Rebecca: ‚Nie wieder Sex.‘ Geschlechterforschung am Ende des Geschlechts, Wiesbaden 2009.

Bildquelle: Süddeutsche – jetzt.de, 20.01.2008, abrufbar unter http://jetzt.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/417109

Sexistische Motive…

…sind beliebte (und vermutlich effektive) Werbeträger. Das nebenstehende Motiv stammt von der Ortsgruppe Wittmund der „Jungen Union“ (JU), der Jugendorganisation der CDU. Statt politische Sachthemen zu illustrieren, wird der Unterleib einer Frau gezeigt. Das Motiv soll offenbar vor allem Männer ansprechen – und „funktioniert“ nur, weil manche Betrachter Frauen ebenso auf sexuelle Eigenschaften reduzieren wie die Layouter_innen der JU.

Mehr noch: Der Spruch „Wir gehen tiefer!“ assoziiert das „Mitmachen“ in der JU mit eindeutig sexistischen Konventionen: Frauen haben so auszusehen, wie auf dem Bild dargestellt, und Männer haben einen Anspruch zum „tiefer gehen“.

Das sind Geschlechterrollen von anno-dazumal.

Antisemitismus
Moderner Hass aus altbekannten Motiven

6 Judenfeindschaft hat eine Jahrhunderte alte Tradition, die sich zunächst als Antijudaismus – Feindschaft von Christ_innen gegenüber Anhänger_innen der jüdischen Religion – ausdrückte und bereits im Mittelalter zu Pogromen und Massenvertreibungen geführt hat. Juden galten im gesamten christlichen Europa als Bedrohung des Absolutheitsanspruchs der Kirche und als Verkörperung des Bösen. Entsprechend gewalttätig waren die Reaktionen – Jüd_innen wurden isoliert. In dieser Zeit entstanden die zentralen Motive der Judenfeindschaft, die noch heute kursieren: Vorstellungen von Brunnenvergiftung, rituellem Kindsmord, Verschwörungen und übermenschlicher Macht.

Der moderne Antisemitismus konnte an diese Motive anknüpfen, ist jedoch vom religiösen Hintergrund abgerückt: In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde besonders in Deutschland die „Judenfrage" diskutiert, bei der es darum ging, ob Jüd_innen überhaupt zum deutschen Staatswesen gehören können. Schließlich wurde das „Judentum" zur „Gegenrasse" stilisiert, der abwechselnd alle negativen Aspekte der Gegenwart zugeschrieben wurden: Wirtschaftskrise, soziale Unruhe, Krieg usw. Im Gegensatz zum Rassismus, der andere „Rassen" für minderwertig oder tierähnlich hält, schreibt der Antisemitismus Jüd_innen eine übermenschliche, kaum fassbare Machtfülle zu.

Die wahnhafte Idee, daher alle Jüd_innen aus Europa zu vertreiben oder gar zu „vernichten", entstand bereits zum Ende des 19. Jahrhunderts als populäre Forderung. Vorurteile gegen Jüd_innen waren ein anerkanntes Gedankengut, das sich fast alle politischen Bewegungen jener Zeit zueigen gemacht haben.

Der Antisemitismus wurde hierzulande ab 1933 Staatsräson. Der Deportation und Ermordung von Millionen von Jüd_innen hat die übergroße Mehrheit der Deutschen nicht widersprochen und etliche waren aktiv an Vorbereitung und Durchführung der Shoah beteiligt.

Der politische Antisemitismus ist heute diskreditiert. Zahlreiche Studien belegen jedoch, dass judenfeindliche Einstellungen nach 1945 nicht verschwunden sind, sondern meist andere Ausdrucksformen gefunden haben.

Besonders augenfällig sind häufige Drohungen gegen jüdische Institutionen und Attacken gegen jüdische Friedhöfe. Hinzu kommt ein so genannter sekundärer Antisemitismus, der versucht, einen „Schlussstrich" unter die Aufarbeitung des Nationalsozialismus zu ziehen und Jüd_innen ihren Status als Opfer des Antisemitismus abspricht. Vorgeworfen wird Jüd_innen zum Beispiel, bewusst Profit aus dem Holocaust schlagen zu wollen.

Gleichzeitig tauchen heute altvertraute antisemitische Stereotype wieder auf: Die beliebte Bezeichnung von Investor_innen als „Heuschrecken", die über die deutsche Wirtschaft herfallen, folgt etwa der Propaganda-Karikatur des „jüdischen Parasiten".

Übergänge zum Antisemitismus sind auch dort zu beobachten, wo der Staat Israel kritisiert und ihm das Existenzrecht abgesprochen wird (Antizionismus). Zwar ist nicht jede Kritik an Israel antisemitisch, doch bietet der Nahostkonflikt eine beliebte Projektionsfläche für antisemitische Denkweisen quer durch alle politischen Lager. Davon zeugen beispielsweise Parolen wie „Kindermörder Israel", die Gleichsetzung der israelischen mit der nationalsozialistischen Politik und der Vergleich der Situation der Palästinenser_innen mit der Shoah.

Zum Weiterlesen

Benz, Wolfgang: Was ist Antisemitismus? Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2004.

Salzborn, Samuel: Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich. Campus Verlag, Frankfurt/M. 2010.

Holz, Klaus: Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung. Hamburger Edition, Hamburg 2001.

Friedländer, Saul: Das Dritte Reich und die Juden. Gesamtausgabe. Deutscher Taschenbuch Verlag, München 2008.

Antisemitische Stereotype…

…standen einer Ausgabe der Gewerkschaftszeitung „metall" vom Mai 2005 Pate. Obwohl in dieser Zeitschrift gewöhnlich keine antisemitischen Statements auftauchen, bedient die Bildwahl judenfeindliche Klischees. Vor allem in der nationalsozialistischen Propaganda war (und ist) die Assoziation von „Juden", „Kapitalisten" und ihre Reduzierung auf Tiere durchgängig vorhanden – ebenso die Verbindung von Judentum und den USA. Im „metall"-Heft wird übrigens die „Schädlichkeit" US-amerikanischer Firmen für Deutschland behandelt. In diesem Thema überschneiden sich Antisemitismus und Antiamerikanismus – beides wird als „Kapitalismuskritik" missverstanden.

Verwertungsideologien

Wer nichts hat, taugt nur noch zur Ausgrenzung

7 Eine Reihe von Diskriminierungen geht auf das Verhalten von Menschen zurück, die eine Überlegenheit auf Grund ihres sozialen Status behaupten, ihre Privilegien festigen und andere davon fernhalten wollen. Dabei werden andere Gruppen wegen Merkmalen wie ihrem (fehlenden) Wohlstand, Bildung und Körperzustand diskriminiert. Typischerweise trifft dies Obdachlose, Menschen mit Behinderungen, Langzeitarbeitslose, Geringverdiener_innen usw. Sie gelten als Beispiele dafür, die von der Gesellschaft erwartete Leistung nicht erbracht zu haben, nicht über Symbole des Erfolgs (Geld, Eigenheim, Pkw) zu verfügen und im allseitigen Konkurrenzdruck nicht zu bestehen.

Die Stigmatisierung von Menschen erfolgt hier wegen ihrer angeblichen Nutzlosigkeit: Sie erfüllen nicht die Anforderungen der vorherrschenden Marktlogik (weil bspw. ihre körperliche Leistungsfähigkeit eingeschränkt ist), tragen nichts zu einer gelingenden Kapitalverwertung bei (z.B. mangels Arbeitsplatz) und weisen nicht die Kriterien auf, die in der Wirtschaft wie dem sozialen Leben hoch angesehen sind: Effizienz, Nützlichkeit und Rentabilität. Die Tatsache, deswegen von der Unterstützung der Gesellschaft abhängig zu sein, wird den Betroffenen zum Vorwurf gemacht: Sie seien „Schmarotzer", leisteten keinen „Beitrag zur Gemeinschaft", lägen allen Anderen auf der Tasche. „Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen", sagt der Volksmund.

Dahinter steckt ein bestimmtes Ideal von „ehrlicher Arbeit", bei dem sich das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe vom Ausüben einer anerkannten (Lohn-)Arbeit ableitet. Dieser soziale Chauvinismus wirkt folglich als Strafdrohung gegen jene, die in diesem Prozess ihr materielles Fortkommen nicht sichern können – sie seien einfach faul, nicht fleißig genug oder wollten auf Kosten anderer leben und sollten daher die Konsequenzen selbst tragen.

Das sind freilich Vorurteile, denn das materielle Scheitern gehört zu den Risiken einer Ökonomie, die auf Konkurrenz basiert und folglich auch Verlierer_innen produziert. Statt diese zu unterstützen, stoßen sie auf Schikanen: Obdachlose dürfen nicht auf Bänken schlafen und werden aus Stadtzentren vertrieben; Hartz-IV-Bezieher_innen werden als potentielle Betrüger_innen behandelt und müssen noch die privatesten Unterlagen dem Amt vorlegen; Behinderte merken allerorten, dass man sie nicht als „vollwertige" gesellschaftliche Akteure akzeptiert. Rollstuhlfahrer_innen finden beispielsweise keinen Eintritt in viele öffentliche Gebäude, weil entsprechende Zugänge nicht existieren.

Auf der anderen Seite stehen jene, die in vielerlei Hinsicht besser gestellt sind und deswegen glauben, sie entsprächen den gesellschaftlichen Normen. Damit wird ein Anspruch auf eine bestimmte soziale Stellung begründet, auf den andere verzichten sollen, solange sie ihn sich nicht „erarbeitet" haben.

Dieses Elitedenken ist insbesondere deswegen menschenfeindlich, weil es den eigenen Lebensstandard nur denen zuerkennt, die sich in den Augen der Elite als „nützlich" erwiesen haben. Dabei wird unterschlagen, dass nicht jeder Mensch die gleichen Voraussetzungen mitbringt, sondern es sich um Individuen handelt. Zudem gehen Arbeitsverhältnisse, sozialer Stand und körperliche Eigenschaften letztlich nicht auf den eigenen Willen zurück, „fleißig" zu sein und „ehrlich" zu arbeiten, sondern sind vor allem vielfältigen äußeren Zufällen und Zwängen geschuldet.

Sozialer Chauvinismus macht dafür Einzelne verantwortlich und findet Widerhall in einer reaktionären Sozialpolitik, die mit denselben Argumenten Unterstützungszahlungen kürzt oder sie nur unter restriktiven Bedingungen ermöglicht.

Zum Weiterlesen

Kemper, Andreas/Weinbach, Heike: Klassismus. Eine Einführung, Unrast, Münster 2009.

Stumberger, Rudolf: Die neue Zuchtwahl. Ob Arbeitslose oder Migranten: Wie aus der die bürgerlichen Mitte Sozialrassismus wieder hoffähig gemacht wird. Telepolis, 31.08.2010, online unter: http://www.heise.de/tp/r4/artikel/33/33221/1.html

Über die „Mehrheit" und ihre „Normen":

„Was normal ist, definiert immer noch die Mehrheit. Die prägt die Norm. Damit muß man gerade als Randgruppe nun einmal leben."

Dieses Zitat stammt von der Website einer sächsischen Neonazi-Gruppierung, steht aber exemplarisch für einen weit verbreiteten Irrtum: Die Mehrheit habe automatisch Recht – und die „Anderen" hätten schlicht Pech oder müssten sich der Mehrheit anpassen. Oft wird dieser Ansatz für „Integration" gehalten; in Wirklichkeit führt ein solches Verständnis aber zur Unterdrückung von Interessen und einer Brandmarkung „abweichender" Lebensweisen und -situationen. Die „Abweichung" besteht lediglich darin, nicht der von der Mehrheit geprägten „Norm" zu entsprechen. Diese Mehrheit ist es auch, die festlegt, wer zu einer „Randgruppe" gehört – und wie man mit solchen „Randgruppen" umgeht.

Allerdings ist sowohl die „Norm" konstruiert, als auch die Ausprägung von „Mehrheit" und „Randgruppen", also Minderheiten. Es sind Kennzeichen einer demokratischen Gesellschaft, dass sich Mehrheitsverhältnisse ständig ändern und die Zugehörigkeit zu einer Minderheit nicht bedeuten muss, auf eigene Interessen zu verzichten. Diese Interessen sind Gegenstand politischer Aushandlungsprozesse. Minderheiten aber per se dem Willen der Mehrheit opfern zu wollen, ist eine antidemokratische Vorstellung.

Nationalismus

Warum die Vaterlandsliebe ein einziger Denkfehler ist

8 Für Nationalist_innen stellen Nationen übergeordnete Einheiten dar, denen Vorrang vor individuellen Interessen zukommt. Im Nationalismus fallen entsprechend Nation und Staatsgebilde zu einer Rechtfertigungsideologie von staatlicher Herrschaft in einem bestimmten Gebiet und über dessen Bewohner_innen zusammen. Nationalistische Ideologien gehen in der Regel auch mit der Überhöhung der eigenen Nation gegenüber anderen Nationen einher – eine Einstellung, die auch als nationaler Chauvinismus bezeichnet wird.

Die Nation wird dabei als eine überzeitliche oder zumindest auf einer langen Tradition basierende Gemeinschaft verstanden. Jedoch handelt es sich um ein Konstrukt, eine nur „vorgestellte Gemeinschaft" (Benedict Anderson). Die europäischen Nationalbewegungen im 19. Jahrhundert mussten ihre jeweilige „nationale Tradition" erst „erfinden". Im Falle Deutschlands waren dies etwa germanische Mythen, die eine einheitliche Frühgeschichte, gemeinsame Abstammung und fortwährende Zusammengehörigkeit aller Deutschen behaupten („Deutschtum").

Den geschichtlichen Tatsachen entspricht dies nicht. Auch die Aufteilung der Welt in Nationalstaaten ist eine vergleichsweise junge Erscheinung. Von „Deutschland" als Staat lässt sich beispielsweise sinnvoll erst seit 140 Jahren reden – einem historisch sehr kurzen Zeitraum.

Die meisten Nationalist_innen streben einen eigenen Nationalstaat an. Idealtypisch kann zwischen verschiedenen Nations-Konzepten unterschieden werden: Die „Staatsnation" definiert sich über eine gemeinsame Rechtsordnung und Verfassung, zu der sich prinzipiell jede_r bekennen kann. Dieses Verständnis hat sich vor allem in Frankreich und den USA etabliert. Dagegen begründet sich die „Kulturnation" als eine Gemeinschaft mit gemeinsamen kulturellen Werten und Eigenheiten. Mitglied dieser Gemeinschaft kann nur sein, wer auch entsprechendes Verhalten und bestimmte Eigenschaften aufweist. Wird gar eine gewisse Vorstellung von ethnischer Zugehörigkeit zur konstituierenden Eigenschaft von Nation, spricht man von „Volksnation". Die „richtige" Abstammung war bis vor wenigen Jahren noch wichtigste Bedingung für die Zuerkennung der deutschen Staatsangehörigkeit („Blutsrecht", lat. ius sanguinis).

Solche Ansichten sind noch immer weit verbreitet. Dahinter steckt die Vorstellung, dass die Welt in eine Vielzahl von Völkern mit einem je eigenen „Nationalcharakter" aufgeteilt sei und jedes Volk seine „Eigenheiten" in Form eines eigenen Staates ausdrücken und bewahren müsse („Selbstbestimmungsrecht der Völker"). In diesem völkischen Nationsverständnis werden die Bewohner_innen eines Landes als einheitliches „Volk" begriffen, nicht als Bevölkerung mit einer Vielzahl von Individuen.

Die Identifikation mit der Nation funktioniert vor allem über Abgrenzung und damit auch Abwertung anderer Nationen und der mit ihnen identifizierten Menschen. Jede nationale Gemeinschaft gibt sich Normen und Gesetze, die über die Zugehörigkeit oder den Ausschluss aus der Gemeinschaft befinden.

Mit Berufung auf die Nation formulieren Nationalist_innen auch exklusive Ansprüche auf ihren „angestammten" Raum – Ansprüche, die sich zunächst gegen Menschen richten, die nicht zur Nation gehören oder lediglich als „nationale Minderheiten" geduldet werden. Diese Ansprüche werden auch gegenüber anderen Staaten und deren Bervölkerungen geltend gemacht.

Im globalisierten Kapitalismus mündet die Aufteilung der Welt in einzelne Nationalstaaten in eine Logik weltweiter „Standortkonkurrenz". Diese Konkurrenz folgt aus dem Interesse aller Staaten an einer Vormachtstellung auf dem Weltmarkt und kann in einen „Standortnationalismus" münden, dem sich auch ethnische Stereotype beimischen (z.B. „Deutsche Wertarbeit" vs. „chinesische Billigkonkurrenz"). Ökonomischer Wettbewerb auf Basis nationaler Standortfaktoren folgt jedoch im Rahmen der Logik des neoliberalen Weltmarktes und ist nicht auf Eigenheiten verschiedener oder gar verschiedenwertiger Nationen und Völker zurückzuführen, wie dies von Nationalist_innen behauptet wird.

Wegen der gewaltsamen Geschichte des Nationalismus und weil dieser zumeist im Gefolge mit Rassismus und weiteren Ideologien der Ungleichwertigkeit auftritt, bevorzugen manche Nationalist_innen den Begriff „Patriotismus". Dieser sei weniger aggressiv und lediglich eine harmlose Variante der „Vaterlandsliebe". Eine klare Unterscheidung zum Nationalismus ist aber nicht möglich:

Auch der Patriotismus, der beispielsweise im Rahmen von Sportgroßveranstaltungen gepflegt wird, drückt eine Konkurrenz zu anderen Staaten aus. Wer in dieser Konkurrenz Stellung nimmt, bekennt sich umstandslos zum Konstrukt der Nation und der eigenen nationalen Gemeinschaft.

Repräsentative Untersuchungen zur „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit" vor und nach der Fußball-WM der Männer 2006 konnten zeigen, dass der Anstieg positiver Identifikation mit Deutschland im Zuge des sogenannten „Partypatriotismus" mit einem Anstieg der Fremdenfeindlichkeit, sowie Tendenzen zur Überhöhung der deutschen Nation in der Bevölkerung einherging.

Zum Weiterlesen

Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Campus-Verlag, Frankfurt/M. 2005.

Becker, Julia/Wagner, Ulrich/Christ, Oliver: Nationalismus und Patriotismus als Ursache von Fremdenfeindlichkeit. in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände, Band 5. Suhrkamp, Frankfurt/M.

Hobsbawm, Eric: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. Campus, Frankfurt/M. 1991.

Autoritarismus

Der seltsame Wunsch, sich und andere zu unterwerfen

9 Ein Zweig der Sozialpsychologie geht davon aus, dass es Menschen mit autoritären Charakterzügen gibt, die sich eng an traditionelle Werte und Normen gebunden fühlen, einen Hang zur Unterwerfung unter eine (staatliche) Autorität haben und sich gegenüber Schwächeren oder „Fremden" prinzipiell abwertend verhalten. Bereits 1950 ist diesem Phänomen in den „Studien zum autoritären Charakter" (Theodor Adorno) nachgegangen worden. Damals konnte gezeigt werden, dass autoritäre Persönlichkeiten zumeist auch antidemokratischen, faschistischen und antisemitischen Einstellungen anhängen. Autoritarismus ist Ausdruck einer weitgehenden Akzeptanz von Vorurteilsmustern und die verbreitete Bereitschaft zur Diskriminierung.

Über die Gründe lässt sich trefflich streiten, hierzu existieren verschiedene psychologische und soziologische Deutungen.

Anzeichen für Autoritarismus haften praktisch allen Formen der Menschenfeindlichkeit an: Stets wird sich auf höhere, angeblich universelle und unfehlbare Instanzen berufen, etwa Natur, Kultur, Nation. Stets geht es darum, von einer Machtposition aus Ansprüche in der Gesellschaft durchzusetzen, etwa, dass sich jeder Einzelne als „nützlich" zu erweisen habe. Und stets sehen sich autoritäre Menschen dabei im Recht, weil sie sich als „Herr im Haus" verstehen. Dieser Standpunkt wird nicht selten als Berechtigung (oder Selbstermächtigung) verstanden, Gewalt anzuwenden.

Typisch für autoritäre Denkweisen ist das Einfordern eines starken Kollektivs und einer Instanz, die alle Mitglieder diszipliniert. Übertragen auf die politische Ebene zielt dies einerseits auf Vorstellungen von kollektiver Vereinheitlichung, wie sie Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus prägen. Andererseits sympathisieren autoritäre Menschen mit der Idee einer auserkorenen Führerschaft in der jeweiligen Gemeinschaft. Letztlich zielt Autoritarismus darauf, widerstreitende Interessen und Ansichten oder nicht anerkannte Lebensweisen mit Zwang anzugleichen oder zu beseitigen.

Zum Weiterlesen

Adorno, Theodor: Studien zum autoritären Charakter. Suhrkamp, Frankfurt/M. 1995.

jour fixe-ini.: Theorie d. Faschismus – Kritik d. Gesellschaft, Münster 2000.

Löwenthal, Leo: Falsche Propheten. Studien zum Autoritarismus. Suhrkamp, Frankfurt/M. 1990.

Faschismus und Neonazismus

Ausgrenzung und Unterdrückung als politisches Programm

10 Der Faschismus entstand in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in mehreren europäischen Staaten als politische Bewegung, die eine als Phase der Dekadenz und Degeneration wahrgenommene Gegenwart mit Gewalt („revolutionär") beseitigen und an deren Stelle eine völkisch-nationalistische Ordnung setzen wollte. Damit einher ging ein Erweckungsglaube an die „Wieder-" oder „Neugeburt" der Nation. Historisches Paradebeispiel für den Faschismus ist Italien unter Benito Mussolini. Auch der Nationalsozialismus in Deutschland gilt als faschistische Bewegung, wobei die NS-Herrschaft ab 1933 einige Eigenheiten aufwies – etwa den Vernichtungsantisemitismus, der für Italien keineswegs charakteristisch war.

Faschismus beruht auf Rasselehren und dem völkischen Nationalismus. Entsprechend ihrem Sendungsbewusstsein, im Namen einer höheren Rasse oder einer zukünftigen Ordnung zu handeln, ist das Führerprinzip ein weiteres Merkmal faschistischer Herrschaft. Als politische Bewegung ist der Faschismus heute allerdings von marginaler Bedeutung – obschon sich in den Programmen neonazistischer und anderer reaktionärer Parteien und Organisationen faschistische Ideen finden.

Vor allem in Deutschland gibt es neonazistische Bewegungen, die offene Anleihen am Nationalsozialismus nehmen, beispielsweise einen „nationalen Sozialismus" propagieren und entsprechend dem historischen Vorbild auch Vernichtungsphantasien anhängen.

Im Neonazismus verdichten sich Versatzstücke all jener Ideologien der Ungleichwertigkeit, die hier bereits dargestellt worden sind, zu einem geschlossenen politischen Weltbild. Neonazis verfolgen das Ziel der Errichtung einer „deutschen Volksgemeinschaft" und mischen sich dafür organisiert und zielgerichtet in Politik und Gesellschaft ein. Immer öfter verzichten sie dabei auch auf ein offenes Bekenntnis zum Nationalsozialismus.

Der Neonazismus wird schließlich auch dadurch befördert, dass einzelne Elemente seiner politischen Anschauungen, wie etwa die Idee der Volksgemeinschaft, teilweise Anerkennung in der Bevölkerung finden oder zumindest nicht ausdrücklich kritisiert und daher nicht wirksam zurückgewiesen werden.

Zum Weiterlesen

Griffin, Roger: The Nature of Fascism. Pinter, London 1991.

Sternhell, Zeev: Faschistische Ideologie. Verbrecher Verlag, Berlin 2002.

Breuer, Stefan: Nationalismus und Faschismus. Frankreich, Italien und Deutschland im Vergleich. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2005.

Rotermundt, Rainer: Verkehrte Utopien. Nationalsozialismus, Neonazismus, neue Barbarei. Argumente und Materialien. Verlag Neue Kritik, Frankfurt/M. 1980.

Wippermann, Wolfgang: Faschismus. Eine Weltgeschichte vom 19. Jahrhundert bis heute, Primus Verlag, Darmstadt 2009.

ADB – Das Antidiskriminierungsbüro in Leipzig
Bildung, Beratung und Information

Das Antidiskriminierungsbüro (ADB) ist eine zentrale Anlaufstelle im Freistaat Sachsen für von Diskriminierung Betroffene. Wir unterstützen Menschen bei der Durchsetzung ihrer Interessen zum Schutz vor konkreten Benachteiligungen wegen: rassistischer/ethnischer Zuschreibungen, des Geschlechts, der sexuellen Identität, einer Behinderung, des Lebensalters und der Religion bzw. Weltanschauung. Unsere Arbeit umfasst drei Tätigkeitsfelder:

1. Weiterbildung
Wir bieten Weiterbildungen in Form von Workshops und Seminaren zu Antidiskriminierungsrecht oder Mobbing, interkultureller Kompetenz oder Diversitykonzepten sowie präventive Strategien gegen Benachteiligung an. Die Bildungsangebote richten sich an privatwirtschaftliche Unternehmen und den öffentlichen Dienst, an Vereine und Verbände sowie an Behörden.

2. Beraten, stärken, vermitteln
Das Beratungsangebot des Antidiskriminierungsbüros bietet Betroffenen zeitnahe und direkte Unterstützung durch Einzelfallhilfe mit professioneller Beratung, emotionale Unterstützung und Stärkung des Selbsthilfepotentials. Wir bemühen uns um Konfliktschlichtungen durch Mediation, helfen Ihnen durch aufsuchende Beratung und vermitteln im Bedarfsfall an spezifische Fachberatungsstellen und Rechtsanwält_innen.

3. Informieren, Koordinieren, Kooperieren
Das Antidiskriminierungsbüro stellt Antidiskriminierungsarbeit auf eine breite gesellschaftliche Basis. Wir organisieren Informationsveranstaltungen, Foren und Tagungen in Zusammenarbeit mit Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Antidiskriminierungsinitiativen. Wir veröffentlichen thematisches Aufklärungs- und Informationsmaterial, stehen in Kooperation mit lokalen, regionalen und bundesweiten Initiativen gegen Diskriminierung und Betroffenenverbänden und arbeiten aktiv im Netzwerk Tolerantes Sachsen mit.

Antidiskriminierungsbüro e.V.
Kochstraße 14
04275 Leipzig
Telefon: 0341 – 30 39 492
info@adb-sachsen.de
www.adb-sachsen.de

Unterstützen Sie die Arbeit des ADB mit einer Spende:

Kontonummer: 110 03913 35
BLZ: 860 555 92
Sparkasse Leipzig
Verwendungszweck: Spende

RAA – Die Opferberatung in Sachsen
Beraten, Betreuen, Begleiten – kostenlos und anonym

Opfer von rassistischer und rechtsmotivierter Diskriminierung und Gewalt wird man unverhofft und ohne Schuld. Solch ein Erlebnis löst immer psychische, soziale und materielle Folgen aus. Die Betroffenen bleiben häufig allein mit der körperlichen Beeinträchtigung, mit ihren Ängsten, ihren Folgekosten und nicht zuletzt im Gerichtssaal, wenn sie auf die Täter_innen treffen.

Die Opferberatung des RAA Sachsen e.V. und der RAA Leipzig hilft Menschen, die aus Motiven gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit Opfer von Gewalt und Diskriminierung geworden sind.Wir treten parteilich an ihre Seite und unterstützen sie schnell und unbürokratisch. Wir helfen bei der Klärung der rechtlichen Situation oder im Umgang mit Polizei und Gericht um berechtigte Interessen auf finanzielle Entschädigung oder Wiedergutmachung durchzusetzen. Außerdem haben wir Zeit für ausführliche Gespräche über die Gewalttat und aller damit zusammenhängenden Umstände. Zusammen mit den Betroffenen versuchen wir Wege zu finden, verlorengegangene Selbstachtung und Selbstbewusstsein zurückzugewinnen sowie den Schutz vor weiteren Gewalterfahrungen zu organisieren. Dabei wahren wir die Grenzen, welche die Betroffenen selbst setzen - nach ihren Entscheidungen und Bedürfnissen gestaltet sich der Beratungsprozess. Nach Bedarf wenden wir uns auch an die Öffentlichkeit um für die Situation der Betroffenen zu sensibilisieren, oder vermitteln zu anderen relevanten Ansprechpartner_innen. Unser Angebot ist kostenlos, wir arbeiten parteilich für das Opfer und auf Wunsch anonym.

RAA Sachsen e.V.
Peterssteinweg 3
04107 Leipzig
Telefon: 0341 - 26 18 647
opferberatung.leipzig@raa-sachsen.de
www.raa-sachsen.de

Unterstützen Sie die Arbeit der RAA mit einer Spende:

Kontonummer: 110 052 0194
BLZ: 860 555 92
Sparkasse Leipzig
Verwendungszweck: Opferberatung

INTERNETADRESSEN

Engagierte Initiativen in Nordsachsen und Umgebung

RAA Sachsen e.V.:	www.raa-sachsen.de
Chronik Nordsachsen:	www.chronikLE.org/nordsachsen
Kulturbüro Sachsen:	www.kulturbuero-sachsen.de
Netzwerk Demokratie & Courage (NDC):	www.netzwerk-courage.de
Mein Name ist Mensch:	www.mein-name-ist-mensch.de
LAP Nordsachsen:	www.lap-nordsachsen.de
E-Werk Oschatz:	www.ewerk-oschatz.de
Chronik Oschatz:	chronik.blogsport.de
Haus VI Eilenburg:	www.haus6.org
Brückenkopf Torgau:	www.brueckenkopf-torgau.de
VCP Sachsen e.V.:	www.vcp-sachsen.de
Netzwerk 360 Grad:	www.netzwerk-360-grad.org
NDK Wurzen:	www.ndk-wurzen.de
Bon Courage Borna:	www.boncourage.de
Netzwerk Naunhof:	www.netzwerk-naunhof.org
Treibhaus Döbeln e.V.:	www.treibhaus-doebeln.de

Informationen zu Neonazis in Sachsen

Leipzig/Sachsen:	gamma.noblogs.org
Leipzig und Umgebung:	www.chronikle.org
Dresden:	venceremos.sytes.net/artdd.html
Chemnitz:	wachsam-in-chemnitz.de
Zwickau:	zwickau.blogsport.de

Informationen zu Neonazis bundesweit

bundesweit:	www.apabiz.de
bundesweit:	www.bnr.de
Sachsen-Anhalt:	www.infothek-dessau.de
Nordthüringen:	artnordth.wordpress.com
Berlin:	blog.schattenbericht.de
Berlin:	antifa-berlin.info/fight-back
Brandenburg:	recherchegruppe.wordpress.com
Norddeutschland:	www.recherche-nord.com
Rhein-Main:	www.infobuero.org
München:	www.aida-archiv.de

Zeitschriften

Antifa-Infoblatt:	www.antifainfoblatt.de
Der Rechte Rand:	www.der-rechte-rand.de
Lotta (NRW):	projekte.free.de/lotta

IMPRESSUM

Nordsächsische Zustände

Herausgeberin: chronik.LE - Dokumentation und Analyse rassistischer, faschistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig, Leipzig im September 2012.

Rechte: © bei den Autorinnen und Autoren und dem Projekt chronik.LE. Alle Rechte vorbehalten. Alle Bildrechte liegen, falls nicht anders vermerkt, bei den jeweiligen Fotograf_innen. Titelbild: chronik.LE, (Asylunterkunft Spröda bei Delitzsch), Karten der Regionen: wikimedia (CC)

Nachdruck: Die Veröffentlichung von Artikeln ist nach Absprache möglich. Die Broschüre steht unter www.chronikLE.org zum Download zur Verfügung. Die Broschüre kann, sobald gedruckt, bestellt werden gegen eine Versandgebühr.

Auslageorte: „Nordsächsische Zustände“ wird, sobald gedruckt, kostenlos in Nordsachsen, Leipzig und Umgebung ausgelegt.

V.i.S.d.P: J.Frohburg, chronik.LE
Engagierte Wissenschaft e.V.
Kochstraße 132 04277 Leipzig

Kontakt:
chronik.LE@engagiertewissenschaft.de
www.chronikLE.org

Chronik Nordsachsen – Ein gemeinsames Projekt der RAA Leipzig und chronik.LE bei Engagierte Wissenschaft e.V.

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms "Toleranz fördern - Kompetenz stärken!"

Chronik Nordsachsen

Das Projekt Chronik Nordsachsen dokumentiert auf der Webseite www.chronikle.org/nordsachsen Ereignisse mit neonazistischem, rassistischem oder anderweitig diskriminierendem Hintergrund. Ziel ist es, Bürgerinnen und Bürger auf diese Probleme im Landkreis aufmerksam zu machen und so gemeinsam besser dagegen vorgehen zu können.

Wozu dieses Projekt?

Viele Projekte und Einzelpersonen engagieren sich in Nordsachsen tagtäglich gegen Diskriminierung jeglicher Art und für ein vielfältiges und friedliches Zusammenleben aller Menschen. Sie kämpfen dabei nicht nur gegen Nazis und Rassist_innen, sondern oft auch gegen Teile der Bevölkerung, die solche Probleme ignorieren oder gar leugnen. Chronik Nordsachsen macht das Ausmaß der Problemlagen, zumindest in Teilen, sichtbar und schafft mit einer umfangreichen Informations- und Recherchequelle für die Öffentlichkeit die Voraussetzungen, dass zivilgesellschaftlich Engagierte, Lokalpolitiker_innen und Behördenvertreter_innen wirksam gegen die verschiedenen Formen von Diskriminierung vorgehen können.

Dokumentation & Analyse

Ausgrenzung und Diskriminierung beschränken sich nicht auf Neonazis, sondern sind weit verbreitet in allen Teilen der Gesellschaft. Darum dokumentiert Chronik Nordsachsen alle Ereignisse, die im weitesten Sinne unter dem Konzept einer „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ zu fassen sind. Relevant sind für das Projekt vor allem solche Vorfälle, die maßgeblich aus Ideologien der Ungleichwertigkeit heraus motiviert sind. Dazu zählen wir Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Homophobie, Sexismus, Etabliertenvorrechte, Islamophobie (antimusslimischer Rassismus), Abwertung von Obdachlosen, Abwertung von Menschen mit Behinderung, Abwertung von Langzeitarbeitslosen. Zusätzlich zur Dokumentation einzelner Ereignisse werden von Chronik Nordsachsen Analysen erarbeitet, die regionale und strukturelle Zusammenhänge einzelner Ereignisse aufzeigen. Unsere Kooperationspartner_innen, Bürgerinitiativen, kulturellen Einrichtungen, Opferberatungsstellen, Antidiskriminierungsbüros und antifaschistische Gruppen unterstützen uns, indem sie mit ihren Informationen zu Dokumentation und Analyse beitragen. Helfen auch Sie mit!

So können Sie Chronik Nordsachsen unterstützen:

Bestellen Sie unsere Flyer und legen Sie diese in ihrer Umgebung aus. Wenden Sie sich an uns, wenn Sie betroffen sind von rassistischen, faschistischen und anderen Formen von Diskriminierung, oder Sie Zeuge solcher Vorfälle geworden sind. Sie können unserer ehrenamtlich arbeiteten Redaktion auch mit Spenden helfen:

Engagierte Wissenschaft e.V.
Kontonummer: 34 70 201
BLZ: 860 205 00
Bank für Sozialwirtschaft
Verwendungszweck: Spende chronik.LE

Koordiniert wird Chronik Nordsachsen von dem Projekt chronik.LE und der RAA Leipzig. Chronik Nordsachsen wird im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz fördern - Kompetenz stärken!“ durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Asylunterkunft Spröda bei Delitzsch

chronik
NORDSACHSEN
WWW.CHRONIKLE.ORG/NORDSACHSEN